Donnerstag, 23. August 1984 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 197 - 34.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 3,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rumänien: Als einziger europäischer Spitzenpolitiker nimmt „DDR"-Staats- und Parteichef Honecker heute in Bukarest an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Befreiung teil. Honecker war bei seiner Ankunft mit auffälligen protokollarischen Ehren bedacht worden. (S. 4)

Datenschutz: Mitarbeiter des Verfassungsschutzes haben versucht, für ein neues „Früherkennungsprogramm" für die Spionageabwehr in mehreren Städten im Großraum Köln ohne direkte Beteiligung der städtischen Ämter die Melderegister auszuwerten und zum Teil auf Mikrofilm aufzunehmen. Die Aktion wurde von NRW-Innenministers Schnoor gestoppt.

Bundeskabinett: Wegen Beschlußunfähigkeit – nur die Minister Genscher, Blüm, Schneider und Frau Wilms waren präsent – mußte sich das Kabinett gestern vertagen. Die zur Behandlung anstehenden Gesetzesvorlagen sollen jetzt im „Umlaufverfahren" beschlossen werden. (S. 4)

Schwindel aufgeflogen: Unter falschem Namen wollte sich der in Frankreich im Exil lebende ehemalige Kaiser von Zentralafrika, Bokassa, einen französischen Paß erschwindeln. Eine aufmerksame Sekretärin im Rathaus von Pontoise bei Paris erkannte ihn auf den Ausweisfotos.

Rüstung: Moskau hat die Schlagkraft der Seestreitkräfte so weit ausgebaut, daß sie fast das gesamte Gebiet der NATO-Mitgliedstaaten mit Atomraketen erreichen könnten, heißt es in der jüngsten Ausgabe des britischen Kriegsmarine-Handbuches „Jane's Fighting Ships". Im nächsten Jahr werde die UdSSR auf Unterseebooten fünf verschiedene Raketensysteme einsatzbereit haben.

NRW-Haushalt: Der Etat soll 1985 um 1,27 Milliarden Mark auf 57,72 Milliarden steigen, die Netto-Kreditaufnahme um 1,34 auf 7,45 Milliarden Mark reduziert werden.

Manöver: Als weiterer Schritt in die Isolation wird in NATO-Kreisen der Beschluß Griechenlands gewertet, nicht an zwei Manövern des Bündnisses teilzunehmen. Nutznießer werde am Ende die Türkei sein. (S. 5)

Südafrika: Die Mischlinge haben gestern die speziell für sie geschaffene neue Parlaments-Kammer gewählt. Die Beteiligung war extrem niedrig.

Terrorismus: Der libysche Geschäftsmann Ali el-Giahur, der mit Bombenanschlägen auf arabische Treffpunkte in London in Verbindung gebracht wurde, ist in seiner Londoner Wohnung erschossen worden.

ZITAT DES TAGES



„Lateinamerika befindet sich in der Phase des zweiten Unabhängigkeitskampfes. Der erste wurde gegen die Spanier geführt, der zweite gegen die Militärdiktaturen. Die Militärdiktaturen fallen, eine nach der anderen. Die Frage ist, was danach kommt. Wird sich die Demokratie duchsetzen oder die Revolution der Marxisten?"

Der mexikanische Schriftsteller Octavio Paz FOTO: CAMERA PRESS

WIRTSCHAFT

Innerdeutscher Handel: Das Volumen sank im ersten Halbjahr mit 7,5 Milliarden Verrechnungseinheiten (1 VE = 1 DM) um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die „DDR" drosselte ihre Einfuhren um 19 Prozent und konnte damit die Verschuldugng deutlich verringern. (S. 9)

Autoindustrie: Die Branche holt den durch Arbeitskämpfe im Juni bedingten Rückstand zügig auf. Mit rund 271 000 Einheiten wurden im Juli rund 20 Prozent mehr produziert als im Vorjahresmonat. (S. 9)

Norwegen: Noch vor der Erschließung eines der größten Erdgasvorkommen, dem Troll-Feld nordwestlich von Bergen, hat das Tauziehen um Bezugsrechte und Preise begonnen. (S. 11)

Bayer AG: Der Gruppen-Gewinn vor Steuern stieg im ersten Halbjahr um 73 Prozent auf 1,49 (0,86) Milliarden DM.

Börse: Von Sonderbewegungen in Allianzaktien und Technologiewerten abgesehen, blieb das Kursniveau an der Aktienbörse im wesentlichen unverändert. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 144,8 (144,6). Dollarmittelkurs 2,8889 (2,8828) Mark. Goldpreis pro Feinunze 345,00 (346,00) Dollar.

KULTUR

Hochschule: Rheinland-Pfalz hat der in Koblenz geplanten „Privaten wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung" die staatliche Anerkennung erteilt. Sie kann damit den Studienbetrieb am 1. Oktober aufnehmen. (S. 4)

Appell: Der sowjetische Filmregisseur Andrej Tarkowskij hat die italienische Regierung ersucht, sich in Moskau für eine Ausreisegenehmigung für seine beiden Kinder einzusetzen. Tarkowskij hatte vergangenen Monat beschlossen, im Westen zu bleiben.

SPORT

Tennis: John McEnroe (USA) mußte seine zweite Niederlage in diesem Jahr hinnehmen. Er unterlag in Cincinnati dem Inder Amritraj mit 6:7, 6:2, 6:3.

Galopp: Die große Attraktion zum morgigen Beginn der Rennwoche in Baden-Baden wird der Start des französischen Starjockeys Yves Saint-Martin sein. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Odyssee beendet: Das ganze Dorf jubelte, als Hauptmann José Navarro Ruiz 47 Jahre nach dem spanischen Bürgerkrieg nach Burjasot heimkehrte. 30 Jahre hatte er in algerischen Irrenhäusern verbracht – nach seiner Zeitrechnung war es erst 1953.

Angst vorm Fliegen: Mehr als zehn Prozent der Amerikaner lehnen es ab, in ein Flugzeug zu steigen: Sie haben Angst. Mit speziellen Verhaltenstherapien wollen Fluggesellschaften diesem Phänomen zu Leibe rücken. (S. 16)

Wetter: Weiterhin sonnig, im Westen und Süden Gewitter. Bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

„Unsere Zukunft hängt nicht vom Besuch Honeckers ab"

Dregger: Sowjetunion will Position der Deutschen weiter verschlechtern

MANFRED SCHELL, Bonn

Die von Moskau entfachte „Revanchismus-Kampagne" ist nach Einschätzung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, „offensiver Natur". In einem WELT-Interview sagte Dregger: „Ihr Ziel ist es, die politische und die rechtliche Position der Deutschen über das am Ende des Zweiten Weltkrieges erreichte Maß hinaus weiter zu verschlechtern." Zugleich nahm Dregger zu dem für September erwarteten Besuch von SED-Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland Stellung.

WELT: Moskau und nun auch SED-Chef Honecker richten publizistische Breitseiten gegen Bonn. Wie bewerten Sie diese Vorgänge?

Dregger: Mit Gelassenheit. Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, daß Herr Honecker uns die Ehre seines Besuches erweist.

WELT: Ist unter solchen Vorzeichen der Besuch Honeckers überhaupt vertretbar, welchen Nutzen kann er haben?

Dregger: Bisher ist über den Besuch Honeckers noch nicht entschieden. Er sollte gut vorbereitet werden, damit die relativ kurzen Gesprächszeiten der Hauptbeteiligten optimal genutzt werden können. Uns geht es, wie bei jeder deutsch-deutschen Begegnung, um mehr Freizügigkeit und um mehr Umweltschutz in Deutschland. Selbstverständlich werden wir auch auf die Gesprächswünsche des Herrn Honecker eingehen.

WELT: Eine zentrale Frage lautet, wie Honecker protokollarisch empfangen werden soll. Welches Verfahren empfehlen Sie?

Dregger: Es handelt sich um einen

SEITE 2:
Ob er kommt oder nicht

Arbeitsbesuch, wie beim Besuch von Bundeskanzler Schmidt am Werbellinsee. Die Verhältnisse in Deutschland sind noch nicht so, daß sie auf höchster protokollarischer Ebene gefeiert werden könnten.

WELT: Moskau richtet schwere Angriffe wegen des angeblichen „Revanchismus" in der Bundesrepublik Deutschland. Wie bewerten Sie das?

Dregger: Die von Moskau angezettelte „Revanchismus-Kampagne" ist offensiver Natur. Ihr Ziel ist es, die politische und rechtliche Position der Deutschen über das am Ende des Zweiten Weltkrieges erreichte Maß hinaus weiter zu verschlechtern. Kein führender Politiker in der Bundesrepublik Deutschland hat bisher eine Position vertreten, die über das hinausginge, was in den Verträgen mit den Siegermächten oder in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland oder in darauf basierenden Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes festgehalten wurde. Von Revanchismus kann daher keine Rede sein.

Die mit diesem Wort geschmückte Kampagne soll der Einschüchterung der Deutschen in beiden Staaten in Deutschland dienen, um der unverändert offensiven Politik der Sowjetunion weiteren Raumgewinn zu ermöglichen. Wir werden dem gelassen und fest begegnen. Die Führer der Sowjetunion sollten sich klar darüber sein, daß derjenige auf lange Sicht nicht mit Zustimmung und Unter-

● Fortsetzung Seite 8

Rau läßt Koalition mit Grünen offen

Gegen „Politik der Ausgrenzung" / Wählerströme sollen zur SPD zurückgelenkt werden

PETER PHILIPPS, Bonn

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat vor der SPD-Landtagsfraktion in Düsseldorf erneut die Möglichkeiten eines rot-grünen Bündnisses wie auch die einer Großen Koalition nach der Landtagswahl im kommenden Mai offengelassen. Er hat zwar das Ziel seiner Partei unterstrichen, „daß wir auf Sieg setzen und nicht auf Platz". Aber der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende hat zugleich auch alle Schlupflöcher unverstopft gelassen: Er mache „keine Politik der Ausgrenzung" mit, denn politische Parteien seien zwar „Gegner", doch sie seien auch „kooperationsfähig, wenn die verabredete Politik stimmt".

Rau, der sich bereits im Juni ähnlich geäußert hatte, lobte ausdrücklich die Grünen, die „viele wichtige Fragen" stellten. Und sie nähmen auf, „was es an Unbehagen in etablierten Parteien gibt". Zugleich grenzte er sich jedoch auch maßvoll von den Alternativen wie von der Landes-CDU ab. Es gebe gegen die SPD ein „objektives Zusammenspiel zwischen grünem Verhalten und schwarzer Taktik". Außerdem warnte Rau seine Genossen, das „Überleben der FDP zu einem interessanten Thema der Wahl" zu machen.

Die Worte des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten zeigen das ganze Dilemma, in dem sich die SPD schon seit längerer Zeit befindet. Denn seit mehreren Wahlen – zuletzt zum Europa-Parlament – hat sich gezeigt, daß die meisten Wähler, die zur Opposition abwandern, ihre Stimme den Grünen und nicht der SPD geben. Alle Spitzenpolitiker der SPD suchen deshalb nach Wegen, wie man Wählerströme von den Grünen weg und hin zur SPD leiten kann, ohne zugleich traditionelle Wähler vor allem aus dem Bereich des Gewerkschaftsflügels zu verprellen. Parteichef Willy Brandt hatte stets wohlwollend die Bemühungen des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner, der als ehemaliger Beton-Facharbeiter aus dem Gewerkschaftsflügel kommt, begleitet, als „Pfadfinder" eine Zusammenarbeit mit den Grünen zu suchen. Nachdem Börner einst mit „Dachlatten" grünes Potential erledigen wollte, ist seine politische Linie inzwischen zur Meßlatte in der SPD geworden.

Nur der saarländische Spitzenkandidat Oskar Lafontaine hat mit seinen politischen Ansichten bei den Kommunalwahlen im Saarland den Grünen sogar das Wasser abgegraben. Hingegen hat der Niedersachse Gerhard Schröder den Grünen bereits vor den Wahlen eine Zusammenarbeit angeboten, auch wenn der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel die Landesfürsten vor solchem Koalitionsgerede immer wieder warnt.

Republikaner für weitere Kürzung der Steuern

DW. Dallas

Mit überwältigender Mehrheit haben die Delegierten des Parteitags der Republikaner in Dallas ein Wahlprogramm angenommen, das Steuererleichterungen in Milliardenhöhe vorsieht. Darüber hinaus werden Erleichterungen wie die Erhöhung des jährlichen Steuerfreibetrages und die Abschaffung von Steuern auf Zinserträge gefordert. Experten meinen, die Verwirklichung aller Vorschläge würde den Etat jährlich mit etwa 100 Milliarden Dollar belasten.

Militärisch sollen die USA so stark gemacht werden, daß kein anderes Land das Risiko eines Angriffs wagt. Wörtlich heißt es: „Wir versprechen, alles Notwendige zu tun, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines Konflikts eindeutig die Oberhand behalten." Im Unterschied zu 1980 wird nicht mehr ausdrücklich die militärische Überlegenheit der USA über die Sowjetunion zum Ziel erklärt.

Seite 5: Geld, Rinder, Delegierte

Literat kämpft gegen Diktaturen von links

DW. Bonn

In einem Gespräch mit der WELT hat der diesjährige Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, der Mexikaner Octavio Paz, den Amerikanern einen Mangel an Verständnis für die Probleme Lateinamerikas unterstellt. „Sie leben auf einer Insel und kümmern sich kaum darum, was um sie herum geschieht." Der 70jährige Dichter und Essayist möchte Europäern und Amerikanern helfen, die Situation des Subkontinents besser verstehen zu lernen.

Paz kämpft zusammen mit einer Gruppe lateinamerikanischer Literaten für die Demokratie, um Diktaturen von links zu verhindern. „Lateinamerika", so der ehemalige Diplomat, der seine Karriere als Botschafter aus Protest gegen seine Regierung abbrach, „befindet sich in der Phase des zweiten Unabhängigkeitskampfes." Er richte sich gegen die Militärdiktaturen. Octavio Paz wird den Friedenspreis im Oktober erhalten.

Seite 15: Gegen Diktatur von links

USA und China erörtern Flottenbesuche

DW. Bonn

Die USA erörtern mit China nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Washington ein mögliches Abkommen über den Austausch von Flottenbesuchen. Dabei ist die Volksrepublik China offenbar bereit, als ersten Schritt künftig der amerikanischen Marine auch auf kurzfristige Anfrage hin (Port Call), das Einlaufen in chinesische Häfen zu gestatten.

Wie aus Pekinger Diplomatenkreisen bekannt wurde, sei diese unkomplizierte Verfahrensregel während eines fünftägigen Kurzbesuches von US-Marineminister Lehman diskutiert und für das nächste Jahr anvisiert worden. Ein solcher „Port Call" würde im wesentlichen zeremoniellen Charakter haben, betonten Beobachter. Das Bemühen um eine solche Regelung unterstreiche aber das gemeinsame chinesisch-amerikanische Interesse, der wachsenden sowjetischen Präsenz im pazifischen und indischen Ozean entgegenzuwirken.

Zirkus statt Leistungsvergleich

KLAUS BLUME, Zürich

Said Aouita, für seinen Olympiasieg über 5000 Meter vom marokkanischen König Hassan mit einer monatlichen Apanage von 3200 Mark auf Lebenszeit belohnt, begriff die Welt nicht mehr. Der derzeit beste Mittel- und Langstreckenläufer der Welt war zum großen internationalen Sportfest nach Zürich gekommen, um gegen den englischen Olympiasieger Sebastian Coe anzutreten. Doch das paßte dem Veranstalter Res Brügger, im Zivilberuf Direktor einer großen Versicherungsgesellschaft, nicht ins Konzept. Brügger war sich mit seinem Lieblingsstar Coe einig, weder Aouita noch den brasilianischen 800-Meter-Olympiasieger Joaquim Cruz als direkten Konkurrenten in einem Rennen zu akzeptieren.

Coe bestimmte für sich die Strecke (1500 Meter) – und die Gegner. Aouita mußte auf die englische Meile (1609 Meter) ausweichen, Cruz auf die 800-Meter-Distanz. Die noch gegen Coe antretenden Konkurrenten wurden indes vom Veranstalter ermahnt, den Herrn Olympiasieger bei seinem Sturmlauf ins Ziel nicht zu behindern. Mit anderen Worten: Coe hat zu gewinnen, alle anderen haben sich zurückzuhalten.

Mit solchen Absprachen begibt sich die internationale Leichtathletik endgültig ins Abseits: Zirkus statt Sport, Show anstelle von Leistungsvergleich. Warum ist das so? Schließlich wollen die Sponsoren, die Geldgeber der großen internationalen Meetings der zweiten Augusthälfte, nicht die Katze im Sack kaufen. Sie wollen für ihr Geld, das sie ausgeben, eine Garantie erhalten, eine Ware, die auch stimmt. Denn diese Sportfeste, ob in Köln, Berlin, London oder Zürich, kosten allesamt pro Abend eine runde Million Mark. Und seitdem der viermalige amerikanische Olympiasieger Carl Lewis einen 100-Meter-Lauf für die Gage von 60 000 bis 90 000 Mark absolviert, sind die Preise explodiert. Doch die Veranstalter können den Forderungen schon deshalb nicht gerecht werden, weil sie ihren Geldgebern einen vernünftigen Gegenwert anbieten müssen.

In Zürich, wo auch Banken und Versicherungen hinter dem Großunternehmen „internationales Meeting" stehen, läßt man sich auf keine Phantasiesummen mehr ein. Der amerikanische Hürden-Olympiasieger Ed Moses und der Kölner Hochsprung-Olympiasieger Dietmar Mögenburg wurden wieder ausgeladen. Moses wollte erst jenseits jener Summen verhandeln, für die Carl Lewis antritt. Mögenburg wiederum soll eine Abendgage von 25 000 Schweizer Franken gefordert haben. In Zürich wollte man nur 10 000 DM bezahlen.

Auf Hochspringer und Sprinter kann man freilich verzichten. Bei einem etwa vier Minuten dauernden Mittelstreckenlauf aber erscheint auf dem Fernsehschirm hinter dem nur gemächlich dahineilenden Läufer stets die Bandenwerbung. Und wenn das Rennen obendrein über große Fernsehanstalten via Satellit in alle Welt verkauft wird, dann wird ein Läufer wie Sebastian Coe zu einem weltweiten Werbeträger ungeahnten Ausmaßes. Klar, daß solche Programmpunkte programmiert werden müssen – und wer sich nicht an die Absprachen hält, hat auf dieser Szene wohl ganz und gar nichts mehr zu suchen.

DER KOMMENTAR

Schlupfloch

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Ministerpräsident Rau nimmt man es nicht wie Börner ab, daß er die Latte vom Dach hole. Das hat er nicht drauf. Darum beschwört er für die Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen zwar die absolute Mehrheit der SPD, gibt aber zugleich als redlicher „Bruder Johannes" zu erkennen, daß er selbst daran nicht glaubt; denn er erklärt, er grenze niemanden aus. Damit ist die Katze aus dem Sack, und siehe da, sie ist grün.

Noch im Juni wollte Rau sich nicht am Modell Börner orientieren. Doch die Verführungskraft ist groß; denn Börner hat in Hessen zweierlei vollbracht: Mit seinem Dachlatten-Spruch vor der Wahl hat er die Wähler in höchst wirksamer Weise betrogen; er festigte nämlich die SPD-Klientel dort, wo sich in der Wählerschaft rechts und links scheiden, und das war für ihn am Wahltag ausschlaggebend. Die Stabilisierung seines Wahlergebnisses durch gemäßigte Stimmbürger setzte ihn überhaupt erst instand, seine Mesalliance mit den Grünen ins Werk zu setzen. Und zweitens erreichte Börner in Hessen, daß alle Flügel seiner Landespartei trotz dieser raffinierten Winkelzüge in größerer Eintracht leben denn je.

Beides kann sich auch Rau nur wünschen. Allerdings ist er nicht skrupellos genug, den Wählerbetrug als ein Mittel zu betrachten, das vom Zweck geheiligt werde. Das ehrt ihn. Er nimmt in Kauf, daß die Bürger in Nordrhein-Westfalen nunmehr lange vor dem Wahltag wissen, woran sie mit Rau sind.

Alle Bürger in der Bundesrepublik Deutschland wissen jetzt aber auch, woran sie mit der SPD sind. Deren Maxime ist das Wort Willy Brandts aus der Nacht nach der Hessen-Wahl 1982, daß es für die Sozialdemokraten eine Mehrheit diesseits von Kohl/Genscher gebe, sie brauchten sich nur kräftig des Reservoirs der Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung zu bedienen. Wenn das fortan auch das Rezept der von den Gewerkschaften dominierten SPD in Nordrhein-Westfalen werden soll, dann ist in der deutschen Innenpolitik Feuer im Busch. Denn das hieße ja, daß auch die DGB-Gewerkschaften aus Loyalität zur SPD auf diesen Kurs einschwenken.

Je mehr die SPD ihr Heil im Bündnis mit den Grünen sucht, desto mehr wird sie auf zwei entscheidenden Feldern der Politik zur Problempartei: in der Sicherheitspolitik, die das Fundament aller Außenpolitik darstellt, und in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, von deren Erfolg oder Mißerfolg unser aller Wohlstand abhängt. Die Gefahr ist erkannt, sie muß bekämpft werden.

Polen feiern amnestierte Oppositionelle

DW. Warschau

Die nach der Amnestie vom 21. Juli aus der Haft entlassenen Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" und oppositionelle Intellektuelle sind am Dienstag abend bei einer Messe in Warschau von mehreren tausend Menschen begeistert gefeiert worden. Darunter waren Jacek Kuron und Adam Michnik, Gründer der Dissidentengruppe KOR, sowie die „Solidaritäts"-Funktionäre Seweryn Jaworski, Marian Jurczyk und Anna Walentinowicz. Der Warschauer Weihbischof Miziolek sagte in seiner Predigt: „Laßt uns hoffen, daß diese Amnestie die Saat für nationale Eintracht und Vertrauen sein wird ... Niemand soll jemals wieder für seine politischen Ansichten eingesperrt werden dürfen."

Das polnische Justizministerium teilte nicht mit, ob inzwischen alle von der Regierung angegebenen 652 politischen Gefangenen auf freien Fuß gesetzt worden sind. Sicher frei sind bisher nur 581. Die amerikanische Regierung hatte ihre Zustimmung zu Polens Wiederzulassung zum Internationalen Währungsfonds von der Freilassung aller Gefangenen abhängig gemacht.

Die polnischen Behörden haben am Dienstag die Strafverfolgung gegen Pfarrer Henryk Jankowski eingestellt und, wie ein Regierungssprecher erklärte, auch die Amnestierung von Pfarrer Jerzy Popieluszko in Warschau erwogen. Weiter ungeklärt ist das Schicksal des Danziger Untergrundführers Bogdan Lis und seines Mitarbeiters Piotr Mierzewski.

Ungewöhnliche Ruhe um Tschernenko

hrk./DW. Moskau

Das ungewöhnlich lange Schweigen der amtlichen Medien über Aufenthalt und Aktivitäten von Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat in der Sowjetunion zu neuen Spekulationen über seinen Gesundheitszustand und seine Machtposition geführt. Nach offiziellen Angaben begann der 72jährige Tschernenko am 15. Juli seinen Urlaub. Doch trotz vieler Gelegenheiten wurde seither lediglich eine Erklärung in seinem Namen veröffentlicht. Da Tschernenko vor Urlaubsantritt fast täglich das Nachrichtenbild bestimmte, herrscht jetzt unter den Sowjetbürgern einige Verwirrung. Hier scheint der Boden für neue Spekulationen über den Gesundheitszustand Tschernenkos zu liegen. So wird derzeit davon gesprochen, daß der Parteichef in eine Moskauer Klinik eingeliefert worden sei.

Tschernenko wird auch nicht an den Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der „DDR"-Gründung teilnehmen. Dies wurde der WELT jetzt aus Ost-Berlin bekannt. Wer die Staats- und Parteidelegation aus Moskau führt, scheint noch offen.

In Ost-Berliner Expertenkreisen wird das Fernbleiben Tschernenkos allerdings als politische Entscheidung gewertet. Seine Abwesenheit wird als Indiz für die Verstimmung im Kreml über die eigenständige Gestaltung der SED-Politik und die Wahrnehmung ihrer West-Interessen bewertet. Die sowjetische Delegation trifft vermutlich am 5. oder 6. Oktober in Ost-Berlin ein.

Israel: Bündnis zwischen Arbeiterpartei und Weizman

Peres' Chancen steigen / Notstandsmaßnahmen gegen Inflation

R. SELIGMANN/DW. Bonn

Die Yahad-Partei des früheren israelischen Verteidigungsministers Ezer Weizman wird in der neuen Knesset die Fraktion der Arbeiterpartei von Shimon Peres unterstützen. Im Gegenzug für das Bündnis Weizmans mit der Arbeiterpartei wurde diesem ein Ministeramt in der Regierung Peres zugesagt, gleichgültig, ob die von Staatspräsident Herzog favorisierte Regierung der Nationalen Einheit zustande kommt oder ob lediglich eine Kleine Koalition unter Führung von Peres gebildet werden soll.

Nach einer Meldung des israelischen Militärsenders wurde vereinbart, daß die gegenwärtigen Abgeordneten der Yahad-Partei bei den zukünftigen Wahlen sichere Plätze auf der Liste der Arbeiterpartei erhalten sollen.

Die Einigung Weizmans mit der Arbeiterpartei bestätigt die Vermutung von Beobachtern, daß Peres parallel zu den Gesprächen mit dem Likud über die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit mit Vertretern der kleineren Parteien eine Übereinkunft über die Bildung eines Koalitionskabinetts unter seiner Führung sucht. So gilt es als sicher, daß die Arbeiterpartei neben der Übereinkunft mit Weizman auch Absprachen mit der Bürgerrechtspartei von Shulamit Aloni und der Shinui-Fraktion von Rubinstein getroffen hat. Zu Wochenbeginn sprach sich auch der frühere Finanzminister Hurwitz für Peres als nächsten Premierminister aus. Dies verleiht Peres ein stärkeres Gewicht in den Verhandlungen mit dem Likud über die Bildung einer Großen Koalition. Das Zünglein an der Waage werden, wie stets in der Vergangenheit, die religiösen Parteien spielen, die in der Knesset über insgesamt zwölf Abgeordnete verfügen.

Unterdessen kündigte der amtierende Finanzminister Cohen-Orgad „Notstandsmaßnahmen" zur Drosselung der Inflation an. Dazu gehören eine Kürzung des Staatshaushaltes um eine Milliarde Dollar, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Wohnungen und Autos.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ob er kommt oder nicht

Von Manfred Schell

Alfred Dregger hat gegenüber dieser Zeitung einen bemerkenswerten Satz gesagt: „Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, ob Herr Honecker uns die Ehre seines Besuches erweist." Damit korrigiert Dregger manchen falschen Zungenschlag in der Diskussion der letzten Wochen. Seine Aussage hat gewiß mehrere Adressaten. Der CDU-Politiker ist nicht gegen den Honecker-Besuch, aber er ruft damit auch die Bundesregierung zu mehr Gelassenheit und Distanz auf.

Ein Besuch des SED-Chefs muß Sinn haben, er ist kein Wert an sich, und er darf schon gar nicht einer Propagandashow der „DDR" Vorschub leisten. Es ist schon eine außerordentliche Aufwertung, daß Honecker vom Bundespräsidenten und vom Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland empfangen wird. Zuweilen ist bei uns der Eindruck entstanden, als sei es schon ein Entgegenkommen, wenn er überhaupt kommt, als drängelte und bäte das Kanzleramt Ost-Berlin.

Der Bundeskanzler hat sich, und das war gut so, von dieser Diskussion ferngehalten. Er will mit Honecker über die Menschenrechte in Deutschland und über den Umweltschutz sprechen. Kohl wird, dessen darf man sicher sein, Stil bewahren und damit ein weiteres positives Kontrastbild zum Werbellin-Aufenthalt seines Amtsvorgängers setzen.

Inzwischen werden schon Gründe für den Fall einer Absage ins Spiel gebracht. Bölling wagte die Prognose, Honecker komme nicht, wenn er nicht die ihm wichtigen Themen besprechen könne. Diese Themen hat Honecker erst vor ein paar Tagen wieder genannt. Eine eigene Staatsbürgerschaft und die Einrichtung von Botschaften gehören dazu. Kohl hat wiederholt erklärt, daß es in diesen grundsätzlichen Fragen keine Konzessionen geben wird. Alles andere, vor allem, wenn es um die Menschen geht, will er pragmatisch lösen – auch das Entgegenkommen im finanziellen Bereich.

Honecker kennt diesen Spielraum. Wenn er absagen sollte, dürfte dies mit Bonn wenig zu tun haben. Der stellvertretende „DDR"-Außenminister Neugebauer hat in Guayana von einem gewaltigen Druck auf Honecker gesprochen, den Besuch abzublasen. Und dieser Druck kommt aus Moskau.

Leerstunde am Rhein

Von Peter Gillies

Die *Lehrstellenknappheit zwinge zu „unkonventionellen"* Lösungen, schreibt der rheinische CDU-Chef Bernhard Worms an den Kanzler. In dem Brief schlägt er jedoch etwas sehr Konventionelles vor: eine Steuerprämie pro Lehrstelle. Der Betrieb solle steuerlich für jene Kosten entschädigt werden, denen keine Leistungen des Lehrlings gegenüberstehen.

Nun verursacht ein Lehrling jährliche Bruttokosten von rund 18 000 Mark, dem erwirtschaftete Erträge von rund 7000 Mark gegenüberstehen. Diese Lücke durch Steuerwohltaten füllen zu wollen, muß einem Finanzminister Schweißausbrüche verursachen. Würde man hingegen nur den zusätzlich eingestellten Lehrling prämieren, stellt sich die Frage, wo der Durchschnitt liegt und wo die zusätzliche Lehrstelle beginnt. Sollen dann nur noch Betriebe mit einem Bonus vom Finanzamt belohnt werden, die bisher die Ausbildung links liegen ließen? Das würde jene Unternehmer bestrafen, die aufgrund ihrer Verantwortung auch bisher schon emsig über den eigenen Bedarf ausbildeten.

Wenn ein Schreinermeister derzeit fünf „Azubis" beschäftigt, aber mit dem Gedanken spielt, weitere zwei einzustellen, weil er die Not erkennt, wird er nach Lektüre des Worms-Vorschlags etwas tun, was wahrlich unerwünscht ist: abwarten. Die angeregte Prämie ist eine klassische Methode, private Initiative zu ersticken. Motivation durch Steuergunst zu ersetzen, hat sich schon oft als der falsche Weg erwiesen. Dabei sind die Wirtschaft und viele Initiativen just dabei, einen neuen Lehrstellenrekord aufzustellen.

Dem rheinischen Unkonventionellen sollte schon zu denken geben, daß – ein Novum – die Begünstigten die ihnen zugedachte Steuerwohltat ablehnen. Die Frau Bildungsminister hat es wahrlich nicht leicht; zuerst mußte sie den deutungsfähigen Beitrag des Bundespräsidenten ins rechte Licht rücken, dann sich mit unpassenden Beiträgen von Hans Katzer auseinandersetzen und nun den Worms-Vorschlag betrachten. Er kommt zur falschen Zeit und ist nicht durchdacht. Die Empfehlung von Gerhard Stoltenberg ist zu unterstreichen: Ankündigungen erst nach Rückkoppelung mit dem Sachverstand.

Korn in die Kornkammer

Von Werner Obst

Die Russen lassen die Amerikaner zappeln. So hieß es noch vor einem Jahr, als beide Supermächte monatelang ein neues Getreideabkommen auspokerten. Doch mittlerweile wurden die Sowjets von ihrem Wirtschaftsproblem Nummer eins erneut eingeholt.

Allein im ersten Halbjahr 1984 mußten sie doppelt soviel Getreide in den USA kaufen wie fürs ganze Jahr vereinbart, nämlich 13 Millionen Tonnen. Nach fünf Mißernten 1979-1983 mit einer Getreideernte von weniger als 200 Millionen Tonnen mußten sie zunächst 31, dann 34, ja sogar 45 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr importieren; nur zum Teil aus den USA.

Vor zwei Jahren beschloß die Parteizentrale ein gigantisches Lebensmittelprogramm, um endlich bei Nahrungsgütern vom Ausland unabhängig zu werden. Demzufolge erhält die Landwirtschaft künftig statt des bisherigen Viertels ein Drittel aller Investitionen. Der Staat zahlt seither um 16 Milliarden Rubel höhere Löhne an die Kolchosbauern, die außerdem 15 Prozent der Ernte als Deputat behalten. Überdies wird der Wohnungsbau auf dem Lande besonders gefördert.

Aber offensichtlich greifen diese Maßnahmen nicht. Wenn man *freilich berücksichtigt, daß* die USA jährlich über 100 Millionen Tonnen Getreide ausführen, während die Russen 40 Millionen Tonnen kaufen müßten, dann drängt sich die Frage auf, wie lange den russischen Bauern ihr Grund und Boden noch vorenthalten werden kann. Private Bauern, die das Land mit Überfluß versorgen, sind für Kommunisten zwar ein Greuel. Aber ist es besser, ausgerechnet bei Nahrungsmitteln vom Klassenfeind abzuhängen?

Übrigens, da die Russen mittlerweile auch von uns Butter, Fleisch und andere Nahrungsgüter kaufen, profitieren wir ebenfalls von der Misere. Dank unserer leistungsfähigen Marktwirtschaft wurde die Bundesrepublik dadurch zum viertgrößten Lebensmittelexporteur der Welt. Wir exportieren Nahrungsgüter ausgerechnet in jene Gebiete, von denen früher deutsche Machthaber glaubten, sie erobern zu müssen, weil anders der Lebensraum und die Lebensmittelversorgung nicht reichten. Welch eine Umkehrung der Verhältnisse.



„Aber die Liebesbriefe sind echt, so wahr ich Heidemann heiße!" KLAUS BÖHLE

Der „Stern" als Opfer

Von Enno v. Loewenstern

Seit die ehemalige Bordellbesitzerin Marthe Richard im Frankreich der ersten Nachkriegstage das Verbot der Prostitution verlangte, hat es *keinen so hinreißenden* Auftritt gegeben wie den des Heidemann-Anwalts. Zu erleben, wie im Namen eines ehemaligen „Stern"-Mitarbeiters die „Vorverurteilungen" beklagt werden, die einem armen Angeklagten in dieser *schamlosen Republik so widerfahren*, das allein war schon die Erfindung der Braunschen Röhre wert.

Sehen wir einmal von der Rechtsfrage ab. Die Justiz muß sich natürlich mit dem Antrag der Verteidigung auseinandersetzen; in Amerika hat es tatsächlich Freisprüche wie im Mordfall Dr. Sheppard in Cleveland gegeben. Aber selbst die Amerikaner behandeln diese Frage wieder sehr differenziert; Massenkommunikation ist ja nun einmal da, und man könnte die Justiz lahmlegen, wenn jeder Angeklagte gerade in schwerwiegenden, die Öffentlichkeit bewegenden Fällen freigesprochen werden müßte. Für die Verteidigung freilich gehört das Überschwemmen der Gerichte mit Ablehnungs- und Beweisanträgen zum Handwerk.

Halten wir uns auch nicht mit dem Spezialproblem auf, daß es hier *ja erst einmal* eine Vor-Vorveröffentlichung gab. Der „Stern" und Heidemann haben uns die Hitler-Tagebücher als echt angeboten; insofern also war doch mindestens öffentlicher Widerspruch erlaubt statt ehrfurchtsvoller Hinnahme der Dicta *unseres verflossenen* Führers, bis schließlich das Zugeständnis erfolgte, daß er es gar nicht gewesen war.

Wenn aber hier den Mühlen Justitias vorgegriffen werden durfte, dann war die Überlegung nur schwer zu umgehen, daß es jemand anderer gewesen sein mußte. Doch sei's drum. Am stärksten beeindruckt doch wohl die historische Ironie, daß uns hier Tränen des Mitgefühls justament im Namen des „Stars" eines der Organe abgenötigt werden, die überhaupt erst die Vorverurteilung als solche in großem Stil eingeführt haben.

Enthüllungsjournalismus, selbst der *neuerdings beklagte* „Scheckbuchjournalismus" sind nicht neu. Das eigentliche Problem im Fall „Stern", der keineswegs auf den „Stern" beschränkt ist, ist die Anmaßung einer nicht in der Verfassung vorgesehenen Instanz: als solche, nämlich als erste und letzte Instanz, über die Ehre der Bürger und über den Gang der Republik zu entscheiden. Mit Beweismitteln, die im besten Fall schief und im weniger guten Fall gefälscht sind. Ohne daß die Justiz die Opfer zu schützen vermag, warum auch im*mer das so ist*.

Das geht weit hinaus über den von der Presse geltend gemachten „Auftrag" eines „öffentlichen Wächteramts". Hier arbeitet eine Clique einschlägiger Blätter und einschlägiger Leute in Fernsehredaktionen zusammen, die systematisch Existenzen ruiniert und Einfluß nimmt, um eine andere Republik zu schaffen. Ob man Strauß oder Lambsdorff Skandale anhängte und andererseits Gewaltdemonstranten und Terroristen zu unschuldigen Opfern erklärte, stets schwang die Überzeugung mit, Geschichte zu machen. Der „Stern" hat schon vor Jahren in die Situation des Staatsoberhauptes der Republik eingegriffen, als er den Bundespräsidenten Lübke als Mitarbeiter bei *KZ-Bauten* diffamierte. Die Justiz war nicht imstande, den kranken alten Mann zu schützen, so wenig, wie sie seinerzeit den ersten Reichspräsidenten Ebert gegen ähnlich infame Attacken schützen konnte. Bei Lübke und in anderen *Fällen berief sich* der „Stern" auf Fotokopien angeblicher Akten östlicher Archive, deren Echtheit nie überprüft werden konnte.



Klage über Vorverurteilungen: Heidemann FOTO: TEUTOPRESS

Im Falle Hitler aber trat der „Stern" nicht mit Fotokopien, sondern mit den angeblichen Originaldokumenten auf. Wie hätte das überhaupt gutgehen können? Wer jemals „Stern"-Größen wie Nannen oder den früheren Chefredakteur Peter Koch über die Macht des „Stern" dozieren hörte, der kann sich denken, wie. Die haben es offenbar wirklich nicht für möglich gehalten, daß man die Majestätsbe*leidigung* begehen und *Quellen des* „Stern" verwerfen könnte. Aber fragen wir uns doch alle: Wer in dieser Republik hätte es für möglich gehalten?

Nun lassen alle sich auf den Aspekt des betrügerischen Großgeschäfts fixieren. Dabei hat Koch selber die wirkliche Dimension signalisiert mit der Ankündigung, *nun müsse die Geschichte* umgeschrieben werden. Gleichzeitig ließ er heraus, was der „Stern" für den Knüller schlechthin hielt: daß der weiland Führer böse gewesen sei über die Mißhandlung von Polen und Juden.

Dabei ist es ganz sicher zu kurz gegriffen, hier nur den Versuch einer Rehabilitierung Hitlers zu se*hen – auch wenn das der Frau Hei*demann so wichtig war. Der Rahmen reicht schon weiter. Man muß gewisse Tendenzen von heute beachten, etwa, wie der Jugend eingeredet wird, sie sei nach jener Zeit geboren und ihre Generation sei den Juden nichts schuldig, könne also getrost Waffen an die Araber liefern und die Sache der PLO unterstützen. Man erinnere sich ferner an Versuche, einen „neuen Nationalismus" in linksneutralem Gewande hochzujubeln. Beides will nicht so recht gelingen, die Erinnerung an die Vergangenheit ist zu furchtbar. Aber vielleicht fällt es leichter, wenn man die Vergangenheit ein wenig umschreibt? Wie das abgekocht worden wäre, wissen wir nicht und werden wir wohl auch im Detail nicht mehr erfahren; die Pläne sind ja gescheitert, und der neue „Stern"-Chef kann uns glückselig mitteilen: „Nein, der 'Stern' *sitzt nicht auf der Anklage*bank"; er sei nicht der Täter, sondern „das Opfer". Und nun schreit er tatsächlich: Haltet den Dieb.

IM GESPRÄCH Jeane Kirkpatrick

Reagans Streitaxt

Von Heinz Barth

Es kommt nicht alle vier Jahre vor, daß eingeschriebene Mitglieder der Demokratischen Partei auf dem Parteikonvent der Republikaner von Jubelstürmen umbraust werden. Überraschend war es trotzdem nicht, daß Jeane Kirkpatrick, Chef der amerikanischen UNO-Delegation unter Ronald Reagan – und im Glaspalast am New Yorker East River auch die „Streitaxt" genannt –, von den viertausend Delegierten in der Kongreßhalle von Dallas so wild gefeiert wurde, wie es kaum ein Republikaner, ausgenommen der Präsident selbst, erwarten darf.



Auftritt bei der anderen Partei: Frau Kirkpatrick FOTO: UPI

Die 58jährige Jeane Duane Jordan Kirkpatrick, Tochter eines Ölunternehmers aus Oklahoma, eine der ranghöchsten Frauen der Reagan-Administration, hat sich noch nie dem Vorwurf ausgesetzt, daß ihr Haare auf den Zähnen fehlen. Sie hat am runden Tisch des UNO-Sicherheitsrates und im State Department viele Kämpfe ausgefochten – und die meisten gewonnen. Darunter auch den gegen Alexander Haig, ihren unmittelbaren Vorgesetzten an der Spitze des Außenministeriums, den sie im Bund mit der Reagan-Equipe zu Fall brachte.

Mit ihrer eigenen Partei hatte sich die Demokratin schon 1972 überworfen, als sie Richard Nixon in seinem Wahlkampf gegen George McGovern unterstützte. Die Besinnung Amerikas auf sich selbst, ein schwungvoller und manchmal säurehaltiger Patriotismus, war schon damals für sie Überzeugungssache. Als Mitarbeite*rin des demokratischen* Vizepräsidenten Hubert Humphrey hatte sie sich zu Beginn ihrer Karriere dafür eingesetzt, die von der Vietnam-Neurose verwirrte Partei wieder *zur Mitte* zurückzuführen. Damit stand sie im State Department der späten sechziger und frühen siebziger Jahre auf verlorenem Posten. Ihre Stunde kam, als Ronald Reagan für den Stimmungsumschwung sorgte, der das defätistische Gerede über den unvermeidlichen Niedergang Amerikas zum Schweigen brachte.

Als sie in Dallas ans Rednerpult trat, hielten die *Delegierten* der Partei, der sie nicht angehört, Schilder hoch: „Zeig es ihnen, Jeane." Davon machte sie ausgiebigen Gebrauch. Sie warf den Demokraten vor, die Politik der demokratischen Präsidenten Truman, Kennedy und Johnson verraten zu haben. Die Carter-Präsidentschaft nannte sie eine erbärmliche Zeit der Dekadenz, in der die amerikanische Außenpolitik gleich*gültig gegen* die Sowjet-Expansion geworden sei. Von ihren eigenen Parteigenossen sagte sie, sie seien weder Tauben noch Falken, sondern glichen eher dem Strauß, der den *Kopf* in den Sand steckt.

Man darf davon ausgehen, daß die *resolute Botschafterin in der zweiten* Reagan-Präsidentschaft eine noch einflußreichere Position einnehmen wird als bisher. Manche sehen in ihr sogar den künftigen Außenminister der Vereinigten Staaten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Zum Urteil über die elterliche Aufsichtspflicht sagt die Bielefelder Zeitung:

Sofern kein besonderer Anlaß besteht, wird es ihnen genügen zu wissen, wo und mit wem ihre Kinder spielen. Ständige Kontrolle würde zudem leicht von den Kindern als Zeichen von Mißtrauen empfunden werden können. Das für jede Erziehung unerläßliche Vertrauenverhältnis zwischen Eltern und Kindern könnte gestört werden. Der Bundesgerichtshof hat uns mit seinem Urteil vor einer solchen unheilvollen Entwicklung bewahrt. Eine gefährliche Fessel für die Kindererziehung wurde gelöst. Es hat sich wieder *einmal* gezeigt: Auch Richter können diese Republik kinderfreundlicher machen.

DIE GLOCKE

Über die Hitler-Tagebücher schreibt das Oelder Blatt:

Was im wahrsten Sinne des Wortes eine „Stern"-Stunde für die auflagenstärkste deutsche Illustrierte werden sollte und die Forschung und den Erkenntnisstand über Hitler und das Dritte Reich bis an die Grundfesten erschüttern sollte, erwies sich sehr bald als plumpe Fälschung. Sie kostete den „Stern" weltweites Ansehen und brachte einen zum blinden Nazi-Verehrer gewandelten „Starreporter" sowie den Schreiber der Tagebücher auf die Anklagebank. Mitangeklagte, wenn auch nicht im juristischen Sinne, sind gewisse Spitzenmanager des zum Bertelsmann-Konzern gehörenden „Stern"-Verlages Gruner + Jahr sowie der langjährige Chefredakteur des Bildermagazins, Henri Nannen, die dem „besten Spürhund der Welt", Reporter Heidemann, und *dem pfiffigen Fälscher Konrad Kujau* auf den Leim gingen, weil sie in ihrer Gier nach der journalistischen Sensation des Jahrhunderts alle Vorsicht fahren ließen.

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt beobachtet Existenzgründungen:

Ohne Zweifel streicht eine frische Brise durch *unsere* Wirtschaft. *Die* Kammern haben es längst bemerkt, und jetzt hat es eine Expertise der Bundesregierung bestätigt: Die Republik ist wieder in die Gründerjahre gekommen. Auf die Abwertung von Leistungsdenken und Eigenverantwortung in sozialdemokratischen Regierungsjahren folgte nämlich eine spontane Gegenbewegung, sobald die Koalition in Bonn wechselte. Gar zu leicht *fließt einem* manchmal das Wort von der Wende in die Feder – hier ist es berechtigt, wie die Zahlen ausweisen.

Trierischer Volksfreund

Zu Zimmermanns Initiative zum Bodenschutz bemerkt das Blatt:

Wie einen Rammbock gegen zu erwartende Widerstände schiebt Zimmermann jenes alte Verfassungsgerichtsurteil von 1967 über die Sozialpflichtigkeit von Grundbesitz vor sich her, den man nicht dem freien Spiel der Kräfte und dem Belieben des einzelnen überlassen dürfte. In der Tat, wer das neben Atemluft und Trinkwasser kostbarste *Gut* unseres Lebensraumes vor dem Schicksal der schleichenden Vergiftung bewahren will, muß notfalls durch drakonische *Vorschriften über partielle Interessen* hinweg dem ökologischen Gleichgewicht eine Chance lassen, weil ohne es alle den Schaden haben.

Als Stalin den Armeen Hitlers den Weg freimachte

Der Pakt vom 23. August 1939 und die Lage heute / Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn in diesem und dem kommenden Jahr von Gedenktagen die Rede ist, von der Normandie-Invasion bis *zum* 40. Gedenktag der Kapitulation am 8. Mai nächsten Jahres, sollte man ein Datum nicht vergessen, das sozusagen auslösenden Charakter hatte: den 23. August 1939. Heute sind 45 Jahre vergangen, seit Reichsaußenminister von Ribbentrop im Moskauer Kreml den Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnete.

Dieser Vertrag ermöglichte erst eigentlich den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, denn er gab Hitler die Überzeugung, die Westmächte würden sich ohne sowjetische Hilfe erst gar nicht auf den Versuch einlassen, dem Überfall auf Polen entgegenzutreten. Die Sowjetregierung ermöglichte Hitler aber damit natürlich auch den Überfall auf die Sowjetunion selber, nachdem das polnische *Hindernis aus* dem Weg geräumt war.

Neben der neuen Teilung Polens *veränderte vor allem die* Vernichtung der baltischen Staaten die Landkarte Europas. Die Nationalsozialisten, die angeblich die Welt *vor dem Kommunismus* retten wollten, überlieferten bedenkenlos von Bessarabien über das östliche Polen bis nach Estland, Lettland und Litauen Millionen von Menschen in der brutalsten Form eben diesem Kommunismus.

Hitler begann damit, daß er Osteuropa mit Stalin teilte. Das war aber der erste Schritt zur Teilung des gesamten Kontinents und zur Teilung Deutschlands. Auch heute noch haben wir diese Teilung – nur hat die eine der damaligen beiden Teilungsmächte ihre Grenzen weit nach Westen vorgeschoben, während die andere Macht eine totale Niederlage erlitt und damit als politischer Entscheidungsfaktor für lange Zeit ausschied. In diesem Sinne war der Hitler-Stalin-Pakt auch vorläufiger Schlußstrich für eine Epoche, in der die europäischen Staaten mehr oder weniger „unter sich" blieben. Nur mit Hilfe *Amerikas gelang* es nach dem Zweiten Weltkrieg, wenigstens Westeuropa vor dem Zugriff der sowjetischen Macht zu bewahren.

Heute aber, 45 Jahre nach Abschluß des ominösen Pakts und 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, beginnt sich unter inzwischen veränderten geschichtlichen Bedingungen dieser Teil Mitteleuropas wieder zu regen. Das gesamte westliche Vorfeld des sowjetischen Imperiums ist von einer eigentümlichen, manchmal kaum merklichen und doch stetigen Dynamik erfaßt. Obwohl in diesem Raum kommunistische Regime seit langem an der Macht sind und – mit Ausnahme Rumäniens – sowjetische Truppen dort stehen, hört man aus den Erklärungen der Politiker, aus den wissenschaftlichen Publikationen der *Historiker* etwas Neues heraus: die Suche nach einer eigenen Identität, nach der nationalen Geschichte, nach den eigenen Interessen und dem eigenen Platz in Europa.

Von diesen Prozeß ist kaum eine der *regierenden Kommunistischen* Parteien Mittel- und Osteuropas ausgenommen. Er hat Honecker und seine SED ebenso erfaßt wie die *rumänischen Kommunisten*, die Polen und nicht zuletzt Ungarn, deren führende Funktionäre mit Vorliebe von „gesamteuropäischer Zusammenarbeit" reden.

Geschichtliche Prozesse vollziehen sich nicht immer mit Donnerschlägen. Es gibt Veränderungen, die man auf den ersten Blick ebensowenig sehen kann wie das Wachsen der Pflanzen. Die Vorgänge im sowjetischen Machtbereich, die in letzter Zeit so viel Aufmerksamkeit erregten, dürfen nicht durch die gern verwendete Brille der schnellen Sensation betrachtet werden. Gerade weil sich hier einiges nicht abrupt, vieles sogar unbewußt vollzieht, gibt es Hoffnung, daß die Pflanzen nicht wieder durch Hagelschlag vernichtet werden.

Die Deutschen in der Bundesrepublik (und auch jene auf der anderen Seite der Mauer) stehen, ob sie *wollen oder nicht, im Zentrum* dieses Prozesses. Sind sie besser auf die Entwicklung vorbereitet als die Generation der Väter und Großväter, *die im nationalistischen* Größenwahn alles verspielten? Werden die Deutschen, vor allem die Politiker, auf die leise Grundmelodie hören, die aus diesem anderen Europa (und aus dem zweiten Deutschland) an unser Ohr dringt? Das ideologische Getöse *sollten* wir in diesen Zeiten getrost anderen überlassen. Uns sollte es vor allem auf die feinen Unterscheidungen ankommen – und darauf, niemals leichtfertig oder gedankenlos mit dem Schicksal der Menschen zu verfahren.

Genau das war nämlich die Ursünde vor 45 Jahren: Man glaubte mit dem Schicksal der anderen spielen zu können – und verspielte sein eigenes. Jahrzehnte mußten vergehen, bevor im östlichen Europa (oder sollen wir sagen: in Mitteleuropa?) eine neue Grundströmung spürbar wird. Die Nationen sind wieder da.

Der Frontwechsel von 1944 sorgt 1984 für Zündstoff

Die sowjetische Armee hat die Länder Osteuropas von den deutschen Nazis befreit. Das war – und ist – der offizielle Sprachgebrauch innerhalb des Warschauer Pakts. Doch einer schert aus: Die Rumänen, die heute vor 40 Jahren den Pakt mit Hitler lösten, verkünden: Wir haben uns selbst befreit.

Von CARL G. STRÖHM

Rumäniens Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu scheint entschlossen, den heutigen 23. August – den 40. Jahrestag des „Frontwechsels" der Rumänen von der deutschen auf die sowjetische Seite im Zweiten Weltkrieg 1944 – zu einer großangelegten Manifestation der Unabhängigkeit von Moskau und des eigenen rumänischen Weges zu machen. Man erwartet für heute eine grundlegende Rede des „Conducators" (Führers) der rumänischen Nation. Eine patriotisch-nationale Grundwelle ist bereits von den Bukarester Medien in Bewegung gesetzt worden.

Aber nicht nur die ständige Wiederholung von Begriffen wie „nationale Souveränität, Unabhängigkeit, Gleichberechtigung" sowie die unverhüllte Kritik des Warschauer-Pakt-Mitglieds Rumänien an beiden Militärblöcken, also an der NATO ebenso wie am sowjetischen Bündnissystem, haben im Kreml wieder einmal Zorn und Unwillen ausgelöst. Moskau sieht vielmehr mit Mißbehagen und Groll, wie die rumänischen Genossen unter Ceausescu die sowjetischen ideologischen Positionen durch andere, neue, für den Kreml höchst problematische Formulierungen ersetzen.

Die Sowjets kreiden den Rumänen nicht nur an, daß sie als einziges Mitgliedsland des Warschauer Pakts zur Olympiade nach Los Angeles gingen und sich dort noch von den Amerikanern als „Blockadebrecher" und Freiheitshelden wider die bösen Russen feiern ließen. Spitz bemerkte auch die sowjetische Nachrichtenagentur Tass, die rumänischen Medien hätten es nicht für notwendig befunden, Reagans unglaublich kriegstreiberischen Scherz über eine bevorstehende „Bombardierung" der Sowjetunion zu verurteilen.

Die rumänischen Kommunisten haben trotz ihrer Blockbindung an das sowjetische Lager jetzt damit begonnen, einen der politisch-ideologischen Eckpfeiler sowjetischer Herrschaft über Osteuropa einfach zu demontieren: nämlich die These von der „Befreiung" der kommunistischen Länder durch die sowjetische Armee und von der Forderung nach einer „Dankesschuld", die dementsprechend alle kommunistisch beherrschten Völker gegenüber der UdSSR abzutragen hätten.

Ilie Ceausescu, oberster Politkommissar und stellvertretender Verteidigungsminister sowie Bruder des Parteichefs, hat in der Bukarester kommunistischen Jugendzeitung „Scinteia tineretului" die neuen ideologischen Grundlinien zum 23. August verkündet. Danach ist Rumänien nicht durch die Sowjetarmee befreit worden, sondern hat sich selbst befreit, indem der damalige König Michael, die Generale und Armeeführer sowie die „fortschrittlichen Kräfte" – unter ihnen an vorderster Front die KP – den Aufstand gegen die Deutschen begannen.

Der Staatsstreich, der nach dem Zusammenbruch der deutschen Front und dem Hereinströmen der Sowjets ins Land mit der Verhaftung des prodeutschen Diktators Marschall Antonescu vom König ausgelöst wurde, hat jetzt einen neuen Namen erhalten: „Antifaschistische und antiimperialistische Revolution der sozialen und nationalen Befreiung".

Nicht die Rumänen müssen den Sowjets dankbar sein – sondern umgekehrt: Die Russen hätten den Rumänen zu danken. Der Durchbruch der Sowjets durch die deutsche Ostfront habe nur einen „günstigen Rahmen" für die rumänische nationale Revolution geschaffen. Als die Sowjets in der Hauptstadt Bukarest einmarschierten, hätten dort bereits die rumänischen Antifaschisten die Macht übernommen.

Bukarest sei somit die erste europäische Hauptstadt, die sich selbst vom „Faschismus" befreit habe. Den Sowjets wird vorgehalten, die Rumänen hätten durch ihren Kampf gegen Hitler den Krieg um 200 Tage verkürzt sowie der Roten Armee den Weg nach Mitteleuropa geebnet, Rumänien habe dafür aber keinen Dank geerntet. Anders als in den meisten anderen Hauptstädten des Ostblocks kommt in den offiziellen Medien Rumäniens das Wort „Befreiung" im Zusammenhang mit sowjetischen Soldaten überhaupt nicht vor.

In den pathetischen Grußbotschaften, die aus Anlaß des bevorstehenden Jubeltages an den „Genossen Ceausescu" und seine Ehefrau Elena gerichtet werden – letztere wird respektvoll als „Genossin Akademiemitglied, Doktor-Ingenieur" tituliert –, findet man auch Begriffe wie Marxismus und Leninismus überhaupt nicht, Worte wie Kommunismus und Sozialismus aber eher selten. Dagegen liest man immer wieder vom „patriotischen Stolz", von der „ruhmreichen Geschichte des rumänischen Volkes", von der Partei als dem „Bannerträger für die Vereinigung aller nationalen, demokratischen, patriotischen und revolutionären Kräfte".

Moskauer Ideologen haben bereits festgestellt, daß in dieser Bukarester Formulierung das „Revolutionäre" und die „Revolution", die wie Marxismus-Leninismus sonst an erster Stelle zu stehen haben, an den letzten Platz gerückt sind. Und dann ist vom „Heldenmut der rumänischen Armee" im Kampf gegen die Deutschen die Rede – gegen jene gleiche Wehrmacht, an deren Seite man vorher bis tief nach Rußland, bis nach Stalingrad, marschiert war.

Wenn die Sowjets – im Bukarester Sprachgebrauch: „die Russen" – nicht mehr „Freundbild" sind, so sind andererseits die Deutschen, gegen die sich die Ereignisse vom 23. August 1944 richteten, längst auch nicht mehr „Feindbild". In Bukarest kommt der Begriff „deutscher Revanchismus" im Gegensatz zu anderen Ostblock-Hauptstädten überhaupt nicht vor. Im Gegenteil: Aus Anlaß des Befreiungsjubiläums von den Deutschen erinnert die amtliche Bukarester außenpolitische Zeitschrift „Lumea" daran, daß Rumänien als erster Staat Osteuropas (mit Ausnahme Moskaus) 1967 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik hergestellt habe. Dies sei eine „europäische Premiere" gewesen, die damals in ihrer ganzen Bedeutung „von aller Welt unverstanden" blieb. Der „Lumea"-Artikel trug die bezeichnende Überschrift: „Für eine neue Einheit Europas" (Der Begriff „Einheit Europas" gilt im sowjetischen Sprachgebrauch als ausgesprochen reaktionär und imperialistisch).

Gleichzeitig fordert die außenpolitische Zeitschrift des Bukarester Regimes – unter der anspruchsvollen Parole „Die Epoche Ceausescu" – wörtlich, „daß die Vereinigten Staaten die Lagerung neuer Raketen (in Europa) aufgeben und die Sowjetunion die Durchführung der nuklearen Gegenmaßnahmen einstellt". Statt dessen sollten beide Supermächte „unverzüglich" an den Verhandlungstisch zurückkehren.

Eine Äußerung des rumänischen Partei- und Staatschefs in einem vor einigen Tagen publizierten Interview für den amerikanischen Hearst-Pressekonzern verdient besonderes Interesse. Ceausescu lobte hier den Beschluß der Holländer, die Aufstellung der amerikanischen Raketen im Rahmen der Nachrüstung zu verschieben.

Er sagte dann: „Wenn alle Staaten, auf deren Territorium die Aufstellung von Raketen und die Durchführung von Gegenmaßnahmen begonnen hat, so wie Holland vorgegangen wären, wäre die Verständigung zwischen der Sowjetunion und den USA sehr erleichtert worden."

Anders gesagt: Der rumänische Parteichef empfahl den von den Moskauer „Gegenmaßnahmen" betroffenen Staaten „DDR" und Tschechoslowakei, sich gegenüber dem Kreml so zu verhalten wie die Niederländer gegenüber Washington. Kleine Pikanterie am Rande: Fast zur gleichen Zeit empfing Ceausescu den Abgesandten eines Ostblock-Staates, mit dem die Rumänen bisher nicht viel im Sinn hatten: „DDR"-Außenminister Fischer.

Die Sowjets verbreiten auf ihren Kanälen bereits die Version, Rumänien wolle sich aus dem Ostblock davonschleichen und strebe eine Art Neutralismus an. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß Ceausescu zur gleichen Zeit, da die Sowjets wütend auf die Erklärung Präsident Reagans und vorher Vizepräsident Bushs reagieren, wonach die USA die Teilung von Jalta nicht anerkennen, seinerseits rumänische Wissenschaftler gegen den Jalta-Mythos ins Feld schickte.

Die Jalta-Abkommen, so erklärten jüngst rumänische Professoren auf einer Bukarester Konferenz der „Rumänischen Gesellschaft für Völkerrecht", seien von Stalin, Churchill und Roosevelt ohne Beteiligung und Zustimmung der betroffenen europäischen Nationen abgeschlossen worden. Daher seien sie abzulehnen. Gleichzeitig wandten sich die rumänischen Wissenschaftler auch gegen die Politik der „Teilung in Einflußsphären".

Dabei wurde auf der Konferenz ausdrücklich die Situation im August 1939 genannt – also eine Anspielung auf den Hitler-Stalin-Pakt, durch den Rumänien Bessarabien und die Nord-Bukowina an die UdSSR abtreten mußte.

Seltsame Koinzidenz: Dieser Pakt wurde an jenem gleichen 23. August abgeschlossen, den die rumänischen Kommunisten jetzt als Nationalfeiertag begehen – nur fünf Jahre später.



Nicolae Ceausescu, seit 1965 „Conducator" der rumänischen Nation
FOTO: REINARTZ/VISUM

WIE WAR DAS? Als Rumänien ausscherte

Der 23. August, den die rumänischen Kommunisten alljährlich als Nationalfeiertag begehen, begann vor 40 Jahren, 1944, mit der Aktion eines Monarchen. Als Rumäniens Staatschef und Oberbefehlshaber, Marschall Ion Antonescu, bei König Michael im Bukarester Schloß zu einer Audienz erschien, wurde er durch konservative Offiziere und die Palastgarde verhaftet.

Noch am Abend des gleichen Tages verkündete der König das Ausscheiden Rumäniens aus dem Bündnis mit dem Deutschen Reich und den Waffenstillstand mit der Sowjetunion und den Alliierten.

Drei Tage zuvor waren weit überlegene Truppen der sowjetischen 2. und 3. ukrainischen Front durch die deutsch-rumänischen Verteidigungslinien in Bessarabien durchgebrochen und befanden sich im Vormarsch nach Süden. Nicht nur Rumänien, der ganze Balkan war damit für Deutschland verloren.

Dem deutschen Gesandten in Bukarest, Manfred von Killinger (er endete kurz darauf durch Selbstmord), erklärte König Michael in einer letzten Unterredung, „daß er als Hohenzoller die Entwicklung bedaure". Die Reichsregierung möge die deutschen Truppen abziehen, „um der bisherigen Kampfverbundenheit der deutschen und rumänischen Armeen das Schlimmste zu ersparen".

Hitler ließ Bukarest dennoch durch die deutsche Luftwaffe bombardieren. Das änderte nichts am Vormarsch der Sowjets, brachte aber die rumänische Armee und Bevölkerung sinnlos gegen die Deutschen auf, die bisher im Lande wohlgelitten waren. Wenige Tage später waren die Sowjets in der rumänischen Hauptstadt. Sie führten sich als rücksichtslose Sieger auf.

Auch für die führenden rumänischen Kommunisten, die damals eine zahlenmäßig kleine Gruppe waren, öffneten sich die Gefängnistore: Einer von ihnen hieß – Ceausescu.

Es sollte aber noch mehrere Jahre dauern, bis die Kommunisten den König sowie die demokratischen Parteien ausschalteten und selber die totale Macht übernahmen. (cgs.)

Mit drei Mark pro Monat gegen die „Postbank"

Im Kampf um den Kunden hat sich die Commerzbank etwas Neues einfallen lassen: eine monatliche Kostenpauschale für alle Kontobewegungen. Die Konkurrenz hat auf diesen Vorstoß – der auch gegen die billigere Bundespost gerichtet ist – noch nicht reagiert. Sie wartet ab.

Von CLAUS DERTINGER

Die Bankgebühren für Privatkunden, vor Jahren ein heißes und fast schon politisches Thema, haben bis vor kurzem so wenig öffentlichen Diskussionsstoff geliefert, daß Journalisten nicht nur bei befragten Bankiers, sondern auch bei ihren eigenen Kollegen schon Unmut hervorriefen, wenn sie dieses Thema auf Pressekonferenzen anschnitten. Doch nun hat die Commerzbank einen Stein ins Wasser geworfen, als sie in der letzten Woche eine neue Gebührenregelung ab Oktober dieses Jahres ankündigte. Und inzwischen ist ihr, soweit bekannt, als erster das Bankhaus Centrale Credit AG in Mönchengladbach mit ihren 26 Filialen im ganzen Bundesgebiet gefolgt.

Die beiden Institute verzichten künftig darauf, sich von ihren Kunden jede einzelne Kontobewegung, die eine bestimmte Freipostenanzahl übersteigt, mit einer Gebühr bezahlen zu lassen. Statt dessen begnügt sich die Commerzbank mit einer monatlichen Kostenpauschale von drei Mark; allerdings verzinst sie die Giro-Guthaben auch nicht mehr wie bisher mit einem halben Prozent. Die Centrale Credit kassiert eine Monatspauschale von 7,50 Mark, zahlt aber wie bisher drei Prozent Zinsen.

Kunden, die ihr Konto häufig bewegen, werden mit dieser Neuregelung sicherlich zufrieden sein. Zwar hat die bisherige Postengebühr niemanden arm gemacht. Aber geärgert haben sich doch viele Kunden, wenn ihnen die Abrechnung ins Haus flatterte. Das halbe Prozent Zins konnte den still runtergeschluckten Ärger kaum mindern. Nun ist die Commerzbank von ihrer, wie es im Fachchinesisch heißt, am Verursacherprinzip orientierten Gebührenregelung freilich nicht abgegangen, um ihren Kunden einen großen Gefallen zu tun. Dahinter steckt vielmehr eine geschäftspolitische Strategie.

Es soll verhindert werden, daß die Kunden, um Gebühren zu sparen, gleich nach dem Gehaltseingang einen großen Batzen Geld abheben, ihren Zahlungsverkehr weitgehend bar oder über die viel billigere Post abwickeln und ihr Bankkonto ansonsten schlafen lassen. Denn dabei geht für die Bank ein Teil des „Bodensatzes" an billigen Sichteinlagen verloren, die zu hohen Zinsen wieder ausgeliehen werden könnten. Außerdem sind Kunden, die wenig Geld auf dem Konto haben und sich zudem nur selten am Schalter blicken lassen, für andere Geschäfte kaum noch ansprechbar.

Gerade diese Geschäfte sind es aber, die den Privatkunden für eine Bank interessant machen und an denen Geld verdient werden kann, sei es nun bei der Geld- und Vermögensanlage oder auch bei Konsumkrediten. Bei einer guten und aktiven Kontoverbindung sollen nach Vorstellung der Banken die „Folgegeschäfte" die Kosten des defizitären Zahlungsverkehrs einspielen und darüber hinaus noch einen Ertrag. Das hatte bei der Commerzbank nicht mehr so gut funktioniert, weil die Kunden eben doch kostenempfindlicher sind, als das nur noch selten laute Schimpfen auf die Gebühren vermuten ließ.

In den Chefetagen der anderen Banken, die von dem Schritt der Commerzbank überrascht worden sind, werden inzwischen natürlich auch ähnliche Überlegungen angestellt, von denen man heute freilich noch nicht weiß, zu welchen Ergebnissen sie führen.

Das übrige Kreditgewerbe ist in der glücklichen Lage, erst einmal beobachten zu können, wie sich die Kunden der Commerzbank auf die neue Situation einstellen und ob die Rechnung der kleinsten unter den drei Großbanken aufgeht. Prima vista scheint einiges dafür zu sprechen. Da der Wettbewerb um den Privatkunden im Kreditgewerbe messerscharf ist, würde den übrigen Banken bei einem Gelingen des Commerzbank-Experiments wohl nichts weiter übrigbleiben, als ebenfalls das Verdruß bereitende Gebührenwirrwarr durch eine einfachere und zugleich für den Kunden preisgünstigere Kostenregelung zu ersetzen. Denn das Konto und der Zahlungsverkehr sind nun einmal die Drehscheibe in der Verbindung zwischen Bank und Kunden.

Der Vorstoß der Commerzbank ist nicht zuletzt auch eine gegen die Bundespost gerichtete Strategie, die mit ihren vorsichtig ausgebauten Bankdienstleistungen dem Kreditgewerbe eine zunehmende Konkurrenz liefert.

Nicht nur die kundenfreundlichen Schalteröffnungszeiten der Post sind eine Attraktion, sondern vor allem die niedrigen Preise in Form einer Monatspauschale, mit denen sich die „Posthornbank" ihre Dienstleistungen im Zahlungsverkehr bezahlen läßt. Vor allem aber: Der Briefverkehr zwischen dem Postscheckkontoinhaber und der Post kostet kein Porto. Zu dieser Kostenersparnis kommt noch, daß die Post über jede Kontobewegung einen Auszug schickt, und das mit einem Tempo, von dem man im üblichen Briefverkehr nur träumen kann.

Kein Wunder also, daß immer mehr Bundesbürger Postgirokunden werden und daß sich, wie die Post unlängst stolz verkündete, zunehmende Guthaben auf den Postscheckkonten ansammeln, mit denen die Post natürlich lukrative Zinsgeschäfte machen kann. Das ist eine Herausforderung, der sich die Banken auch mit ihrer Gebührenpolitik stellen müssen, wenn sie ihren Wettbewerber Post, der ja über die Einführung der Kontoüberziehung praktisch auch ins Kreditgeschäft einsteigt, nicht zu stark werden lassen wollen.



Uni Koblenz staatlich anerkannt

pp. Bonn

Das rheinland-pfälzische Kultusministerium hat gestern endgültig das Signal auf grün gestellt, der Zug der privaten „Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung" kann Fahrt aufnehmen. Mit der Post kam die staatliche Anerkennung, nachdem die Initiatoren die letzte Hürde genommen und die verlangten Garantien über 12 Millionen Mark Stiftungskapital bzw. Stiftungszusagen vorlegen konnten. Die Bürgschaft ist übernommen worden von der Sparkasse Koblenz, der BHF-Bank sowie der hinter dem Vorhaben *stehenden Industrie- und Handelskammer* Koblenz.

Noch im Juli hatten tendenziöse Berichte in Zeitungen und Fernsehen Unsicherheit darüber zu verbreiten versucht, ob das Koblenzer Projekt überhaupt zu verwirklichen sei. Vom fehlenden Geld und zurückgezogenen Zusagen war die Rede. Die Veröffentlichungen waren *pünktlich einen* Tag vor bzw. am Tag der mündlichen Prüfung der ersten Studien-Bewerber erschienen. Sie blieben jedoch ohne negativen Einfluß, im Gegenteil: Ein Hamburger Unternehmen *spendete spontan einen* Stiftungslehrstuhl.

Professor Udo Glittenberg, Hauptmotor der Koblenzer Neugründung berichtete gestern gegenüber der WELT, daß es auch ausgezeichnete Prüfungsleistungen gegeben habe. Man habe deshalb auch nicht, wie vorgesehen, 40, sondern 50 Studenten aufgenommen. 20 Prozent von ihnen werden, wie vom Kultusministerium verlangt, einen Freiplatz erhalten, fünf Prozent zahlen ermäßigte, die übrigen Studenten den vollen Gebührensatz von jährlich 10 000 Mark.

Am 1. Oktober werden die Ausgewählten zur ersten Unterrichtsstunde in das Schulzentrum in Koblenz-Karthause einziehen. Die Hochschule hat dort Räume angemietet, die durch die Schülerabwanderung in hergebrachte Gymnasien freigeworden sind. Die Besetzung der beiden ersten Lehrstühle steht nach Glittenbergs Angaben unmittelbar vor Vertragsabschluß. Der eine Bewerber habe sich auch bereits im Kultusministerium vorgestellt, das auch über Koblenz die Rechtsaufsicht führt. Aber die Namen der Wissenschaftler sollen erst nach Vertragsunterzeichnung öffentlich bekannt gemacht werden.

Mehr Chancen für junge Forscher

Regierung billigt Zeitverträge und Kündigungsmöglichkeit bei Ausfall von Drittmitteln

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Gewerkschaften hatten zwar bereits im voraus massiven Protest angemeldet, doch das Bundeskabinett ist gestern den Vorstellungen von Bildungsministerin Dorothee Wilms *gefolgt und hat einen Gesetzentwurf* gebilligt, der durch Zeitverträge für mehr Flexibilität im Bereich *von Wissenschaft und Forschung sorgen* soll. Jungen Wissenschaftlern („Der erstmalige Abschluß eines befristeten Arbeitsvertrages ... soll nicht später als vier Jahre nach der letzten Hochschulprüfung ... erfolgen") sollen dadurch, so Frau Wilms, zugleich „vermehrte Chancen" gegeben werden. Da das Kabinett nicht beschlußfähig war, muß der Entwurf noch formell im Umlaufverfahren verabschiedet werden.

Das Artikelgesetz ist der vorgesehenen grundsätzlichen Novellierung des Hochschulrahmengesetzes vorgeschaltet worden. Denn nachdem es bei den Manteltarifverhandlungen mit den Gewerkschaften keine Einigung über Zeitverträge gegeben hatte, wollte die Bundesregierung das Thema sich nicht weiter hinschleppen lassen, sondern schnell „einen Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit *junger Wissenschaftler" leisten.*

Die Aufforderung zu einer solchen Gesetzesinitiative war bereits im Mai 1982 vom Wissenschaftsrat gekommen. Durch das neue Gesetz werden gegenüber dem geltenden Arbeitsrecht zusätzliche Wege zum Abschluß von Zeitverträgen für Wissenschaftler eröffnet. Es werden rechtliche Möglichkeiten geschaffen, Zeitverträge zu kündigen, wenn die Drittmittel außeruniversitärer Geldgeber für den Forscher wegfallen. Dies war bisher ausgeschlossen, es mußten Dauerstellen geschaffen werden bzw. Universitäten verzichteten auf Drittmit*tel, die Einstellung von Wissenschaft*lern und damit auf Forschungsarbeit, um sich gar nicht erst in die Zwick*mühle zu begeben.*

Andererseits werden die Zeitverträge gesetzlich auf fünf Jahre je Hochschule begrenzt (Mediziner: acht Jahre), so daß in Zukunft „der unhaltbare Tatbestand vermieden wird, daß der wissenschaftliche Nachwuchs 10 bis 15 Jahre mit Zeitverträgen beschäftigt und in einem Alter aus dem Forschungsbereich entlassen wird, in dem er kaum noch *andere Berufsperspektiven hat".*

Nach Angaben des zuständigen Abteilungsleiters im Hause Wilms, Eberhard Böning, hat die geltende Rechtslage zu einem folgenschweren *„Attentismus bei den Drittmitteln"* geführt: „Vielleicht brennt es noch nicht überall lichterloh, aber das jetzige Instrumentarium ist nicht mehr flexibel genug."

Ein wie *großer* Personenkreis von der Novellierung betroffen ist, zeigen die Zahlen: Von den insgesamt 40 000 Stellen für *angestellte wissenschaftliche* Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland basieren 30 000 auf Zeitverträgen.

Was für Frau Wilms ein Weg zur „personellen Flexibilität unserer Forschungseinrichtungen" und zur Verbesserung der „Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs" ist, stößt auf Zustimmung sowohl bei den Ländern als auch bei den betroffenen Wissenschafts-Organisationen. Für die Gewerkschaften allerdings ist hier ein rotes Tuch entfaltet worden, die Lehrer-Gewerkschaft GEW sieht sogar die Verfassung gebrochen.

Blüm: Einstellen geht vor Überstunden

Bundeskabinett will die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge schaffen

PETER JENTSCH, Bonn

Das Bundeskabinett wird heute im Umlaufverfahren das von Arbeitsminister Norbert Blüm vorgelegte Beschäftigungsförderungsgesetz verabschieden. Dieses Verfahren wurde erforderlich, weil das Kabinett auf seiner gestrigen *Sitzung* nicht beschlußfähig war. Nur vier der siebzehn Kabinettsmitglieder waren anwesend. *Blüm begründete die Notwendigkeit* dieser Initiative mit der Tatsache, daß sich das Arbeits- und Sozialrecht tra*ditionell an denen orientiere, die im* Erwerbsprozeß stehen. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit sei es aber nötig, *stärker auch die Perspektive der Ar*beitslosen zu berücksichtigen. Blüm: „Wir brauchen Zugangsbrücken zum *Arbeitsmarkt und keine Barrieren."*

Diese Barrieren sollen durch eine Reihe von Änderungen im Arbeits- *und Sozialrecht abgebaut* werden, um es den Unternehmen leichter zu machen, neue Arbeitsplätze zu schaf*fen. Dazu sagte der Minister: „Wir* geben den Unternehmen mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz viele *Hilfestellungen.* Weil unsere Politik sich in der Praxis bewähren soll, wird ein Teil der vorgeschlagenen Maß*nahmen zeitlich bis 1991* begrenzt. Das aktuelle arbeitsmarktpolitische Motto heißt jetzt Einstellen. Einstellen geht vor Überstunden."

In diesem Sinne bietet das Gesetz Arbeitgebern denn auch die Mög*lichkeit, befristete Arbeitsverträge* abzuschließen. Dadurch soll ein Anreiz geschaffen werden, bei entspre*chender Auftragslage,* statt in Überstunden oder Sonderschichten auszuweichen, lieber Arbeitslose einzustel*len. Vorgesehen ist, daß bis zum* 31. Dezember 1991 die einmalige Befristung eines Arbeitsvertrages bis zu *einem Jahr ohne weitere* Voraussetzungen zulässig ist, wenn ein Arbeitsloser eingestellt oder ein Lehrling nach Ausbildungsende befristet weiterbeschäftigt wird.

Des weiteren soll durch einen bes*seren arbeitsrechtlichen* Schutz die Teilzeitarbeit auch für solche Arbeitnehmer attraktiv werden, die heute vollzeitbeschäftigt, aber an Teilzeitarbeit interessiert sind.

Die Sozialplanregelung im Be*triebsverfassungsgesetz* wird geändert. So werden u. a. die von der Rechtsprechung entwickelten Voraussetzungen für die Erzwingbarkeit von Sozialplänen gesezlich geregelt.

Darüber hinaus soll die bisher auf *drei Monate* begrenzte Höchstdauer bei der Beschäftigung von Leiharbeitnehmern auf sechs Monate erweitert werden. Eine Maßnahme, die helfen soll, Überstunden abzubauen.

Vorgesehen ist weiter, Unterneh*mer, die beharrlich illegal nicht*deutsche Arbeitnehmer beschäftigen, schärfer zu bestrafen. Illegale Auslän*derbeschäftigung soll künftig nicht* nur ordnungswidrig sein, sondern mit Freiheitsstrafe geahndet werden *können. Schließlich sollen* Alleinhandwerker in der Rentenversicherung beitragsrechtlich begünstigt *werden,* wenn sie *mehrere* Lehrlinge einstellen.

„Sicherheit an Grenze nicht beeinträchtigt"

Erleichterte Grenzabfertigung von und nach Österreich

E. NITSCHKE, Bad Reichenhall

Am Grenzübergang Walser Berg / Bad Reichenhall, hier passieren zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich in jeder Minute bis zu 40 Kraftwagen die Schlagbäume, trat durch Übereinkommen beider Länder am Dienstag die „erleichterte Grenzabfertigung" in Kraft. Bundeskanzler Helmut Kohl und sein österreichischer Amtskollege Fred Sinowatz hatten sich, allen bürokratischen Bremsern zum Trotz, für die schnellstmögliche Einführung der „Sichtkontrolle" von Zoll und Polizei eingesetzt, bei der Personenwagen mit Kennzeichen „D" und „A" (Austria) in aller Regel ohne Halt den kritischen Punkt passieren können.

Warum die menschenfreundliche „Lösung" der Staatschefs für manche Behörden nun gerade die „Aufgabe" sein wird, das klang beim herzigen Festakt *mit viel Fahnen, Blumen,* Musik und einem dadurch erzeugten Riesenstau auf der Autobahn mehr*fach an. Für die Deutschen* erwähnten der Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Waldemar *Schreckenberger, und der bayerische* Innenminister Karl Hillermeier, für die Österreicher Schreckenbergers *Wiener Amtskollege,* Staatssekretär Franz Löschnak, und der Salzburger Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Katschthaler, daß die Sicherheit durch den haltlosen Grenzübergang nicht beeinträchtigt würde. Die Zollbeamten bleiben alle an der Grenze, Personal wird nicht abgebaut, weil nur die mit einem weißen „E" auf grünem Grund bezeichneten Autos die zweispurige „Europaspur" benutzen dürfen.

Vier Hymnen

Während am 13. Juni dieses Jahres bei der Einführung der erleichterten Grenzabfertigung zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland dieses Kennzeichen noch zweisprachig beschriftet war, ist es im Rahmen des Kohl-Sinowatz-Abkommens ohne Beschriftung.

Einfach sind trotz fehlenden Sprachproblems die Vorarbeiten zum großen Tag an der Grenze sicher nicht gewesen. Denn die „Zollkapelle der Oberfinanzdirektion Nürnberg" auf der einen Seite und die „Polizeikapelle Salzburg" *auf der anderen* Seite, diese auch mit uniformierten Damen, mußten nach den Reden und dem Austausch der gleichlautenden Briefe der Staatschefs durch die Politiker insgesamt vier Hymnen in der richtigen Reihenfolge spielen: die österreichische, die deutsche, die des Landes Salzburg („Land unsrer Väter, laß herzlich Dich grüßen") und die bayerische. Unter vier Hoheitszeichen unterzeichneten vier Spitzenbeamte die Dokumente.

Weitere Schritte

Und mit vier Scheren begaben sie sich zu den vier Bändern, hinter denen sich auf Kilometer das heiße Blech des Tourismus staute. Die vier Schnitte trennten im auf Bruchteile von Sekunden abgestimmten Rhythmus jeweils das Rot-Weiß-Rot, das Schwarz-Rot-Gold, das Weiß-Blau, das Weiß-Rot der Bänder, die Kinder in Tracht hielten, mit genauen Verhaltensregeln einen Spickzettel unter dem Daumen.

Während sich Souvenirjäger die kostbaren Stoffstückchen aneigneten, kam der Verkehr eingedenk der Worte von Minister Hillermeier: „Es ist ein denkwürdiger Tag in der Geschichte beider Länder" und unterstützt durch die Musik (deutsch) „Flott voran! (Marsch)" wieder ins Rollen. Die Musik (österreichisch) hatte mit der Polka „In der Weinschenke" dezent auf die touristische Komponente der Aktion hingewiesen. In jeden Wagen flogen, durch Politikerhand geworfen, die magischen grün-weißen Schildchen, durch deren Anbringung hinfort deutsche und österreichische Autolenker versichern, daß bei ihnen alles in Ordnung ist, unter anderem auch, daß sie nur geimpfte Haustiere und keine anderen mit sich führen.

Demnächst, so Staatssekretär Schreckenberger, folgen die weiteren Schritte. Es geht um die Probleme im Güterverkehr an der 800 Kilometer langen bayerisch-österreichischen Grenze. 375 000 Lastkraftwagen jährlich passieren allein den Übergang, der den Hintergrund für den Festakt abgab, außerdem hier noch drei Millionen Pkw's und 45 000 Busse.

Ceausescu bestätigt Honeckers Kurs

DW. Bukarest/Berlin

Die Staats- und Parteichefs der „DDR" und Rumäniens, Erich Honecker und Nicolae Ceausescu haben sich in Bukarest für den Dialog „mit allen entspannungsbereiten Kräften" ausgesprochen. Das Gespräch sollte dazu dienen, „die Gefahr einer nuklearen Katastrophe zu bannen und die internationalen Beziehungen wieder berechenbar zu machen", hieß es in einem Bericht des SED-Organs „Neues Deutschland" über das Tref*fen. In der gleichen Ausgabe* veröffentlichte das Blatt einen ungarischen Kommentar unter dem Titel „Friedensliebe der DDR von unschätzbarer Bedeutung".

Honecker war aus Anlaß der Feiern zum 40. Jahrestag der Befreiung Rumäniens nach Bukarest gereist. Bei der Überreichung der höchsten Auszeichnung des Landes an Honecker wies Ceausescu wiederholt auf die gemeinsamen Anstrenungen beider Staaten für Abrüstung, Sicherheit, Entspannung und Frieden hin. Honecker erwiderte: „Angesichts der vom Imperialismus zugespitzten Weltlage und der dringenden Notwendigkeit alles für die Abwendung der Gefahr eines verheerenden Atomkrieges zu tun, erscheint es uns notwendiger denn je, das gemeinsame Handeln für Frieden und Sicherheit noch enger zu gestalten."

Am gleichen Tag berichtete das „Neue Deutschland" auch über eine Begegnung zwischen SED-Politbüromitglied Herbert Häber und dem italienischen KP-Funktionär Luigi Colajanni in Berlin. Dabei hätten aktuelle Fragen des Kampfes um die Sicherung des Friedens, für die Wende zur Abrüstung und Entspannung im Mittelpunkt gestanden, hieß es.

Jena: Gerüchte über Verhaftungen

AP, Berlin

Die plötzliche Schließung des *Stadttheaters in Jena könnte nach in* Ost-Berlin kursierenden Gerüchten mit der Verhaftung mehrerer Thea*termitarbeiter,* vorwiegend Bühnenhandwerker, in Zusammenhang stehen. Hierfür sprechen unbestätigte *Berichte aus Jena über die Verurteilung* von drei Männern, denen die Verteilung von regierungsfeindlichen *Flugblättern vorgeworfen wird.* Die „Arbeitsgemeinschaft 13. August" berichtet über eine Verhaftungs- und *Verurteilungswelle in der „DDR".* So sind 15 Busfahrer aus Jena verhaftet worden, die in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen *wollten.* Der Westberliner Freundeskreis der „DDR"-Friedensbewegung meldete, daß zehn Menschen aus Ost-Berlin, Erfurt und Gera wegen ihrer kritischen Haltung zu Haftstrafen zwischen acht und 34 Monaten *verurteilt* worden sind.

Besucherandrang aus Nahost

Co. Bonn

In Bonn zeichnet sich ein Besucherandrang aus dem Nahen Osten ab: Vom 31. 8. bis zum 6. 9. kommen fast unmittelbar nacheinander der jordanische Kronprinz Hassan, der irakische Außenminister Tarik Aziz und der türkische Ministerpräsident Turgut Özal zu Gesprächen mit der Bundesregierung nach Bonn.

Mit Kronprinz Hassan wird Außenminister Genscher über den Nahost-Konflikt sprechen. Der Krieg zwischen Iran und Irak wird im Mittelpunkt des Meinungsaustausches zwischen Genscher und Außenminister Aziz stehen. Ministerpräsident Özal will auch Vertreter von Wirtschaftsverbänden treffen. Ihn werden Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit und die Lage der türkischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik interessieren.

Häufige anwaltliche Beratungshilfe

hhh., Bonn

Ein erhebliches Ansteigen der anwaltlichen Beratungshilfe vier Jahre nach Inkrafttreten des Beratungshilfegesetzes registriert der Deutsche Anwaltverein. Betrug die Zahl der ausgestellten Berechtigungsscheine 1981 knapp 50 000, waren es 1982 schon 75 000 und 1983 über 100 000.

Am häufigsten wird den Bürgern mit geringerem Einkommen kostenlose anwaltliche Beratung zu Lasten der Landeskasse bei familiären Streitigkeiten, Mietstreitigkeiten, Stundungs- und Ratenzahlungsproblemen sowie Streitigkeiten um Abonnementverträge für Zeitschriften garantiert. So die Erfahrung beim Amtsgericht Hannover.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Aus der Presse von drüben

Worte aus Ungarn und Schriftsteller-Ironie

hrk. Berlin

Ostberliner, Leipziger oder andere großstädtische Urlauber wußten schon seit Jahren, weshalb sie für einen exklusiv-teuren Ungarn-Urlaub sparten: Schön wie Italien, rings um den Plattensee ein bißchen wie Côte d'Azur und das Sozialistische allenfalls als Garnierung. Auf dem Wege zu größerer politischer Ellenbogenfreiheit entdeckt nun auch die SED-Spitze mehr und mehr, was sie Gutes an den ungarischen Genossen hat. Gestern lieferte „Neues Deutschland" wieder den Beweis.

Vor 12 000 Werktätigen hatte ZK-Sekretär Matyas Szűrös zur internationalen Lage Stellung genommen. Was er sagte und was sich im SED-Blatt wiederfand, muß für abgestumpfte Leser-Sinne in der „DDR" Labsal sein. Denn abseits vom gewohnten Funktionärs-Stil sprach der Mann aus dem Magyarenland plötzlich vom „Interesse der Deutschen" – als offenbar eines Volkes. Er lobte – folglich im vollen Einvernehmen mit der Agitprop-Abteilung beim SED-Zentralkomitee – das Netz der Helsinki-Verträge, das trotz verschlechterter internationaler Lage „erhalten" geblieben sei. Und in einer optimistischen Tonlage fügte er hinzu: „Trotz der schweren Spannungen, die im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis entstanden sind, ist es in den Ost-West-Beziehungen im weiteren Sinne nicht zu einem nicht wiedergutzumachenden Bruch gekommen."

Von Kriegs- und Atominferno-Themen bleiben die „DDR"-Leser dennoch selbst in ihren Lokalblättern und zur unbeschwerten Urlaubszeit nicht verschont. Die „Berliner Zeitung" veröffentlicht im besten PK-Berichterstatterstil eine seitenlange Reportage unter dem Titel „Training an schnellen Panzern". So stellt man *sich wohl in Ost-Berlin die psychologische* Zurüstung gegenüber einem möglichen Bundeswehr-Gegner vor. Originalzitat: „21. Juni *1984, 16.24* Uhr. Für die Panzerbesatzungen des Truppenteils ‚Julian Marchlewski' kommt der Befehl zum Angriff. ‚Vordere Verteidigungslinie erreicht', melden kurz darauf die Kompaniechefs. Wenig später sprengen Pioniere Gassen in gegnerische Sperren, greifen Kampfhubschrauber ein, verlegen Artilleristen das Feuer in die Tiefe. Panzerkommandant Roth erhält seine Feueraufgabe: ‚30 Panzer frontal – vernichten!'"

Die FDJ-Zeitung „Junge Welt" machte sich gestern nacholympische *Gedanken zum Thema „Dollars für* Medaillen". Man nimmt, einmal mehr, den Balken im eigenen Auge *nicht wahr, wenn das Blatt die* „mächtigen Schuhkonzerne" attakkiert, die hinter den hohen Startga*gen-Forderungen von US-Stars wie* Carl Lewis oder Ed Moses stünden. Diese Konzerne „streben danach, zu*künftig als eine Art Rennstallbesitzer* aufzutreten". Da muß Ost-Berlin Obacht geben, denn auch die eigenen Cracks sind *mit Schnellaufmodellen* aus dem Frankenland ausgestattet und siegen damit zum Ruhme der Republik ...

Vor den Staatswächtern aus dem Hause von Minister Erich Mielke macht nun *selbst* die Ironie des Vorsitzenden des „DDR"-Schriftstellerverbandes nicht mehr halt: Hermann *Kant macht sich in Heft 3* von „Sinn und Form", der Zweimonats-Schrift der Akademie der Künste, über den *Stasi lustig. In seiner abgedruckten* Erzählung „Plexa" gibt es folgende Passage: „Zu den Pförtnern hatten sich viele *Männer gesellt, die zu jung* für Pförtner waren. Schon weit vor'm Komiteegebäude standen welche und hielten sich an ihren Taschenschirmen fest." Dies ist, wie man weiß, die beliebteste fachmännische ‚Tarnung". In „Sinn und Form" waren im Frühjahr, wie berichtet, auch die kritischen Protokolle von Gesprächen mit Obstbauern aus der Potsdamer Gegend abgedruckt worden.

Das jüngste August-Heft enthielt nun *eine bemerkenswerte* Buchbesprechung über Winfried Völlgers „Windhahnsyndrom" – 1983 im Rostocker Hinstorff-Verlag erschienen. In der Buchkritik finden sich Sätze, die wie ein Panorama die Denk- und Verhaltensweise der gesamten mittleren „DDR"-Generation beschreiben:

„Für sie war das plötzliche Fehlen von Schulfreunden und Lehrern, die nach dem Westen gegangen waren, nichts Sensationelles, aber auch nicht Anlaß, den eigenen Standpunkt erneut zu prüfen und Partei zu ergreifen ... Das Sich-Anpassen an gesellschaftliche Gepflogenheiten wurde zur Nachahmung und zum Ritual ... So richtete sich mancher ein, indem er eher das Gewünschte als vielmehr das Notwendige oder Richtige als das für ihn *Günstige* erkennen wollte." Ein Buch, das als Analyse der „Ursachen, Symptome und der Entwicklung eines parasitären oder auch nur wenig engagierten Lebenskonzepts junger Intellektueller" in der Gesellschaft drüben vorgestellt wird.

Aus der SED-Sicht nehmen anscheinend die „Schlaffis" auch im eigenen Land überhand ...

Geld, Rinder und Delegierte – Die Metropole Dallas präsentiert ihr neues Gesicht

Von THOMAS KIELINGER

Die Hitze ist mörderisch. Statistisch steht sie für Dallas im August auf einer Durchschnittstemperatur von 36 Grad im Schatten. Sie ist in diesem Jahr, sozusagen als Gastgeschenk für die Parteitagsbesucher, auf annähernd 40 Grad gestiegen. Am Sonntag, dem Tag der Anreise für die Tausenden von Delegierten und Pressevertreter, schlug Dallas mit 42 Grad sich selbst und den Landesrekord der USA. Man glaubt sich in Assuan oder in Neu-Delhi.

Erstes Opfer dieser Zustände waren die Protestler, die sich am Südufer des Trinity-Rivers, auf einem staubigen Prärieterrain, ihre Zeltstadt aufgebaut hatten. Zwei Tage lang hielten es die Angereisten aus, in ihren hitzegestauten Unterkünften, geplagt von Moskitos und Sonnenstichen. Am Montag schon begann der große Exodus. Als zwei sowjetische Reporter, die mit einer Sondergenehmigung des State Departments die sonst für sie verbotene Stadt besuchen durften, das Elendsquartier des Kapitalismus in den sandigen Flußniederungen in Augenschein nahmen, waren noch ganze zwei Zelte übriggeblieben.

John Ball, dem Longhorn-Ranger aus Fort Worth, konnte das nur recht sein. Er hatte ohnehin mit Mißfallen auf die Zeltstadt geschaut, die ihm sein eigenes geplantes Spektakel, den täglichen Herdenauftrieb seiner Rinder auf der Nordseite der Flußniederung, zu stehlen schienen. „Dissidenten und Kühe geben nicht gut zusammen", hatte er die Stadtväter von Dallas eine Woche vor dem Parteitag belehrt. Fast wäre den Herren vom Stadtrat ihre Dallas-unübliche Toleranz für Protestler abhanden gekommen, als sie John Balls lapidaren Satz überdachten. Man einigte sich dann auf die beiden Flußseiten als den Bühnen des unterschiedlichen Geschehens, so daß Rindvieh und Demonstrant sich bequem aus dem Wege gehen konnten. Die Hitze beendete das ungleiche Match zu Gunsten der präriegewohnten Tiere.

Man sollte aber nicht von „mörderisch" sprechen in Dallas, Texas, auch nicht im Zusammenhang mit einer selbst für Amerikaner unerträglichen Hitze. Die Stadt hat zwanzig Jahre gebraucht, das Odium jenes 22. November 1963 von sich abzuschütteln, als die Schüsse auf John F. Kennedy Dallas in das Bewußtsein der Welt rückten. Bis zum vorletzten Jahr stand Dealy Plaza, der Schauplatz des Kennedy-Mordes, an der ersten Stelle der Sehenswürdigkeiten von Dallas.

Ein Mord verblaßt

Aber die Zeit beginnt allmählich einen sicheren Abstand zu jener dunklen Stunde aufzubauen. Entlang Elm-, Market- und Commercestreet recken sich wie Stalagmiten aus Stahl und Glas die Hochburgen des Dallas'schen Unternehmergeistes in den Himmel. J. R. Ewing sticht inzwischen Lee Harvey Oswald aus. Und wie es so geht: Die „South Fork Ranch" im Norden der Stadt, Hauptdrehort der Fernsehserie „Dallas", hat 1983 zum ersten Mal Dealy Plaza in der Touristengunst ausgestochen. Das wirkt wie das Imprimatur für das neue Dallas.

Der zweite bedeutsame Durchbruch für ihren Erfolgsdrang gelang Dallas natürlich mit diesem Parteitag der Republikaner – überhaupt das erste politische Großereignis in der nach Houston zweitgrößten Metropole von Texas. Dallas hat nicht viel mit Politik im Sinn, es sei denn in ihrer spezifischen Form von Geschäft, Geschäft, und nochmals Geschäft. Regierung und politische Verwaltung gelten hier als so suspekte Begriffe, daß man sich eigens einen nichtparteigebundenen Bürgermeister zugelegt hat, der zusammen mit den zwölf Geschäftsleuten des Stadtrates einen City-Manager ernennt, dem die Ausführung der Stadtratsanweisungen obliegt.

Es ist eine in den USA einmalige Stadtverwaltung, so recht nach dem Herzen der Reagan-Republikaner, die am liebsten die Steuerungsmechanismen dessen, was sich Staat nennt, weiter zurückdrängen würden, um dem freien Unternehmergeist Amerikas noch weitere Möglichkeiten der Entfaltung zu schaffen. Hier in Dallas ist ein Paradestück dieser Philosophie zu besichtigen, und so kommt es, daß die Stadt und die Republikaner sich herzinniglich in den Armen liegen, ein ideales Paar für den Sommer der Wiederwahlsaison Ronald Reagans.

Dabei hat „Big D", wie sich die Beinahe-Millionenstadt stolz nennt, noch um einiges zu kämpfen, um jene Anerkennung zu erreichen, wie sie Ronald Reagan bereits genießt. Keine Stadt in Amerika buhlt mehr um die Liebe der Besucher als Dallas, keine ist mehr von der Sucht des Selbstruhms befallen als Dallas.

Hier wird geschafft, mit beängstigender Schnelligkeit. Banken, Versicherungen, Immobilienhandel und die Bekleidungsindustrie haben sich hier inzwischen ihre zweitgrößte Konzentration in Amerika aufgebaut.

Keinen Cent Steuer

Im Stadtgebiet von Dallas allein herrscht ein Bauboom, der nur noch von Kalifornien und Texas insgesamt übertroffen wird. 6,9 Milliarden Dollar Baukapital, um es genau zu sagen. Für die Parteitagskosten kommt allein die private Geschäftswelt auf, steuerabzugsberechtigt selbstverständlich. Entscheidend bleibt, daß das Unternehmen den Bürger keinen Cent Steuer kostet.

Sauber, gewiß, das ist Dallas. Aber die Schluchten aus Beton und Glas bergen außer einer fast kleinstädtischen Wohlangezogenheit wenig Joie de vivre. Erst im nachhinein fällt den Stadtvätern und dem Business auf, daß ohne Kunst, ohne ortsansässiges Theater, ohne Restaurants und Nachtleben auch mit Dallas kein Staat zu machen ist. Die ersten Schritte wurden getan – das neue Museum of Art legt dafür Zeugnis ab. Luciano Pavarotti bezauberte zum Auftakt des Parteitages ein erlesenes Publikum.

Was zu kaufen ist, wird von Dallas erworben – nicht umsonst zeigt eine der bekanntesten öffentlichen Skulpturen zwei Geschäftsleute, die sich nach erfolgreichem Abschluß die Hände schütteln.

Özal forciert Rückkehr zur islamischen Identität

Ankaras dritter Anlauf, Atatürks Reformen aufzuheben

Von KARL BINSWANGER

Als vor einem Jahr ein deutscher Europa-Parlamentarier die Frage stellte „Was hat die Türkei in Europa verloren?", ging ein Schrei der Entrüstung durch die türkischen Medien. Auch die damalige Regierung Ulusu protestierte. Heute stellen sich türkische Parlamentarier selbst diese Frage. Der EG-Beitritt des NATO-Landes Türkei, für 1986 vorgesehen, ist nur noch ein ökonomischer Aspekt, aber kein Bekenntnis mehr zum europäischen Kulturkreis.

„Zurück zu unserer islamischen Identität!" heißt die Parole der Regierung Özal – sie erschallt um so lauter, je länger Erfolge in der Wirtschaftspolitik ausbleiben.

Das verbotene Röckchen

Oppositionspolitiker, Gewerkschafter und Intellektuelle befürchten, die neue Regierungslinie könnte ein Tabu der Staatsideologie schlachten: Das Prinzip des Laizismus. Die strikte Trennung von Staat und Religion, vom Republikgründer Atatürk 1937 zum Verfassungsprinzip erhoben, wurde bislang in der Türkei auch dahingehend interpretiert, daß Gebote des Islam im öffentlichen Leben nicht berücksichtigt werden dürfen. Genau dies geschieht nun zunehmend, sagen Özal-Kritiker, und führen als Beweise an:

– Erziehungsminister Dincerler verbot am Tag der Jugend und des Sports den Schulmädchen an den Umzügen in kurzen Röckchen teilzunehmen. Die Karikaturisten malten die Feier für das kommende Jahr – mit Mädchen im persischen Körperschleier (Schador).

– Das Parlament verabschiedete am 15. Juni ein Gesetz, das Bier zu einem alkoholischen Getränk erklärt. Bierwerbung im staatlichen Rundfunk und Fernsehen wurde verboten. Gleichzeitig wurde Bierausschank an eine Lizenz gebunden – die nun seit Anfang August auf den Dörfern nicht mehr erteilt werden darf. In den Städten ist der Bierausschank an Erfrischungsständen, in Sportclubs und Studentenheimen verboten.

– Der Justizausschuß des Parlaments verabschiedete einen Gesetzentwurf, nach dem künftig „Schmähung Allahs und des Propheten" nicht mehr mit ein bis sechs Monaten, sondern mit ein bis drei Jahren Gefängnis bestraft werden soll.

– Dincerler plant, Arabisch als Wahlpflichtfach an Mittel- und Oberschulen einzuführen.

Dies sind nur die gravierendsten Beispiele für die Regierungspolitik Ministerpräsident Özals, selbst Sohn eines islamischen Geistlichen. Özal hatte 1977 in Izmir für die damalige Nationale Heilspartei (MSP) des Necmettin Erbakan kandidiert, die unverblümt für eine islamische Staatsordnung eintrat. Damals fiel Özal – der übrigens selbst nicht Mitglied der MSP war – durch. Heute, als Regierungschef, rüttelt er an ideologischen Prinzipien Atatürks.

Er bekundet die „neue Richtung" nicht nur politisch, sondern auch persönlich. Bei seinem Irak-Besuch im Mai ließ er seine Frau Semra in den Schador gehüllt für die türkische Presse fotografieren – was wohl kaum ein Zugeständnis an die sozialistischen Machthaber in Bagdad war. Seine Mutter sieht man fast täglich auf den Titelseiten türkischer Zeitungen – ebenfalls verschleiert – beim Gebet in der Moschee. Image-Pflege. In Ankara wird gegenwärtig mit saudischer Hilfe eine Moschee gebaut, die 40 000 Personen aufnehmen kann.

Eine Islamisierung zeichnet sich auch in der Wirtschaft ab. Die zinslos arbeitende saudische Bankgruppe „Al Baraka" hat in der Türkei eine Filiale eröffnet, die zusammen mit einem türkischen Konsortium gemäß dem Koran zinslose Kreditwirtschaft einführen will. Gründungsmitglied und Teilhaber ist Korkut Özal, älterer Bruder Özals, einst Innenminister und Präsidiumsmitglied der MSP.

Rhetorisch gesehen ist dies alles der dritte Anlauf, Atatürks Säkularisierung der Türkei aufzuheben, die das Land europäisieren sollte. Bereits in den fünfziger Jahren unter Ministerpräsident Menderes wurde ein Teil der Reformen Atatürks zurückgenommen, etwa Religionsunterricht an den Schulen wieder eingeführt, auf dem Land mehr Moscheen als Schulen gebaut – gemäß den Wählerwünschen.

Erbakans Erfolg

Zugeständnisse an den Islam in den siebziger Jahren waren von Erbakans MSP eingefädelt worden, einer Partei, die kaum einmal mehr als zehn Prozent der Wähler repräsentierte. Ihre Nachfolgerin, die „Wohlfahrtspartei" (RP) des Ahmet Tekdal erhielt bisher noch weniger Stimmen. Immerhin war es Erbakan gelungen, die Türkei 1976 zum Vollmitglied der Islamischen Konferenz zu machen. Seither sind Veranstaltungen der islamischen Welt in Istanbul kaum mehr zu zählen: Islamische Handelsmesse, Islamische Olympiade, Islamische Technologiekonferenz, Islamische Bürgermeisterkonferenz, Ständige Kommission für Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit der islamischen Länder ... Deren Vorsitzender ist übrigens Ex-General und Staatspräsident Kenan Evren, der am 12. September 1980 auch geputscht hatte, um den islamischen Fundamentalismus zu stoppen.

Ceausescu für Verhandlungen in Genf

rtr, Moskau

Rumäniens Präsident Ceausescu hat gestern in der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" die UdSSR und die USA dringend aufgefordert, alles nur Mögliche zur Wiederaufnahme der Genfer Raketenverhandlungen zu unternehmen, „um die Stationierung der amerikanischen Raketen und die daraus folgenden sowjetischen Gegenmaßnahmen zu beenden".

Interessant ist nach Auffassung westlicher Diplomaten in Moskau, daß auch Ceausescus Vorschlag abgedruckt wurde, die neuen sowjetischen Raketen in der „DDR" und der Tschechoslowakei ebenfalls abzubauen, bevor die Verhandlungen wieder beginnen könnten. Sie gaben aber zu bedenken, daß Ceausescu, indem er die Raketen der UdSSR als notwendige Antwort auf die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing 2 bezeichnete, die sowjetische Position eingenommen habe. Am Vortag hatte Ceausescu in einem Interview mit einer brasilianischen Zeitung gesagt, Rumänien werde niemals einer Stationierung von Atomraketen auf seinem Gebiet zustimmen.

Bush: Libyen droht allgemeine Empörung

rtr, Dallas/Rom/Kairo

US-Vizepräsident George Bush hat Libyen gestern vor den unabsehbaren Konsequenzen internationaler „Empörung" gewarnt, falls sich erweisen sollte, daß das Land beim Auslegen von Minen im Golf von Suez und im Roten Meer seine Hand im Spiel gehabt haben sollte. Amerikanische Minensuchhubschrauber haben nach Angaben ägyptischer Militärkreise bis gestern früh die Oberflächenübersicht über ihr Einsatzgebiet im südlichen Teil des Golfs von Suez abgeschlossen.

Ein Heeresoffizier erklärte, die Minensuche solle im Zusammenwirken mit der Regierung in Khartum auf sudanesische Hoheitsgewässer ausgedehnt werden. Drei italienische Minensuchboote sind nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Rom gestern in Richtung Suezkanal ausgelaufen.

Der in Marseille zu Reparaturarbeiten liegenden libyschen Container-Fähre „Ghat" ist auf Anordnung französischer Gerichte gestern bis auf weiteres das Auslaufen verboten worden. Das Schiff war verdächtigt worden, Minen ausgelegt zu haben.

Erstmals Wahlen für Farbige in Südafrika

rtr/dpa, Johannesburg

In Südafrika haben gestern erstmals Parlamentswahlen für Farbige stattgefunden. Rund 900 000 wahlberechtigte Mischlinge hatten 80 Abgeordnete in die speziell für sie geschaffene Kammer zu wählen. Gemäß der neuen Verfassung, die am 3. September in Kraft tritt, sollen am kommenden Dienstag die Inder ein entsprechendes Gremium mit 40 Vertretern wählen. Das Parlament der Weißen zählt 166 Mitglieder. Die Schwarzen, mit knapp 23 Millionen die größte Bevölkerungsgruppe, bleiben auch weiterhin von der parlamentarischen Mitwirkung ausgeschlossen.

Papst verwirft Klassenkampf

rtr, Vatikanstadt

Papst Johannes Paul II. hat jeglicher Vermischung von Religion und marxistischer Ideologie erneut eine klare Absage erteilt. In einer Botschaft an das Treffen der südafrikanischen Bischöfe in Harare betonte er gestern mit Anspielung auf die „Theologie der Befreiung", die Solidarität der Kirche mit den Armen dürfe sich nicht auf klassenkämpferische Analysen stützen. Die Kirche wolle den Unterdrückten nahe sein, aber ihre Aufgabe sei es, alle Menschen zu versöhnen, ohne gegen bestimmte Gruppen zu sein.

Bonn meldet schwere Bedenken gegen Ausländerpolitik Hessens an

ms. Bonn

Die deutschen Botschaften und Konsulate wenden die umstrittenen hessischen Regelungen über die Zusammenführung ausländischer Familien bislang nicht an. Das Auswärtige Amt erklärte, die Vertretungen hielten sich vorerst an die strengeren bundeseinheitlichen Regelungen. Das Bundesinnenministerium hat durch einen Brief von Staatssekretär Siegfried Fröhlich an den hessischen Innenminister Winterstein (SPD) massive Bedenken gegen die Haltung des Landes Hessen in der Ausländerpolitik zur Geltung gebracht. Das Schreiben mit Datum vom 9. August hat folgenden Wortlaut:

Betr.: Ausführung des Ausländergesetzes in Hessen

1. Mit Erlaß vom 13. Juli 1984 (II A 5–23 d) haben Sie den Familiennachzug zu Ausländern für Ihren Zuständigkeitsbereich neu geregelt. Danach ist die Altersgrenze für den Kindernachzug von 16 wieder auf 18 Jahre heraufgesetzt, generell wieder der Kindernachzug zu nur einem im Bundesgebiet lebenden Elternteil möglich und der Ehegattennachzug zu Ausländern der 2. und 3. Generation bereits nach fünf statt nach acht Jahren Aufenthalt zugelassen. Gegen diese Abweichungen von der bisherigen im wesentlichen bundeseinheitlichen, den Empfehlungen der Bundesregierung vom 2. Dezember 1981 entsprechenden Verwaltungspraxis bestehen erhebliche Bedenken.

In einem wesentlichen Bereich des Ausländerrechts haben Sie einen von Bund und Ländern erzielten, durch den Beschluß der IMK zu Punkt 3 der Sitzung vom 29. April 1982 bestätigten Konsens über den Vollzug des Ausländergesetzes aufgekündigt. Die Änderungen Ihrer Verwaltungspraxis berühren in erheblichem Maße die Interessen auch des Bundes und der anderen Länder. Dieses einseitige Vorgehen dürfte kaum den Grundsätzen des bundes- und länderfreundlichen Verhaltens entsprechen. Es wäre zumindest zu erwarten gewesen, zunächst den Bund und die anderen Länder wegen der von Ihnen beabsichtigten Maßnahmen zu konsultieren.

Der Hinweis von seiten Ihres Hauses auf die Abweichungen in den Familiennachzugsregelungen der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Bremen von der Regelung der anderen Länder geht fehl. Die genannten Länder haben von vornherein erklärt und im einzelnen begründet, daß sie sich insoweit dem Konsens nicht anschließen können, und nicht nachträglich eine einmal getroffene Absprache gebrochen. Zudem sind die in diesen Ländern geltenden Abweichungen so geringfügig, daß die Bundeseinheitlichkeit noch im großen und ganzen gewahrt blieb. Insoweit verweise ich auf den o. g. IMK-Beschluß. Entscheidend ist jedoch in diesem Zusammenhang, daß sich die in Baden-Württemberg und Bayern geltende drei- statt einjährige Ehebestandszeit nicht in anderen Ländern nachteilig auswirken kann; im Gegensatz dazu kann Ihre neue Familiennachzugsregelung auch in den anderen Ländern zu einer Zuwanderung führen, die diese gerade aus guten Gründen ausgeschlossen haben.

Ausländerpolitisch haben Sie mit Ihrem Erlaß einen Weg eingeschlagen, der mit den Interessen der Bundesrepublik Deutschland nicht zu vereinbaren ist. Im Hinblick auf Paragraph 2 Abs. 1 Satz 2 AuslG, der den ausländerrechtlichen Grundsatz des Vorranges der Belange der Bundesrepublik Deutschland festschreibt, ist Ihr Erlaß daher auch ausländerrechtlich ganz erheblichen Bedenken ausgesetzt. Die Empfehlungen der Bundesregierung vom 2. Dezember 1981 zur sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzuges zu Ausländern aus Nicht-EG-Staaten sind in Bund und Ländern einhellig als ausländerpolitisch notwendiger Schritt bewertet worden. Es stand und steht außer Frage, daß die empfohlenen Maßnahmen nicht nur zur Wahrung erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland, sondern gerade auch im Interesse der Integration der auf Dauer im Bundesgebiet lebenden Ausländer erforderlich sind. Ich darf daran erinnern, daß im Herbst 1981 auf Vorschlag der ASMK eine gemeinsame Arbeitsgruppe der ASMK und der IMK mit dem Auftrag eingesetzt wurde, die Möglichkeiten einer Steuerung des Familiennachzugs zu prüfen.

Die Arbeitsgruppe, in der mit Ausnahme Bremens und Schleswig-Holsteins alle Länder und der Bund vertreten waren, hat in ihrem Bericht die Folgen des seinerzeit zulässigen Familiennachzugs aufgezeigt und dazu zusammenfassend festgestellt: „Um diese Folgen, die den gesellschaftlichen Frieden in der Bundesrepublik gefährden würden, zu vermeiden, müssen u. a. Maßnahmen zu einer sozialverantwortlichen Steuerung des Familiennachzugs eingeleitet werden ..." Es sind seither keine Umstände oder neuere Entwicklungen eingetreten, die heute eine andere Einschätzung der Sachlage rechtfertigen könnten.

2. Mir liegen die Vereinbarungen zwischen der SPD und den Grünen in Hessen zum Bereich Ausländerpolitik vom 16. Mai 1984 vor. Darin ist abweichend von Nr. 4 a zu Paragraph 8 AuslVwV vorgesehen, die Aufenthaltsberechtigung bereits nach fünf statt nach acht Jahren rechtmäßigen Aufenthalts zu erteilen. Ausländischen Arbeitnehmern, denen mangels besonderer Arbeitserlaubnis keine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann, soll die Aufenthaltserlaubnis um vier Jahre statt wie in Nr. 4 a Abs. 1 Satz 1 zu Paragraph 7 AuslVwV vorgesehen nur um zwei Jahre verlängert werden. Schließlich sollen Ausländer nach fünfjährigem rechtmäßigem Aufenthalt nicht mehr wegen Sozialhilfebezugs ausgewiesen werden, obwohl Paragraph 10 Abs. 1 Nr. 10 AuslG eine derartige generelle Beschränkung nicht enthält.

Ich gehe davon aus, daß Sie diese Punkte der Vereinbarung nicht in Ihre Verwaltungspraxis umsetzen, solange das Bundesrecht entgegensteht.

In Vertretung
(Dr. Fröhlich)

Schweden legt Gutachten zur Abrüstung vor

R. GATERMANN, Stockholm

Schweden oder zumindest dessen Botschafterin bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf, Inga Thorsson, weiß schon heute, wie sich das Land am besten einer Abrüstung konventioneller Waffen in den beiden Militärblöcken anpassen kann. In einem im Auftrag der sozialdemokratischen Regierung erstellten Gutachten prophezeit sie für die Jahre 1990 bis 2015 jeweils eine Halbierung der schwedischen Militärausgaben, der Streitkräfte und der Rüstungsindustrie.

Die Hypothese der Alva Myrdal-Nachfolgerin wird selbst von einigen der zwölf Kommissionsmitglieder nicht ganz ernst genommen. „Die Planung der Folgen einer bisher noch völlig theoretischen Abrüstung verursacht lediglich eine zusätzliche Papierproduktion und Kosten", kritisierten die Zwölf.

Die Berufung der Kommission stellt man in Stockholm als konkreten Beweis Schwedens für sein Bestreben nach Abrüstung dar. Frau Thorsson betont aber, daß sie keine einseitige schwedische Abrüstung vorschlage. Der jetzt nach zehnmonatiger Arbeit vorgelegte Bericht wird demnächst an die UNO weitergeleitet. Inga Thorsson und ihre Kommission gingen bei ihrem Antrag davon aus, daß NATO und Warschauer Pakt von 1990 an ihre konventionellen Streitkräfte reduzieren. Nukleare und chemische Waffen wurden bei den Überlegungen ausgeklammert.

Unter diesen Voraussetzungen kommt die Abrüstungsexpertin zu dem Schluß, daß Schweden zwischen 1990 und 2015 seine Ausgaben für militärische Verteidigung von derzeit umgerechnet 6,6 Milliarden Mark jährlich halbieren kann, daß die Zahl der Wehrpflichtigen um 50 Prozent auf 25 000 pro Jahr und die Zahl der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten von 20 000 (1990) auf 6000 (2015) abgebaut werden kann. Es werde weder einen Nachfolger für das Kriegsflugzeug JAS noch für die ausrangierten U-Boote oder andere Marine-Einheiten geben. Um den Übergang auf zivile Produktion zu erleichtern, schlägt Inga Thorsson von 1986 an die Erhebung einer Fünf-Prozent-Abgabe auf den Rüstungsexport vor.

Griechenland isoliert sich

Gemischte Gefühle bei der NATO gegenüber Athen

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

In maßgeblichen NATO-Kreisen ist die Absage der Teilnahme Griechenlands an zwei interalliierten Manövern bedauert worden. Die Isolation, in die die Regierung Papandreou Griechenland durch das ständige Anbringen von Fußnoten in NATO-Kommuniqués zur Markierung abweichender Ansichten steuere, werde verstärkt. Am Ende werde die Türkei Nutznießer sein.

Die Absage des griechisch-amerikanischen Manövers „Zeus" war zum Erstaunen von NATO-Diplomaten in Athen damit begründet worden, die atlantische Allianz weigere sich, „die türkische Provokation und Aggression" zur Kenntnis zu nehmen. Weiter hieß es, Griechenland werde nicht vom Warschauer Pakt, sondern von der Türkei bedroht.

In Brüssel wird angesichts dieser Vorgänge davon gesprochen, daß Griechenland nicht mehr als zuverlässiger Bündnispartner angesehen werden könne. Athen leugne die Bedrohung Westeuropas durch die sowjetischen SS-20-Raketen und konzentriere sich im übrigen darauf, ein Feindbild von der Türkei aufzubauen. Die Türkei aber wird im atlantischen Bündnis ausnahmslos – von Athen abgesehen – als einer der zuverlässigsten atlantischen Partner betrachtet. Der Kreml beobachtet die Politik Athens nach Ansicht diplomatischer Beobachter mit Wohlwollen.

Mit Erleichterung ist in gewissen westlichen Militärkreisen in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen worden, daß Ministerpräsident Papandreou sich bei der Neuausrüstung der griechischen Luftwaffe für amerikanische und französische Maschinen entschieden hat. Damit sei die Entscheidung gegen das Kampfflugzeug Tornado gefallen. Ein Flugzeug dieses Leistungsspektrums würden manche Militärs mit Einblick in die operationellen Zusammenhänge aufgrund der labilen Lage Athens nur ungerne in griechischer Hand wissen.

Papandreous Entscheidung, Jagdmaschinen für die Luftverteidigung aus Amerika zu beziehen, belebe daher die Hoffnung auf eine Verbesserung der Beziehungen zu Washington. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Polnischer Chauvinismus

„Kardinal Glemp kritisiert Polen-Deutsche"; WELT vom 16. August und „Primas Glemp stößt in Bonn auf harten Widerspruch" und „Glemp und die Deutschen"; WELT vom 17. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

gleichgültig, ob es sich um den Kardinal in Warschau oder den polnischen Kardinal in Rom handelt: Immer trat in entlarvender Weise der bekannte polnische Chauvinismus zutage, auch nach der Aussöhnung der Bischöfe beider Nationen. Zudem sind sich Schwarz und Rot in Polen in diesem Punkt immer einig gewesen.

Die polnischen klerikalen und politischen Führungsschichten haben sich bereits seit dem Ersten Weltkrieg als unersättlich erwiesen. Polnische Nationalverbände forderten damals *bereits* die *Odergrenze*, ja *selbst die* Elbe als deutsch-polnische Grenze. Mit wenigen Ausnahmen hat sich die polnische Geistlichkeit 1944/45 und später an der Ausplünderung der Deutschen, deren Folterungen und Massentötungen durch die polnische Miliz und schließlich der barbarischen Vertreibung von Millionen Ostdeutschen und bombengeschädigten Westdeutschen indirekt beteiligt und damit schuldig gemacht. Ernsthafte Proteste der polnischen Geistlichkeit gegen diese Bestialitäten *sind* nicht bekannt geworden. Millionen Vertriebene leben immer noch als Zeugen jener Zeit, die auch dokumentarisch vielfach belegt ist.

Es war nicht genug, daß der polnische Staat etwa ein Viertel Deutschlands annektierte und sich dabei öffentliche und private Milliardenwerte widerrechtlich aneignete. Darüber hinaus versuchten und versuchen die polnischen Führungsschichten seit dem Ersten Weltkrieg, deutsche Staatsbürger *zu polonisieren, da ihr* eigenes menschliches Potential für die Besiedlung der deutschen Ostgebiete nicht ausreichte und nicht ausreicht, abgesehen von anderen, damit zusammenhängenden Erwägungen. Aber alles das stellt Polen nicht zufrieden. Die Praxis polnischer Behörden und die zahlreichen Äußerungen in polnischen Medien beweisen in aller Eindeutigkeit, daß sich die polnische Führung seit Jahrzehnten bemüht, den vertriebenen Ostdeutschen *und den noch in Polen* lebenden Deutschen ihre fast tausendjährige deutsche Geschichte zu rauben und den Deutschen in Polen ihre Sprache zu verbieten und auszumerzen! Rolf Italiaander schrieb zeitgerecht in dieser Zeitung am 17. August den Beitrag „Demütigung und Tod in Agnetendorf". An dem Beispiel Gerhard Hauptmann erinnerte er andeutungsweise an alle diese polnischen Barbareien.

Es ist zu befürchten, ja bereits erwiesen, daß alle Geschenksendungen von Bundesdeutschen in Millionenhöhe und alle Bemühungen und Zugeständnisse unserer Politiker auf fruchtlosen polnischen Boden fallen. Unsere Würde gebietet, auf alle diese Tatsachen hinzuweisen, wann immer polnische Äußerungen der beschriebenen Art hörbar werden. Dessen ungeachtet sollten und werden wir uns *versöhnlich verhalten, zumal* die geschichtliche Entwicklung ohnehin ihren Lauf nehmen wird. Jedoch darf kein deutscher Politiker jemals die Gelüste und Absichten der polnischen Führungen vergessen. Andererseits ist an den mannhaften polnischen Schriftsteller und Widerständler Lipski zu erinnern, welcher den Mut hatte, seinem Volk unter anderem zu sagen, daß die offizielle Haltung der Polen den Deutschen gegenüber in keiner Weise geschichtlich zu rechtfertigen sei. Lipski wurde dieser Tage aus der Haft entlassen.

Mit freundlicher Empfehlung
H. Baum,
Wiesbaden

*

Die am 15. 8. 1984 im Wallfahrtsort Tschenstochau vom Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, geäußerte *Ansicht, daß die polnische* Kirche zwar Ausländern Gebete in der eigenen Sprache ermöglichen wolle, aber nicht mit gutem Gewissen Andachten in einer fremden Sprache für Leute organisieren könne, „die diese Sprache nicht kennen und sie erst im Gebet lernen wollen", kann nicht unwidersprochen bleiben.

Da hier ohne Zweifel die in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße lebenden deutschen Landsleute gemeint sind, deren Existenz vom polnischen Staat und von der polnischen katholischen Kirche abgestritten wird (übrigens handelt es sich *hier nicht um „Polen-Deutsche"*, sondern schlicht um Deutsche!), muß sachlich, aber unmißverständlich daran erinnert werden, daß die polnische kommunistische Regierung unseren deutschen Landsleuten bis heute den Gebrauch der deutschen Muttersprache strikt verweigert hat. Auch in der polnischen katholischen Kirche wird weder in Gottesdiensten noch bei der Beichte der Gebrauch der deutschen Sprache erlaubt; es gibt darüber hinaus weder deutschsprachige Zeitungen noch die Möglichkeit, in Schulen deutsch zu sprechen. Ich frage: Wie sollen die Deutschen in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten dann der deutschen Sprache mächtig sein? Wie sollen sie sich Wissen über die Kultur ihres deutschen Vaterlandes aneignen können? Davon sagte der Kardinal nichts. Den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Polen werden demgegenüber jegliche Minderheiten- und Volksgruppenrechte gewährt, wie das übrigens in einem demokratischen Rechtsstaat selbstverständlich ist.

Bernhard Schäfer,
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien,
Königswinter

*

Aufgrund der Predigt des polnischen Kardinals Glemp in Tschenstochau muß auf das Verhalten der katholischen Kirche in Polen gegenüber den Protestanten des Landes aufmerksam gemacht werden. Die polnische katholische Kirche hat protestantische Kirchen *in ihrem Land* besetzt. Wenn Kardinal Glemp das Deutschtum als Überbleibsel nicht toleriert, aber Spenden von der Bundesrepublik Deutschland annimmt, so spricht dies gegen die Freiheitsrechte der Menschen, die unterdrückt werden. Es spielt keine Rolle, von welcher menschlichen Seite dies geschieht. Die politische Vergangenheit kann nicht als Vergeltungspakt herangezogen werden – sie ist nicht Gegenwart.

Mit freundlichen Grüßen
W. Rundholz,
Bonn 2

*

Wie vom Schlag gerührt ist man, wenn man obigen Artikel liest. Wieder einmal begab sich ein Kirchenmann aufs politische Parkett und zerschlug Porzellan. Schwer geschädigt wurde so das verbesserte Einvernehmen, das nach vielen Mühen zwischen Polen und Deutschen gerade in den vergangenen Jahren gewachsen ist, nicht zuletzt dank der großen Hilfsbereitschaft unzähliger Bürger dieses Landes gegenüber Polen. Gefreut haben werden sich Herr Jaruzelski und seine politischen Freunde. Ob der Primas sich wohl klar darüber ist, welchen Bärendienst er möglicherweise vielen Polen erwiesen hat, die seit über 40 Jahren eine neue Heimat bei uns gefunden haben, aber ihr polnisches Brauchtum weiter pflegen dürfen, und auch bei den Besuchen polnischer Bischöfe in der BRD von diesen als „Landsleute" angesprochen werden. Wenn doch nur endlich unsere Kirchenmänner wieder ihre ganze Kraft ihrer ursprünglichen Aufgabe widmen wollten: der Seelsorge! Einen größeren Friedensdienst könnten sie dieser zerrissenen Welt nicht leisten.

Mit freundlichen Grüßen
Sigrid Sels,
Neuss

Versöhnung

„Leserbrief: Schwerer Irrtum"; WELT vom 28. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße die Klarstellungen von Herrn Jerzy Giedroyc in seinem Leserbrief. Der von ihm zitierte Kommentar, den ich inzwischen in seiner vollen Länge lesen konnte, macht in höchst fairer Weise den Versuch, dem gerecht zu werden, was ich in meiner Antwort auf die Fragen von MdB Lenz vom 14. 12. 1983 einschließlich Anlagen in Wirklichkeit zum Ausdruck gebracht habe. In einer Zeit, in der auch redlicher guter Wille deutscher Politiker gegenüber Polen verleumdet wird, ist jede polnische Stimme im Dienst an Versöhnung und Wahrheit eine moralische Leistung, die ich dankbar würdige und hoch achte.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Alois Mertes,
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Wort des Tages

„Wie Fackeln und Feuerwerk vor der Sonne blaß und unscheinbar werden, so wird Geist, ja Genie, und ebenfalls die Schönheit überstrahlt und verdunkelt von der Güte des Herzens."

Arthur Schopenhauer; dt. Philosoph (1788–1860)

Theológos

„Weltbund-Präsident umstritten"; WELT vom 1. August

Neuer Präsident des Lutherischen Weltbundes ist also ein ungarischer Bischof, dem von einem ungarischen Pfarrer „theologischer Terror" vorgeworfen wurde.

Ein Theologe – von spätgriechisch theológos – ist ein Gottesgelehrter. Martin Luther hat nicht nur die deutsche Sprache geschaffen – er hat vor allem das Wort „Religion" geprägt. D. h. er hat das altgriechische theosébeia mit Gottesfurcht übersetzt. „Also fanden sich etliche in der Stadt, welche ihre wohl hergebrachte Religion verließen." (3. Makk. 2,32).

Im Jahre 143 v. Chr. wählte eine Volksversammlung Simon Makkabäus und übertrug ihm die Ämter des Hohenpriesters und Oberbefehlshabers im Zweiten Jüdischen Staat (142 v. Chr.–70 n. Chr.), nachdem Simon die Juden von der Herrschaft des Seleukidenkönigs befreit hatte. Im Jahre 78 v. Chr. umfaßte dieser Zweite Jüdische Staat unter den „Priester-Königen" der Hasmonäer etwa das gleiche Gebiet wie z. Zt. König Salomos.

Im Klartext: Die „wohl hergebrachte Religion" ist die alte jüdische Religion. Die „Theologien" sind eine Erfindung der lateinischen Kirche.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Winkler,
Hamburg 55

Unvollständig

„Mit einem furchtbaren Getöse sprang der D 890 aus den Gleisen"; WELT vom 20. August

Sehr geehrte Redaktion,

in Ihrer Ausgabe vom 14. August wird auf der letzten Seite erwähnt, daß es in Deutschland seit dem Kriege (nur) zehn schwere Zugunfälle gab. Das diesbezügliche Archiv scheint jedoch recht auffallende Lükken aufzuweisen, denn allein im Jahre 1971 gab es in der Bundesrepublik drei nicht aufgezählte derartige „Unfälle", nämlich am

9. Februar bei Kempten, 36 Tote;

27. Mai bei Radevormwald, 45 Tote;

21. Juli bei Rheinweiler, 25 Tote.

Dann weiter am 8. Juni 1975 bei Warngau, 38 Tote. Und in der „DDR" am 27. Juni 1977 bei Lebus, 29 Tote und am 29. Februar 1984, 11 Tote. Statt deren zehn, gab es also mindestens 16 Zugunglücke.

Mit freundlichen Grüßen
H. J. Thiel,
Hamburg 52

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Krebsforscher und langjährige Chefarzt der Balserischen Stiftung in Gießen, Professor Dr. **Erwin Schliephake**, feierte in Gießen seinen 90. Geburtstag. Der aus einer hessischen Wissenschaftlerfamilie stammende Gelehrte, der trotz seines hohen Alters auch heute noch als Facharzt für Innere Medizin Patienten behandelt und zur Zeit ein Buch über die von ihm maßgeblich beeinflußte Kurzwellenbehandlung bei Krebserkrankungen schreibt, war unter anderem auch Leiter der Universitäts-Poliklinik in Würzburg und Gründer eines Lehrstuhls für physikalische Therapie in Alexandria.

*

Seinen 80. Geburtstag feierte der ehemalige stellvertretende Direktor der Seefahrtsschule Bremen, Dr. **Walter Stein**. Stein, in Altona geboren, trat nach dem Studium der Mathematik und Physik in das Seefahrtsschulwesen ein und begann seine erste Lehrtätigkeit an der Seefahrtsschule Stettin, wechselte nach einem Jahr an die Seefahrtsschule Altona über und wurde 1930/31 zu einer einjährigen Weltausbildungsreise abgeordnet. Von 1931 bis 1936 war er an der Seefahrtsschule Leer und ab 1936 wieder an der Seefahrtsschule Stettin, wo er ab 1938 stellvertretender Direktor und von 1942 bis 1944 Seefahrtsschuldirektor war. Nach dem Krieg konnte Stein 1949 seine Lehrtätigkeit an der Seefahrtsschule Bremen aufnehmen und ab 1952 bis zu einem Eintritt in den Ruhestand Ende des Jahres 1969 als stellvertretender Direktor die Geschicke der Seefahrtsschule wesentlich mitbestimmen.

AUSZEICHNUNGEN

Die vom Magistrat der Universität Gießen gestiftete und seit 1981 alljährlich verliehene Hedwig-Burgheim-Medaille wird am Sonntag an Akademiedirektor Pfarrer D. **Martin Stöhr** aus Arnoldshain im Taunus verliehen. Stöhr erhält diese Auszeichnung in Anerkennung und Würdigung hervorragender Verdienste um Verständigung und Verständnis zwischen den Menschen. Die Medaille ist nach der Leiterin des Gießener Fröbel-Seminars, **Hedwig Burgheim**, benannt, die wegen ihrer jüdischen Herkunft 1943 im Konzentrationslager Auschwitz ums Leben kam. Martin Stöhr, 1932 in Singhofen (Kreis Unterlahn) geboren, ist seit 1969 Studienleiter und Direktor der Evangelischen Akademie Arnoldshain. Er war 18 Jahre lang Mitglied des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

*

Die Hamburger Stiftung F. V. S. hat in diesem Jahr den Klaus-Groth-Preis für niederdeutsche Lyrik **Aloys Terbille** für sein Buch „Spoor van Lieden allevedan" (Spur der Leiden immer weiter) zuerkannt. Der aus Vreden/Westmünsterland stammende Lehrer ist in diesem Buch den Spuren von Juden nachgegangen, die er in seiner Kinderzeit als Nachbarn erlebt hat.

AUSWÄRTIGES AMT

Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** hat die Genehmigung zu einem ungewöhnlichen Experiment im Bonner Auswärtigen Amt erteilt: Die Wände seiner im Keller residierenden Presseabteilung dürfen großformatig ausgemalt werden. Vortragender Legationsrat **Reinhard Bettzüge** besorgte die Künstler: vier Examenskandidaten des Seminars für Werkerziehung der Pädagogischen Fakultät Bonn. Das Seminar wird von Professor **Peter Heinig** geleitet. Zur Zeit sind die jungen Künstler bei der Arbeit: In picassoartiger Manier gestalten sie den Weg von weltpolitischen Ereignissen und Nachrichten malerisch aus. Daneben schmücken sie einen Teil der Wände mit großformatigen Porträts Bonner Politiker und ehemaliger *Politgrößen*. Der Eingangsbereich wird ganz der Pop-Kunst vorbehalten werden.

VERÄNDERUNG

Neuer Geschäftsführer der Deutschen Public Relation-Gesellschaft (DPRG) in Bonn wird ab 1. September der 40jährige **Gerhard A. Pfeffer**. Pfeffer, ehemals geschäftsführender Gesellschafter der Fripress GmbH und jetzt als Berater für die PR-Agentur noch tätig, wird aus verbandspolitischen Gründen bei der nächsten Delegiertenkonferenz des BDW im September sein Amt *als Präsidiumsmitglied des BDW* Deutscher Kommunikationsverband niederlegen.

Wir trauern um Herrn

Dr. Gerhard Kahl

früheres Mitglied der Geschäftsleitung unseres Unternehmens, der nach schwerer Krankheit am 12. August 1984 im Alter von 80 Jahren verstorben ist.

Seit seinem Eintritt in unsere Gesellschaft im Jahre 1949 war Dr. Gerhard Kahl über zwei Jahrzehnte lang in leitenden Positionen tätig. Er war maßgeblich an einem zukunftsorientierten Ausbau unserer Fabrikationsanlagen beteiligt und hat sich große Verdienste um unser Unternehmen erworben, zuletzt bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1970 als Leiter unserer Markenartikelproduktion.

Charakterstärke, ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein und hervorragende fachliche Fähigkeiten vereinte Herr Dr. Gerhard Kahl mit gewinnender Menschlichkeit.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Maizena Gesellschaft mbH
Gesellschafter Aufsichtsrat Geschäftsführung

2000 Hamburg 1, Maizenahaus

Die Beisetzung hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Exotische Klangbögen aus der Zukunft: Pit Weyrich setzt „Boney M." ins Bild

. . . und dann öffnet sich der Himmel

Pit Weyrich, Sohn des Musikproduzenten Fred Weyrich, jenes Mannes, der seinerzeit Peter Alexander entdeckte, macht sich mit seinem neuen Boney-M.-Feature für den Bayerischen Rundfunk zum zweiten Male daran, eine Musik zu visualisieren, einen Popstil in Bilder umzusetzen, dem international ein Verkaufserfolg beschert war wie keiner anderen deutschen Gruppe zuvor. Selbst die russischen Fans drängelten sich vor fünf Jahren im Rossija-Palast, als die vier Boney-M.-Interpreten mit ihrem elektronischen Studio-Maestro Frank Fahrian auf die Bühne kamen und den Countdown für „Nightflight to Venus" inszenierten.

Mehr als 100 Millionen Schallplatten wurden von Boney M. mittlerweile weltweit abgesetzt – die Hits „Daddy cool" und „Sunny" fegten selbst die Konkurrenz-Titel vom britischen oder australischen Markt. Aber in dem Maße, wie sich die Boney M.'s eine Fan-Gefolgschaft aufbauen

Boney M. – Futureworld – ARD, 22.00 Uhr

konnten, wurden sie von der Kritik verfolgt, die den Sound als künstlich, zu technisch und studiohaft denunzierte.

Pit Weyrich ist da anderer Meinung. Ihn animieren gerade die phantastischen Klangbögen und Science-fiction-Soundcollagen dazu, die Boney-M.-Titel zu visualisieren. Weyrich: „Frank baut Klänge auf, seine Musik ist architektonisch. Und das zwingt regelrecht dazu, diese Klangwelt optisch umzusetzen."

„10 000 Lightyears" heißt ihr neues Album, und Titel wie „Wild Planet" oder „Exodus" suggerieren Future-World-Phantasmagorien – die Klangbögen wirken zuweilen exotisch, die Stimmen der drei farbigen Sängerinnen und ihres neuen männlichen Kontrastpartners Reggie Tsiboe tummeln sich in reizvollen Harmonien: Bei Fahrians Boney-M.-Musiken herrscht stets sein Bestreben vor, karibische Reggae-Elemente mit Soulmusik zu verrühren.

Weyrich und Fahrian – es ist ihr zweiter Film – haben eine Woche im Studio des Bayerischen Rundfunks die neun Titel des Albums zu einem regelrechten Musikvideo verarbeitet. Die fünf Boney M.'s kamen in den Kleidern der '50iger Jahre daher. Hollywood anno '55. Auf den Highways rollen die Cadillacs. Eine Disco – plötzlich öffnet sich der Himmel, und ab geht die Post in Richtung des Wild Planet. Fahrian zur WELT: „Das ist ein Musikvideo mit viel Phantasie. Die Fans werden darauf stehen."

Die Kritiker werden erstaunt sein: Musik und Video von Boney M. '84 bestechen durch permanent wechselnde Collagen. Da steht keine Gruppe im Bild, sondern ständig wechselnde Bilder verschaffen dem Klanggeschehen von Boney M. eine optische Dimension, die mit ihren flirrenden, science-fiction-versetzten Szenarien fasziniert.

REGINALD RUDORF



Karibische Reggae-Elemente, verrührt mit Soul-Musik: Die Gruppe „Boney M." auf ihrem Trip in die Zukunft FOTO: HIPP

KRITIK

Traumtänzer wider Willen

Die Musik spielt, anders als der Titel vermuten läßt, so gut wie gar keine Rolle – allenfalls ein paar herrlich-schrecklich auf alt getrimmte Schnulzen. Das hat seinen Grund: Wenn der „Held" des Films durch die Handlung walzt und vergeblich um seine Freundin aus Kindertagen wirbt, sind auf der Haut getragene Gefühle nämlich fehl am Platze, halten die Schnulzen her für jene Emotionen, die er (und andere hier auch) nicht zeigen können.

Wenn die Musik aus ist, dann ist auch die Liebe aus (ARD) heißt der umständliche Titel dieses Films von Volker Arend und Reinhard Donga. Eine traurige Geschichte: Franz (Ferdinand Zander), ein gehbehindertes, recht intelligentes Riesenbaby, hat sich seit eh und je mit Manuela (Carola Niemann) getroffen. Sie, ein deutsches Mischlingskind, ist ihm die ideale Partnerin für ein Bündnis gegen die heile, handikap-freie Welt im Kleinbürger-München. Doch irgendwann wird sie erwachsen, erregt die Aufmerksamkeit nun auch anderer junger Herren und droht, ihn mit seinen Unvollkommenheiten allein zu lassen.

Franz jobbt als Autoschlosser und räumt nach kurzem Zögern auf Order den nichtsnutzigen Ko-Chef der Werkstatt (und Nebenbuhler) aus dem Weg, zerquetscht ihn unter der Hebebühne, kommt so zu Geld und flottem Wagen und dem von Manuela einst so ersehnten Ticket nach Hawaii: Da wollten sie und Franz ein schönes Leben führen – doch die Seifenblase birst, sie schickt ihn fort. Er fährt mit einer Fremden weg, mitten ins Open-end hinein.

Ein düsterer, ausdruckstarker Film karger Figuren und Dialoge, eine gelungene, seltsam bedrückende und doch in Bann schlagende Studie über einen Traumtänzer wider Willen. Darsteller, die sich selber spielen, dazu verdammt, den Weg ins noch größere Abseits allein anzutreten, bindungsunfähig und gesteuert von Illusionen: eine fremde, vertraute Geschichte.

ALEXANDER SCHMITZ

Der geleimte Stadtdirektor

Ist das nicht wahnsinnig komisch? Da haben doch tatsächlich zwei seriös auftretende Herren in dickem Auto den Stadtdirektor von Peine geleimt. Sie haben ihm vorgespiegelt, daß sie für eine Firma kämen, die viele Arbeitsplätze schaffen werde, wenn die Bedingungen günstig sind. Und der Stadtdirektor von Peine hat sich beeilt, zu versichern, daß die Bedingungen günstig sein würden. Nachher stellte sich heraus, daß sie in Wahrheit DKP-Spitzel sind.

Passiert ist nichts; der Stadtdirektor hat sich völlig korrekt verhalten, und die Peiner sollten es ihm danken, daß er um Arbeitsplätze bemüht ist. Aber er ist heimlich mit Kamera und Tonbandgerät aufgenommen worden, und nun hat ihn das öffentlich-rechtliche Fernsehen, genauer: die Sendung **Monitor** (ARD), damit lächerlich gemacht, daß es ihn als jemanden zeigte, der sich betrügen und obendrein belauschen ließ.

Ist das nicht wahnsinnig komisch? Wo doch das Fernsehen uns sonst einen Horrorfilm nach dem anderen über die Wehrlosigkeit des Bürgers im „Schnüffelstaat" und über die Notwendigkeit strengen Schutzes der Privatsphäre vor „Dateien" zeigt. Die Dateien sieht nun wirklich kaum jemand, aber wer sich vom Fernsehen heimlich belauschen läßt, dem hilft keine „informationelle Selbstbestimmung", der hat keine Rechte in diesem Fernsehschnüffelstaat. Die SPD wird schon dafür sorgen, daß es dank einer „Bestandsgarantie" für dieses Monopolfernsehen dabei bleibt. Und der Stadtdirektor wird sich sein Teil dazu denken, denn er ist SPD-Mitglied. So schließt sich der Kreis.

ENNO v. LOEWENSTERN

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Internationales Leichtathletik-Sportfest
11.25 Na, sowas!
12.10 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Die Perle des Drachen
Nach einem chinesischen Märchen
15.30 Der Spatz vom Wallrafplatz
16.00 Tagesschau
16.10 Die unbegrenzten Möglichkeiten
16.55 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Raketen abgefeuert – Ziel vernichtet
Der Todesflug der KE 007
Der Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeuges, bei dem am 1. September letzten Jahres 269 Menschen den Tod fanden, erschüttert noch heute die Weltöffentlichkeit. In seinem Bericht versucht nun André Libik mit einer Rekonstruktion den bis heute ungeklärten Ursachen dieser Katastrophe nachzugehen.
21.15 Scheibenwischer
Eine Kabarettsendung von und mit Dieter Hildebrandt
22.00 Boney M. – Futureworld
22.30 Tagesthemen
23.10 Tatort
Der unsichtbare Gegner
Mit Götz George u. a.
Zwei Männer, die an einem Banküberfall in Lüdenscheid beteiligt waren, bei dem ein Passant ums Leben kam, werden tot aufgefunden.
0.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Paul hat's nicht leicht
Kanadischer Jugendfilm (1980)
15.55 Ferienkalender
Tips der Kriminalpolizei zum Thema: Ladendiebstahl
16.20 Die Schlümpfe
Trottely, der Wahrsager
16.35 Puschel, das Eichhorn
Schneesturm in der Wolfsschlucht
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Alvin Stardust; Original-Hochland-Blasmusik Georg Mayer
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Hallo – Hotel Sacher . . . Portier!
Letzte Folge: Der Nachwuchs
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 Kontakte
Ich bin ziemlich wählerisch
Partnersuche – Partnerwahl
Von Margareth Ruthmann und Wolf-Rüdiger Schmidt
21.45 heute-journal
22.05 August '44 – Der Kampf um Paris
Von Heinz Hemming und Horst Schättle
Regie: Lutz Becker
22.55 Diana Ross Show
Ein Star mit Stars
23.40 Maigret
Maigret irrt sich
1.10 heute



Mit einem „unsichtbaren Gegner" haben es Götz George (l.) und Chiem van Houweninge diesmal zu tun (Tatort – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aus der Klamottenkiste
Mit Harry Langdon
19.00 Höhlenabenteuer (5)
19.45 Fahr doch selbst mal hin (7)

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Die Geschichte der Molly X
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Mit June Havoc, John Russell u. a.
Regie: Crane Wilbur
21.35 Der Bauer von Babylon
Rainer Werner Fassbinder dreht „Querelle"
22.55 Warum gerade Satchmo?
Louis Armstrong und seine Zeit
23.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.45 Musi – Gymnastik – Plauderei
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Stolz und Vorurteil (4)
Englischer TV-Film
20.25 Porträt Henry Moore
Von Gero von Boehm
21.05 Kulturlandschaft: Mosel
21.50 Zeichen an der Quelle
Bericht über den pfälzischen Ort Ranschbach
22.35 Beat, Beat, Beat! (6)
23.05 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Mord in der Oper
20.20 Das historische Stichwort
Schlacht bei Tannenberg
20.25 Wallfahrt zum Kreuzberg
20.40 Schritte zum Leben
Wie jugendliche Angehörige von Alkoholikern sich selbst helfen
21.25 Z. E. N.
21.30 Rundschau
21.45 Jedermann für Jedermann (4)
Gespräche mit Klaus Maria Brandauer
anschl. Rundschau

Bernd Schuster will ab sofort der große Schweiger sein

DW. **Bonn**

Mit seinem Rücktritt von der Nationalmannschaft hat der Fußball-Star Bernd Schuster zuletzt wieder einmal für negative Schlagzeilen gesorgt. Jetzt aber hat sich der 24 Jahre alte Schuster vorgenommen, vorläufig zu schweigen. Er werde keine Interviews mehr geben, hat er jetzt der Öffentlichkeit mitgeteilt, um nicht für neuen Wirbel zu sorgen. Vor seinem selbstauferlegten Maulkorb redete Schuster dann doch mit Didi Lopez, spanischer Mitarbeiter der Internationalen Sport-Korrespondenz (isk), über Ibiza und den neuen Teamchef Franz Beckenbauer.

Frage: Sie haben seit einiger Zeit ein Ferienhaus auf Ibiza. Hat sich dadurch Ihr Lebensgefühl geändert, so wie es Ihr Nachbar, der Formel-1-Rennfahrer Niki Lauda, unlängst ausdrückte?

Schuster: Der Niki Lauda hat ganz recht. Die Lebensart auf der Insel Ibiza unterscheidet sich vollkommen vom Festland. Das wirkt sich ungeheuer positiv aus, vor allem wenn man so im Blickpunkt steht wie der Niki Lauda oder auch ich jetzt.

Frage: Aber der Wirbel, den Sie in Deutschland mit Ihrer Entscheidung entfacht haben, ist doch sicher auch bis Ibiza durchgedrungen.

Schuster: Ich kann nur sagen, daß ich auf alle Fälle zu meiner Entscheidung stehe. Ich hoffe auch, daß dies in Deutschland von jedem akzeptiert wird. Ich habe bewußt keine Motive für meine Entscheidung gegen die Nationalmannschaft angegeben, weil ich keinen weiteren Stoff für Schlagzeilen liefern will.

Frage: Eigentlich hätte man ja erwarten können, daß zwischen Franz Beckenbauer und Ihnen eine gute Beziehung zustande kommen würde, denn schließlich war er Ihr Vorbild als Jugendspieler.

Schuster: Er war für mich ein fußballerisches Vorbild wie für Millionen andere auch. Mit dem, was er heute macht, hat das nichts mehr zu tun. Was da mittlerweile so vorkam, da hört die Bewunderung auf. Schon bei der Europameisterschaft führten wir praktisch kein Gespräch miteinander.

Frage: War der Name Franz Beckenbauer also ausschlaggebend für Ihre Entscheidung?

Schuster: Da kamen viele Mosaiksteinchen zusammen, doch ich habe mich gehütet, die Dinge beim Namen zu nennen, weil das auch anderen Personen gegenüber nichts gebracht hätte. Ich habe mir die ganze Sache bestimmt zwei, drei Monate reiflich überlegt. Über meine Beweggründe möchte ich im Moment keine Aussagen machen. Das würde alles nur noch verschlimmern.

„Albatros" hat zu große Füße



Auch ein Olympiasieger muß dem Vaterland dienen – wenn auch nicht so mit letztem Einsatz. Derzeit absolviert Michael Groß, Schwimm-Star der Spiele in Los Angeles, seine Grundausbildung beim Zweiten Jägerbataillon 531 in der Westfalenkaserne in Ahlen. Bei der Einmusterung gab es gleich ein Problem: Dem 2,01 Meter großen Schwimmer paßten die Schuhe nicht. Statt seiner Schuhgröße 47 war nur die Nummer 45 vorrätig. Direkt nach seiner Rückkehr aus Los Angeles rückte er in der Kaserne ein, um seine 15monatige Bundeswehrzeit zu beginnen. Lange wird der „Albatros", wie ihn die Amerikaner nannten, aber nicht in Westfalen bleiben, sondern sich einer Sportförderungsgruppe anschließen, um besser trainieren zu können FOTO: AP

SPORT-NACHRICHTEN

Hoher Werbevertrag

London (dpa) – Der britische Traditionsverein Manchester United hat mit einer deutschen Sportartikelfirma einen Vier-Jahresvertrag abgeschlossen. Die Engländer erhalten für die Trikotwerbung in dieser Zeit umgerechnet rund 3,7 Millionen Mark.

Kardinal Höffner kommt

Leverkusen (sid) – Der Kölner Erzbischof Kardinal Joseph Höffner wird am Samstag zum ersten Mal ein Fußball-Bundesligaspiel besuchen. Der Erzbischof will sich das Spiel Bayer 04 Leverkusen gegen Fortuna Düsseldorf ansehen.

Franke kann spielen

Braunschweig (sid) – Mit Torwart Bernd Franke startet der Fußball-Bundesligaklub Eintracht Braunschweig am Samstag gegen den 1. FC Köln in die neue Saison. Franke hatte sich im Spiel der Olympia-Mannschaft gegen Brasilien eine Rückenverletzung zugezogen.

Lobron in Führung

Berlin (dpa) – Nach vier Runden der Internationalen Berliner „Schach-Open 1984" führen Großmeister Eric Lobron (Wiesbaden) und der internationale Meister Yaakov Murey (Israel) mit 4:0 Punkten das Feld an. Im letzten Spiel besiegte Lobron den Ungarn Cserna, Murey war gegen Smejkal (CSSR) erfolgreich.

Vierer fuhr Weltrekord

Moskau (dpa) – Bei den internationalen Bahnrad-Wettbewerben auf der Moskauer Olympiabahn stellte die UdSSR einen Weltrekord in der Mannschafts-Verfolgung über 4000 Meter auf. Das Quartett verbesserte mit 4:14,26 Minuten seinen erst am 4. August in Moskau erreichten Weltrekord (4:16,60) um 1,34 Sekunden.

Ohne deutsche Beteiligung

Frankfurt (dpa) – Ohne deutsche Beteiligung wird der Volleyball-Europapokal der Landesmeister bei den Herren ausgetragen. Nach dem Verzicht von Meister Gießen wollte Vize-Meister Paderborn einspringen. Nach den Bestimmungen des Europäischen Verbandes (CEV) darf aber nur der Landesmeister teilnehmen.

TENNIS

Niederlage für John McEnroe

sid, **Cincinnati**

Nach zwei Stunden und 26 Minuten war die Sensation beim Tennis-Grand-Prix-Turnier in Cincinnati/Ohio perfekt. Der schon 30 Jahre alte Inder Vijay Amritraj, Nummer 70 der Weltrangliste, warf bei der Generalprobe für die am Montag in Flushing Meadow beginnenden 103. US-Open den Favoriten John McEnroe (USA) mit 6:7, 6:2, 6:3 aus dem Rennen. „Ich hatte innerlich wohl nicht die richtige Einstellung", sagte McEnroe, „aber man muß wohl immer wieder aus seinen Fehlern lernen."

Fehler machte der Weltranglisten-Erste bei seiner zweiten diesjährigen Niederlage im 61. Einzel reichlich. Bereits den Tiebreak des ersten Satzes gewann er nur knapp mit 8:6 und wurde in der Folge von dem Inder an der Grundlinie beschäftigt. Amritraj, der in der letzten Zeit mehr durch seine Rolle in dem James-Bond-Streifen „Octopussy" als durch gute Ergebnisse von sich reden gemacht hatte, servierte sieben Asse und kam zuletzt kaum noch in Gefahr.

Zuletzt verlor McEnroe in Paris gegen Ivan Lendl.

FUSSBALL

Hansi Pflügler mußte vom Platz

sid, **Barcelona**

Fußball-Pokalsieger FC Bayern München erreichte mit einem 2:1 (0:1)-Erfolg über Aston Villa das Finale beim Juan-Gamper-Turnier gegen Gastgeber FC Barcelona. Vor 50 000 Zuschauern im Stadion Nou Camp gewannen die Bayern die Revanche für die Niederlage im Europacup-Endspiel der Landesmeister von 1982 in Rotterdam erst in letzter Sekunde durch einen Nachtweih-Treffer (90.). Die Briten waren durch Walters (29.) in Führung gegangen, Michael Rummenigge (70.) gelang der Ausgleich.

In der 72. Minute zeigte Schiedsrichter José Enrique Negriere dem bereits verwarnten Münchner Linksverteidiger Hansi Pflügler wegen Meckerns die rote Karte. Auch mit einem Mann weniger gefielen die Münchner, die mit Eder und Matthäus zwei ihrer Neuzugänge einsetzten. Der Schiedsrichter bekannte im Spielbericht, daß er das erste Gelb für Pflügler vergessen hatte und ihn eigentlich nicht vom Platz stellen wollte. Bayern-Manager Uli Hoeneß: „Im Finale wie beim Bundesliga-Auftakt in Bielefeld ist Pflügler dabei."

GALOPP / Große Attraktion in Baden-Baden

Starjockey Saint-Martin gibt sich die Ehre

K. GÖNTZSCHE, **Baden-Baden**

Am 8. September 1941 kam in Agen in Südfrankreich ein nur 1000 Gramm schweres Baby auf die Welt. Die Ärzte äußerten Bedenken, das Kind am Leben zu erhalten. Aber der Junge entwickelte sich schnell zu einem robusten Burschen. Das 1000-Gramm-Kind von damals ist morgen der Star am Eröffnungstag der Internationalen Rennwoche auf der Galopprennbahn Iffezheim bei Baden-Baden: Yves Saint-Martin ist inzwischen 15facher Jockey-Champion von Frankreich, alle großen Rennen der Welt hat er gewonnen. Vergleiche mit Lester Piggott oder Bill Shoemaker sind durchaus legitim, auch wenn Saint-Martin erst 3000 Rennen gewonnen hat, während Piggott über 4000 und Shoemaker sogar mehr als 8000 Rennen als Sieger beendet hat. Große Siegesserien sind in Frankreich schwieriger als in England oder besonders in den USA.

Deutschland-Gastspiele des Jockey-Champions aus Paris waren in den letzten Jahren Seltenheit. Wenn sonntags in Deutschland die wichtigsten Rennen stattfinden, ist auch in Longchamp, Maisons-Laffitte, Saint-Cloud und Chantilly Hochsaison. So hat Saint-Martin das französische Derby in Chantilly allein siebenmal gewonnen. Bemerkenswert ist, daß er das englische Derby in Epsom schon 1963 mit Relko gewann.

Zweimal steht der Name Yves Saint-Martin in der Siegerliste des Preises des Winterfavoriten in Köln. Der ehemalige Kölner Rennbahn-Manager Egbert von Schmidt-Pauli schaffte es, den Franzosen zu Gastspielen in die Domstadt zu locken. 1967 gewann er mit Tamus das Rennen, 1970 saß er im Sattel der Siegerin Widschi. In Iffezheim stieg er zuletzt 1978 in den Sattel: Im Großen Preis von Baden ritt er den 28:10-Favoriten Montcontour, wurde aber nur vierter.

Sein erstes Rennen hat der Franzose am 26. Juli 1958 in Le Trembley im Sattel von Royalic gewonnen, bei seinem allerersten Ritt am 20. April 1958 in Soissons stürzte er, bis zum ersten Sieg brauchte er einige Versuche. Gelernt hat Saint-Martin beim legendären Trainer François Mathet. Vater Saint-Martin hatte an ihn geschrieben, eines Tages stand der kleine Yves mit abgewetztem Köfferchen schüchtern im Büro des großen Meisters, am 15. September 1955 begann er dort seine Ausbildung. Nach einem halben Jahr brach er bei einem Sturz beide Unterarme, er wollte den Job an den Nagel hängen. Aber die Selbstzweifel des späteren Champion-Jockeys wurden durch weitsichtige Freunde beseitigt, bereits 1960 gelang das erste Championat von Frankreich. Als sein bestes Pferd nennt er die Stute Allez France. Mit ihr gewann er 1974 den Prix de l'Arc de Triomphe in Paris. Er ritt trotz einer Knochenabsplitterung in der Beckengegend. Saint-Martin wollte Besitzer Daniel Wildenstein und vor allem die Millionen von Wettern nicht im Stich lassen. Insgesamt dreimal hat er den Arc gewonnen.

Aber Yves Saint-Martin hat in den letzten Jahren auch auf negative Art für Gesprächsstoff gesorgt. Im Dezember 1977 feierte er mit seiner Ehefrau Michèle die Neueröffnung eines Kabaretts. Auf der Heimfahrt nickte er frühmorgens um 5.30 Uhr am Steuer seines Cadillac ein, bei dem folgenden Frontalzusammenstoß kamen zwei Menschen ums Leben. Der Star-Jockey landete im Gefängnis von Pontoise. Das Luxusgefährt hatte ihm der libanesische Rennstallbesitzer Mahmoud Fustock geschenkt. Es wurde dann zwei Jahre sehr ruhig um den Jockey Yves Saint-Martin, zu allem Überfluß setzte er im Dezember 1980 einen Pkw erneut in den Graben. Aber diese Probleme sind inzwischen bewältigte Vergangenheit. Saint-Martin sorgt wieder im Sattel von einer Pferdestärke für Schlagzeilen. Seit geraumer Zeit gemeinsam mit seinem Sohn Eric, der den berühmten Vater im Endkampf sogar schon einmal besiegt hat.

In Iffezheim reitet er morgen im Oettingen-Rennen (Europa-Gruppe III, 76 500 Mark, 45 000 Mark dem Sieger, 1600 m) den dreijährigen Hengst Plucky Dancer. Von den elf Startern kommen sechs aus Trainingsquartieren in Frankreich, England und Irland. Das Oettingen-Rennen wurde 1983 durch den in England trainierten Hengst Drumalis gewonnen, bestes deutsches Pferd war der Drittplazierte Solarstern, der auch morgen an den Start geht.

STAND ● PUNKT

Nicht über die Provinz

Als elf deutsche Tennisspieler vor zwei Monaten an den Start gingen, erregte das wohlwollende Aufmerksamkeit. Denn meist glänzten die Deutschen durch Abwesenheit, die etablierten vier Damen (Hanika, Bunge, Pfaff und Kohde) ausgenommen.

Wenn am Montag die US-Open in Flushing Meadow beginnen, sind erneut acht Deutsche in der Hauptkonkurrenz. Die Heidelbergerin Myriam Schropp hat als Dritte der Warteliste gute Chancen, der anstrengenden Qualifikation zu entgehen. Der Verzicht des Mannheimers Boris Becker nach einer langen Verletzung erscheint nur sinnvoll. Die Damen, davon kann getrost ausgegangen werden, werden auch bei diesem großen Turnier in New York wie gewohnt eine gute Rolle spielen.

Dies ist den beiden auch für das erweiterte Daviscup-Team nominierten Herren bei aller Wertschätzung weniger zuzutrauen. Doch allein der Sprung ins kalte Wasser des schweren US-Circuits durch den Pinneberger Michael Westphal und den Bad Wörishofener Hansjörg Schwaier nötigt Achtung ab. Daß Westphal in Livingstone im Finale stand und Schwaier mit Smid, Slozil und Denton drei Klassespieler schlagen konnte, sollte für die jungen Talente hierzulande Ansporn sein.

Denn der Weg in die Weltspitze führt nur über die Spielpraxis bei gutbesetzten Turnieren. Wer nur bei Provinzveranstaltungen antritt und bei Schauturnieren ans Geld denkt, wird es nie schaffen. Die Damen haben es bereits vorgemacht.

DW.

ZAHLEN

SCHWIMMEN

Internationale Schwimm-Wettbewerbe in Moskau, dritter Tag, Herren: 100 m Freistil: 1. Smirjagin 50,26 Sek., 2. Markowskij (beide UdSSR) 50,39, 3. Lodziewski („DDR") 50,58, 4. Gery (CSSR) 51,25. – 200 m Rücken: 1. Zabolotnow 1:58,54 Min. (Weltrekord), 2. Schemetow (beide UdSSR) 1:59,54, 3. Richter 2:00,30, 4. Berndt (beide „DDR") 2:00,53. – Damen: 400 m Freistil: 1. Strauß („DDR") 4:07,66 Min. (Europarekord), 2. Lartischewa (UdSSR) 4:09,70 (UdSSR-Rekord), 3. Sonnenbrodt („DDR") 4:16,21, 4. Orosz (Ungarn) 4:22,03. – 100 m Rücken: 1. Kleber 1:00,99, 2. Otto (beide „DDR") 1:02,02, 3. Klotschko (UdSSR) 1:03,67, 4. Viragh (Ungarn) 1:04,09. – 4x100 m Freistil: 1. „DDR" (Otto, König, Friedrich, Meineke) 3:42,41 (Weltrekord), 2. UdSSR 3:44,31, 3. Bulgarien 3:55,42.

BASKETBALL

Basketball-Europameisterschaft der Juniorinnen in Toledo/Spanien, vierter Spieltag: CSSR – Deutschland 62:60. – **EM der Junioren in Schweden,** dritter Spieltag: Deutschland – Bulgarien 104:93.

RADSPORT

Holland-Rundfahrt für Radprofis, Stand nach Prolog und 1. Etappe: 1. Oosterbosch 3:09:32 Std., 2. Knetemann 28 Sek. zur., 3. van der Poel (alle Niederlande) 30, 4. Vanderaerden (Belgien) 32, 5. Pieters (Niederlande) 36, 6. Anderson (Australien) 43 . . . 31. Schlaphoff (Deutschland) 1:37 Min.

EISHOCKEY

Wurmberg-Eishockey-Pokal: Düsseldorfer EG – Polen 2:2 (1:0, 1:1, 0:1). – Tabellenstand: Polen 7:3 Punkte vor Dukla Iglau (6:4), Düsseldorfer EG (5:1), Kölner EC (4:2), ECD Iserlohn (2:4) und Rumänien (0:10). – **Freundschaftsspiel:** Mannheimer ERC – Rumänien 5:1 (1:0, 1:0, 3:1).

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: SV Baesweiler – Alemannia Aachen 1:6 (1:4).

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Kanada in Montreal, Damen, zweite Runde: Bunge (Deutschland) – Holladay (USA) 7:6, 7:6, Phelps (USA) – Hanika (Deutschland) 6:1, 6:4, Evert-Lloyd – Collins (beide USA) 6:0, 6:2.

Dregger: Zukunft hängt nicht an Honecker-Besuch

● Fortsetzung von Seite 1

stützung der Deutschen rechnen kann, der permanent gegen ihre berechtigten Interessen verstößt.

Dregger nahm in dem Interview auch zu anderen innenpolitischen Themen Stellung. Nachdrücklich rechtfertigte er das Vorgehen der Koalition im Zusammenhang mit dem *Kraftwerk Buschhaus. Es sei eine Lösung* gefunden worden, die für den Umweltschutz im Raume Buschhaus/Offenleben „optimal" sei und die „zugleich die nicht ersetzbaren Arbeitsplätze in einem wirtschaftlichen Problemgebiet an der niedersächsischen Zonengrenze sichert". In einem Stufenplan werde der Schadstoffausstoß sofort um 25 000 Tonnen auf 120 000 Tonnen abgesenkt, er werde ab 1. Juni 1987 unter 35 000 Jahrestonnen und ab 1993 auf etwa 9000 Tonnen zurückfallen. „Mit diesem Ergebnis bin ich zufrieden", sagte Dregger. Im Hinblick auf die ursprüngliche Entscheidung des Bundestages betonte Dregger: „Wir werden uns auch in Zukunft vorbehalten, technische Positionen im Laufe eines Entscheidungsprozesses zu verändern, wenn wir dadurch schneller und besser zum Ziel eines optimalen Umweltschutzes kommen können."

Auf die Frage, wie er die „Lage der Koalition am Ende der Sommerpause" beurteile, antwortete Dregger: „Die Sommerpause ist vor allem ein Problem für die Medien." Obwohl in Bonn wenig geschehe, müßten sie für die Konsumenten interessant bleiben. „Was man unter diesen Umständen aus Buschhaus gemacht hat, ist erstaunlich. Das ausgezeichnete Ergebnis unserer Bemühungen geriet völlig in Vergessenheit. Interessant waren nur noch die Umwege, auf denen wir es erreicht haben."

Die Sachergebnisse der Politik dieser Bundesregierung nannte Dregger „beachtlich". Das Direktorium des Internationalen Währungsfonds habe diese Politik als „optimale Kombination von konsequent betriebener Konsolidierungspolitik, flexibler Geldpolitik und systematischer Strukturanpassung" gewürdigt. „Seit 1983 haben wir die niedrigsten Ausgabenzuwächse *aller Industrieländer* der Erde", die Geldentwertungsrate sei auf 2,2 Prozent gesunken. „Die unsinnigen Arbeitskämpfe bei Metall und Druck haben uns geschadet, aber nicht zu Fall gebracht."

Ferraros Finanzgebaren bleibt weiter in der Diskussion

Mondales Kandidatin verteidigt sich engagiert / Zweistündige „Inquisition"

THOMAS KIELINGER, Dallas

Unter den Scheinwerfern der nationalen Fernsehanstalten gab Geraldine A. Ferraro, die von Walter Mondale erwählte Vizepräsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei, am Dienstag zwei Stunden lang Auskunft über ihre und ihres Mannes Einkünfte und Geschäfte in den zurückliegenden sechs Jahren.

Der Auftritt der Politikerin in einem Hotel ihres New Yorker Heimatdistrikts Queens war der vorläufige Höhepunkt einer wochenlangen Kontroverse, in der sich Ms. Ferraro und ihr Mann, John Zaccaro, gegen Vorwürfe zweifelhaften Geschäftsgebarens verteidigen mußten.

Ferraros Pressekonferenz kam einen Tag, nachdem ihr Wahlkampfbüro eine komplette Dokumentation der Einkommenssteuererklärungen der beiden Eheleute aus den vergangenen Jahren (vergl. WELT v. 22. 8.) vorgelegt hatte. Daraus ging hervor, daß Mrs. Ferraro und John Zaccaro einen relativ hohen Prozentsatz an Einkommensteuer gezahlt, jedoch aufgrund eines Berechnungsfehlers für das Jahr 1978 über 50 000 Dollar zu wenig Steuern entrichtet hatten.

Die aufgedeckten Steuererklärungen enthielten keine ausreichende Information über weitere Geschäftsinteressen, die John Zaccaro, der Ehemann, in seinen verzweigten Partnerschaften besitzt. Diese zu enthüllen ist der Mann der Politikerin nicht verpflichtet. Er und seine Frau gaben lediglich an, zusammen ein Nettovermögen von 3,78 Millionen Dollar Wert zu besitzen. Die Pressekonferenz der Ferraro brachte keine neuen Fakten an den Tag; dafür nahm die Kongreßabgeordnete ausgiebig Gelegenheit, zu erläutern, warum sie und ihr Mann ihre jeweilig finanziellen Angelegenheiten nahezu gänzlich voneinander getrennt gehalten haben. Sie wisse zu wenig über den Umfang der Geschäfte ihres Mannes, sagte Ferraro.

Mehrfach entschuldigte sie sich für die entstandene Kontroverse und für manche mißverständlich deutbaren Handlungen des Ehemannes John Zaccaro. Die zweistündige Inquisition durch die Presse ließ Ferraro zunehmend zuversichtlich erscheinen. Am Ende erhielt sie für ihre Vorstellung eine Runde starken Applaus.

Ungewiß bleibt, wieviel sich die Politikerin durch ihren beachtlichen TV-Auftritt für die Zukunft geholfen hat. Sie halte das Mondale-Ferraro-Team nicht für angeschlagen, sagte sie. Dies aber wird von den meisten Beobachtern bestritten. Die Presse forscht weiter in den Einzelheiten der Geschäftsgepflogenheiten des Ehepaares Zaccaro–Ferraro. Gleichzeitig bleibt der Vorwurf bestehen, Walter Mondale und seine Berater hätten nicht ausreichend gründlich Mrs. Ferraros Hintergrund eruiert.

Kohl wirbt um Ausbildungsplätze

„Wir müssen noch einmal zulegen" / Kein Hinweis auf staatliche Anreize

PETER PHILIPPS, Bonn

Wenige Tage, bevor die Arbeitsämter ihre Karteien „bereinigen" und damit zu verläßlicheren Zahlen über die tatsächlich noch unversorgten Lehrstellen-Bewerber kommen, hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl selbst intensiv in die Werbung für ausreichend Ausbildungsplätze eingeschaltet. Er hat an alle, „die für die Ausbildung junger Menschen Verantwortung tragen", appelliert: „Wenn wir für die Zukunft unserer Kinder und damit für unsere eigene Zukunft etwas tun wollen, dann müssen wir handeln – und zwar jetzt."

Der Kanzler hielt sich in der Lehrstellen-Debatte dieses Jahres bisher weitgehend zurück, nachdem er sich im Vorjahr persönlich für ein ausreichendes Angebot verbürgt hatte. Doch nachdem die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit in den vergangenen Monaten immer stärker ei*ne fast dramatische Situation an die* Wand malten und sich selbst Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit mahnenden Worten an die politisch Verantwortlichen gewandt hatte, hielt es Kohl offenbar für notwendig selbst in die Schanze zu springen. Hinzu kam wohl auch eine nicht ganz glückliche öffentliche Darstellung durch die zuständige Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms.

Es fällt auf, daß Kohl mit keinem Wort in dem unter seinem Namen erscheinenden Mahn-Artikel im „Handelsblatt" auf von Weizsäckers Appell eingeht. Der Präsident hatte nicht nur die Wirtschaft zu vermehrten Anstrengungen aufgefordert, Ausbildungsplätze zu schaffen, sondern darüber hinaus vom Staat die Schaffung von Anreizen für weitere Lehrstellen gefordert. Die SPD-Opposition in Bonn griff die Präsidenten-Worte dankbar auf, während Frau Wilms versuchte, durch Interpretationen den Appell von Weizsäckers auch mit der Regierungslinie in Deckung zu bringen, daß die Bundesregierung kein Sonderprogramm oder andere kostenträchtige Lehrstellen-Beschaf*fungsmaßnahmen* ergreifen werde. Schließlich habe der Bund seinen Teil mit der erheblichen Steigerung des Ausbildungs-Angebots in den bundeseigenen Betrieben geleistet. Alles andere, da sei man sich auch mit den Ministerpräsidenten einig, sei dann Ländersache.

Kohl hält diese Linie – wie bisher die gesamte Union außer dem ehemaligen Arbeitsminister Hans Katzer – in seinem Appell jetzt auch nahtlos durch: „Wir alle wissen, daß in diesem Jahr noch einmal zugelegt werden muß, daß diesmal 735 000 Jugendliche oder sogar mehr auf die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft angewiesen sind. Es muß gelingen, die große Gemeinschaftsleistung des letzten Jahres zu wiederholen und sie sogar noch zu übertreffen." Aber im Unterschied zu seiner Ministerin greift er an keiner Stelle das Thema staatlicher Anreize auf – weder positiv noch negativ.

212 900 lautete die letzte Angabe der Bundesanstalt für Arbeit über noch nicht vermittelte Lehrstellen-Bewerber. Nach allen Erfahrungen ist diese Zahl weit überhöht, da sich seit *Jahren die Tendenz zeigt, daß immer* mehr Jugendliche über die Arbeitsämter nach Ausbildungsplätzen suchen, aber immer weniger Firmen dort ihre Angebote hinterlegen.

Seite 2: Leerstunde am Rhein

Zukunftsplanung der Bundeswehr: 450 000 Mann in Friedenszeiten

Künftig 18 Monate Grundwehrdienst? / Einsatz von Frauen nicht ausgeschlossen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Eines der ersten Themen, mit denen sich Bundeskanzler Kohl nach Rückkehr aus seinem Urlaub nächste Woche beschäftigen wird, soll die Planung der Bundeswehr sein. Verteidigungsminister Wörner, der die Unterlagen zur „gesamtplanerischen Bestandsaufnahme" vom vergangenen Montag an seinen Urlaubsort mitgenommen hat und sie nochmals durcharbeitet, will dem Regierungschef schon Anfang nächster Woche ein Gesamtkonzept für die Zukunftsgestaltung der Streitkräfte vorlegen, das nach Angaben informierter Kreise geeignet ist, die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr bis an die Schwelle des nächsten Jahrhunderts zu sichern.

Diesem Vorschlag des Verteidigungsministers an den Bundeskanzler sind auf der Hardthöhe planerische Untersuchungen vorausgegangen, wie sie nach Aussagen von Beteiligten intensiver und gründlicher wie *kaum je waren. Als der für die Planung* der Bundeswehr Verantwortliche legte der Generalinspekteur dem Minister eine Reihe von möglichen Modellrechnungen vor, mit deren Hilfe der Personalumfang der Bundeswehr trotz des besonders im nächsten Jahrzehnt rapiden Rückgangs der Geburtenjahrgänge an wehrpflichtigen jungen Männern („Pillenknick") einigermaßen aufzufangen sei. Gegenstand der Untersuchung war die Frage, mit welchen Mitteln im Frieden die Stärke der Bundeswehr bei den gegenwärtig 495 000 Mann oder 450 000, schließlich bei 430 000 oder auch nur 400 000 Mann zu halten sein könnte.

Wörner will ergänzen

Die Nachrichtenagentur dpa berichtete gestern, als Ergebnis der Diskussion der verschiedenen Optionen habe sich eine Präferenz für das Modell 450 000 Mann ergeben. Nach Informationen der WELT ist damit zu rechnen, daß Wörner tatsächlich diese Option in ihrer Substanz akzeptieren dürfte, darüber hinaus aber entscheidende Ergänzungen hinzufügen wird. Sie beziehen sich auf eine wesentliche Steigerung des Anteils von längerdienenden Soldaten und auf eine Heranziehung von Reservisten auch im Frieden, wie das in der Geschichte der Bundeswehr ohne Beispiel ist. In dem Modell 450 000 Mann im Frieden ist auch durchgerechnet worden, daß mit Hilfe zusätzlicher rund 6000 freiwillig längerdienender Soldaten und weiterer rund 15 000 Reservisten, die zu mehrwöchigen Übungen in die Truppe gerufen werden, die Stärke der Armee auf mehr als 470 000 Mann ausgeweitet werden kann.

Ausbilder fehlen

In der Analyse der verschiedenen Optionen spielte bei General Altenburg die Länge des Grundwehrdienstes eine zentrale Rolle. Auch die Möglichkeit, ihn von heute 15 auf 20 Monate zu verlängern, wurde überlegt und ernsthaft in der Planungskonferenz diskutiert, allerdings allein mit der Zielsetzung zu versuchen, in Friedenszeiten die Stärke von 495 000 Mann zu halten. Dies wurde allerdings verworfen, als die Fachleute zu bedenken gaben, daß in einem solchen Falle der stark vergrößerten Gruppe von Rekruten eine nicht ausreichende Zahl von längerdienenden Ausbildern gegenüberstünde. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wehrpflichtigen-Anteil und Längerdienern/Berufssoldaten gilt ein Verhältnis von 40 zu 60 Prozent. Ver*schiebt sich dieses Verhältnis hin zu* den Rekruten, fehlen die Ausbilder. Dieser Zusammenhang gilt auch für das wahrscheinlich von Wörner favorisierte Modell von 450 000 Mann plus 6000 längerdienende Ausbilder plus 15 000 Reservisten.

Nachdem die Option 20 Monate Grundwehrdienst fallengelassen worden war, konzentrierte sich die Runde auf eine Verlängerung auf 18 Monate. Sie erlaubt es dem Vernehmen nach, das Modell „450 000 Mann plus" bis Mitte der neunziger Jahre zu sichern. Danach sinkt die demographische Kurve allerdings weiter so ab, daß dieser Umfang nur zu halten ist, wenn sich die Bundeswehr dann für den Dienst freiwilliger weiblicher Soldaten öffnet. Angesichts der langen Zeitspanne sehen die Planer keine besonderen Schwierigkeiten, die Armee organisatorisch und mit Hilfe baulicher Veränderungen in den Kasernen auf den Dienst von rund 15 000 längerdienenden freiwilligen Frauen vorzubereiten. Die Zeit dränge also nicht, hieß es.

Nach Informationen der WELT gilt dies auch für den Diskussionspunkt, die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate einzuleiten. Die Novellierung des Wehrpflichtgesetzes muß in den nächsten Jahren nur so rechtzeitig den Bundestag passieren, daß 1989 die ersten Rekruten mit der auf eineinhalb Jahre verlängerten Grundwehrdienstzeit in die Kasernen gerufen werden können. Erfahrungsgemäß dauert ein Novellierungsverfahren allenfalls ein Jahr, so daß die christlich-liberale Koalition Gelegenheit hätte, die Novellierung schon 1985 zu realisieren und sie damit aus dem Wahlkampf vor der nächsten Bundestagswahl, die für Februar 1987 zu erwarten ist, herauszuhalten.

Nachdrücklich haben Experten der Bundesregierung darauf verwiesen, daß die Verlängerung auf 18 Monate bereits alle anderen Maßnahmen zur Erhöhung des Rekrutenanteils voraussetzt.

Kriterien verändern

Dazu gehören unter anderem die Veränderung der Tauglichkeitskriterien für die Wehrpflichtigen (rund 9000 Mann jährlich mehr) oder die Heranziehung auch solcher junger Männer zum Wehrdienst, die zur Polizei, zum Bundesgrenzschutz oder zu anderen Hilfsdiensten gehen und deshalb heute vom Militärdienst befreit sind. Das erhöht den Rekrutenumfang weiter um 8000 bis 9000 Mann. Schließlich sollen auch alle Einzelkinder und bislang als im elterlichen Betrieb oder sonstwie unabkömmlich geltenden jungen Männer keine Ausnahmeregelung mehr genießen.

Informierte Kreise wiesen darauf hin, daß das wahrscheinlich favorisierte Modell „450 000 Mann plus" ermöglicht, die gegenwärtige Struktur der Bundeswehr beizubehalten, so daß die Bundeswehr als Teil der NATO-Vorneverteidigung ihr volles Gewicht behalte. Die drei Heereskorps mit den Führungsebenen Division und Brigade sollen erhalten bleiben.

Es kann nur besser werden

Mk. – Nach dem Rückgang im ersten Halbjahr kann es im innerdeutschen Handel nur besser werden. Wenn der Warenaustausch wieder den Anschluß an den mehrjährigen Trend gewinnt, dann werden auch die Lieferungen aus der Bundesrepublik erneut wachsen. In den ersten Monaten 1983 hatte die „DDR", um die Verschuldung im Griff zu behalten, in der Bundesrepublik selbst solche Produkte wie Getreide geordert, die hier erheblich teurer sind, weil es die hohen EG-Exporterstattungen im innerdeutschen Handel nicht gibt. Aber damals waren die knappen Devisen das entscheidende Kriterium. Und die müssen im deutsch-deutschen Handel mit seinem Verrechnungssystem nicht eingesetzt werden.

In diesem Jahr ist die Verschuldungssituation der „DDR" entspannter, sie kann daher wieder dort kaufen, wo es preislich günstiger ist. Da sie gleichzeitig ihre Lieferungen in die Bundesrepublik forciert hat, war der Überschuß die zwingende Folge.

Auf den gründen sich jetzt in erster Linie die Hoffnungen. Wegen des Verrechnungssystems können diese Beträge nur in der Bundesrepublik verwendet werden, zum Kauf neuer Produkte oder zur Rückzahlung von Schulden. Im ersten Halbjahr wurden die Verbindlichkeiten reduziert, was angesichts der Probleme, vor denen die „DDR" steht, denen nicht sinnvoll erscheint, die im Handel engagiert sind. Überdies haben in jüngster Zeit wieder Kontakte auch über Anlagelieferungen stattgefunden, was als eine größere Kaufbereitschaft der „DDR" gewertet wird. Mehr als Hoffnungen sind das nicht.

Hypotheken

ed. – Die Amerikaner bescheren unseren Häuslebauern eine Hypothekenverbilligung. Das klingt absurd, aber es ist so. Denn mit dem von den USA auch auf den deutschen Kapitalmarkt ausstrahlenden Zinsrückgang können die Hypothekenbanken jetzt längerfristige Gelder etwas günstiger einkaufen, Vorteile, die im Neugeschäft an die Kunden weitergegeben werden. Allzuviel bringt es zwar nicht, wenn sich zehnjährige Hypotheken von etwa 9,1 auf 8,9 Prozent effektiv verbilligen, fünfjährige von neun auf 8,7 Prozent, vierjährige von 8,95 auf 8,6 Prozent und Hypotheken mit zweijähriger Zinsbindung von etwa 8,6 auf 8,45 Prozent. Doch jede gesparte Mark zählt. Der seit zwei Wochen herrschende Abwärtstrend der Zinsen wird sicherlich die Hoffnung auf später noch billigere Hypotheken und damit die Neigung zu einer kurzfristigen (Zwischen-)Finanzierung verstärken. Doch das ist eine reine Spekulation. Und solche Spekulationen haben schon manche Häuslebauer viel Geld gekostet.

Kurskorrektur in Frankreich

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung betont, daß sie die Mitte 1982 eingeleitete und im März 1983 verschärfte „Politik der Strenge" fortsetzen wird. Aber während das Kabinett Mauroy aus außenwirtschaftlichen Zwängen das Steuer von Volksbeglückung auf Austerity herumwerfen mußte, steht das Kabinett Fabius vor der innenpolitischen Aufgabe, die in 18 Monaten anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung zu gewinnen.

Bei weiter schrumpfender Kaufkraft und zunehmender Arbeitslosigkeit können die Sozialisten dieses Ziel kaum erreichen. Um so weniger, als die Kommunisten inzwischen aus der Regierung ausgetreten sind. Die von ihnen beherrschte CGT, die größte Gewerkschaft des Landes, dürfte einen zunehmenden Druck auf die Wirtschaftspolitik ausüben.

So hat der neue Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Bérégovoy bereits erklärt, daß die Kaufkraft der Franzosen zumindest erhalten bleiben muß. Er will dies vor allem durch die Senkung der Einkommensteuern und Sozialabgaben erreichen. Außerdem erwartet der Minister, daß die Unternehmen die Produktivitätsfortschritte nicht nur zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sowie ihrer Selbstfinanzierungs- und Gewinnmargen verwenden, sondern auch an die Belegschaft weitergeben.

Zu diesem Zweck will die neue Regierung die Investitionstätigkeit der Industrie ankurbeln. Dadurch soll der Modernisierungsrückstand Frankreichs gegenüber dem Ausland überwunden und die Arbeitslosigkeit abgebaut werden.

Es kann daher angenommen werden, daß sich die Investitionsgüterkonjunktur stark belebt. Bei der gerade in diesem Bereich sehr großen Abhängigkeit Frankreichs von Importen besteht allerdings die Gefahr, daß sich die Außenhandelsbilanz erneut verschlechtert. Darauf hat die OECD in ihrem jüngsten Frankreich-Bericht ausdrücklich hingewiesen.

Tatsächlich müßte die immer noch defizitäre französische Leistungsbilanz Aktivsalden erbringen, um der Regierung zu erlauben, die gewaltig gestiegenen Auslandsschulden zu stabilisieren und wieder zurückzuführen. Die OECD-Experten empfehlen deshalb Paris, auf dem Restriktionskurs zu bleiben.

Gegen diese Empfehlung hat Bérégovoy Einwände erhoben. Insbesondere wandte er sich entschieden gegen die OECD-Ansicht, daß sich Frankreich für absehbare Zeit mit einer unter dem Durchschnitt der westlichen Industriestaaten liegenden Wachstumsrate begnügen müßte, da anderenfalls die Importe zu stark steigen würden. Der Minister hält eine durchschnittliche Expansionsrate für angemessen, schon um die hohe Arbeitslosigkeit besser zu bekämpfen.

Sind diese Erklärungen nur für den nationalen Gebrauch bestimmt? Immerhin geht die französische Regierung in ihrer Haushaltsplanung für 1985 von einer unterdurchschnittlichen Wachstumsrate aus. Dieser Haushalt soll sogar noch restriktiver sein als der laufende Etat. Andererseits hat die Regierung inzwischen ihre Kreditpolitik – wenn auch nur leicht – gelockert.

Man wird wohl noch die weiteren Entscheidungen abwarten müssen, um das Ausmaß ihrer Kurskorrekturen abschätzen zu können. Festzustehen scheint allerdings schon jetzt, daß Bérégovoy der Inflationsbekämpfung keine so hohe Priorität mehr einräumen wird wie sein Vorgänger Delors. Dieser wollte ursprünglich die Inflationsrate 1984 auf fünf Prozent begrenzen. Inzwischen liegt die amtliche Schätzung bei 6,5 Prozent. Wahrscheinlich aber wird man sieben Prozent leicht übertreffen.

Für den französischen Franc sind das keine sehr günstigen Perspektiven. Seit der letzten Paritätsbereinigung im Europäischen Währungssystem beträgt die Inflationsdifferenz gegenüber der Bundesrepublik bereits auf sieben Prozent. Eine neue Franc-Abwertung scheint danach wohl nur eine Frage der Zeit zu sein.

Aber auch in dieser Beziehung muß die neue Regierung an die Wahlen denken. Je später die Abwertung erfolgt, um so stärker müßte sie ausfallen und um so größer würde ihr innenpolitischer Effekt sein. Man sieht schon die Überschriften der Oppositionspresse: „Zum vierten Mal mußten die Sozialisten abwerten". Aber rechtzeitig beschlossen hätte die Paritätsbereinigung jedenfalls den Vorteil, daß sie den französischen Export fördert – solange im Ausland die Konjunktur gut bleibt.

KONSUMKLIMA / Hoffnungen vor der Frankfurter Herbstmesse

Ifo: Höhere Verbrauchereinkommen werden für rasche Belebung sorgen

INGE ADHAM, Frankfurt

Positive Impulse für den privaten Verbrauch macht das Ifo-Institut München aufgrund des erreichten „hohen Maßes an Preisstabilität" aus. Die Steigerungsrate der Verbraucherpreise von saisonbereinigt derzeit 1,5 Prozent – die nach Ifo-Einschätzung sich auch in den nächsten Monaten nicht beschleunigen dürfte – liegt anders als im vergangenen Jahr deutlich unter Steigerung der Nominaleinkommen.

Damit dürfte der private Verbrauch in diesem Jahr mit real 1,5 Prozent stärker steigen als sich im ersten Halbjahr ankündigte. In einer zum Auftakt der Frankfurter Herbstmesse (25. bis 29. August) vorgelegten Konjunkturstudie hält Ifo fest, daß sich das durch Streiks und Aussperrungen gebremste Verbrauchsklima im zweiten Halbjahr deutlich bessern dürfte.

Die Unternehmen bemühten sich, die während des Streiks eingetretenen Ausfälle in der Produktion aufzuholen. Dies wird zu Überstunden, Sonderschichten und Neueinstellungen führen. Das zusätzliche Geld in den Taschen der Verbraucher wird nach Ifo-Einschätzungen überwiegend in den Konsum fließen, und somit auch dem Einzelhandel, dessen Umsatzplus in den ersten sechs Monaten nach erfreulichem Jahresbeginn auf 0,5 Prozent schrumpfte, für den Rest des Jahres eine Belebung bringen.

Die zur Frankfurter Herbstmesse, der großen Konsumgüterschau, rechtzeitig vor dem Weihnachtsgeschäft anreisenden rund 70 000 Einkäufer aus dem Handel werden dies mit Freude registrieren, zumal auch die von den meisten Branchen angekündigten Preiserhöhungen im Rahmen der Preissteigerungsrate bescheiden bleiben.

Preisdruck wird es allenfalls bei Käufen aus den USA oder jenen Ländern geben, die in Dollar fakturieren. Bisher aber hat sich die Steigerung der Importpreise trotz der Dollar-Hausse noch in relativ bescheidenem Rahmen bewegt. Dafür hat auch gesorgt, daß die deutschen Einkäufer soweit wie möglich durchaus „preisempfindlich" reagiert haben. Bestes Beispiel dafür ist die Tatsache, daß Hongkong langsam von seinem ersten Platz als Lieferland für preiswerte Textilien rutscht.

Auf der anderen Seite begünstigt der hohe Dollar-Kurs die deutschen Exporteure. In einigen Branchen sorgte bisher einzig der Export für eine leichte Belebung. So betont die Porzellanindustrie in der Ifo-Branchenbefragung, daß die inländische Nachfrage bisher nicht einmal zum Abbau der zu hohen Fertigwarenläger ausgereicht habe; die Umsatzsteigerung von fünf Prozent im ersten Halbjahr stamme fast ausschließlich aus dem Export.

Ähnlich lautet der Tenor der Aussage der Produzenten von Wirtschaftsglas und Bleikristall. Mit einer Produktionssteigerung von rund zehn Prozent im bisherigen Jahresverlauf liegen sie freilich noch um einiges besser als die Porzellanhersteller. „Vornehmlich pessimistisch" sind dagegen die Hersteller von Bestecken und Tischgerät gestimmt, bei denen die Geschäfte bisher über die übliche Sommerflaute hinaus schlechter liefen als im Vorjahr; das gleiche gilt für die Produzenten von Haushalts- und Küchengeschirren.

Hart getroffen von den Auswirkungen der Arbeitskämpfe war das Kunsthandwerk, dessen kleine und kleinste Unternehmen das zahlenmäßige Gros der Aussteller auf der Herbstmesse stellen. An den Dingen, die nicht unbedingt gebraucht werden, wurde offensichtlich am deutlichsten gespart. Dazu erschweren wachsende Billigimporte den Verkauf am deutschen Markt.

Insgesamt werden rund 3500 Aussteller aus 58 Ländern auf der Herbstmesse ihr Angebot einem ebenso internationalen Einkäuferpublikum präsentieren. Gerade diese internationale Bündelung mache, wie Kaufhof-Einkaufsvorstand Karl-Josef Baum betont, die Messe für die Warenhäuser interessant.

Gleichzeitig läuft in Offenbach die internationale Lederwarenmesse, von der sich die schrumpfende deutsche Lederwarenindustrie Impulse erhofft.

AUF EIN WORT



„Die Wettbewerbsfähigkeit der Kreditinstitute wird auch künftig nicht primär durch die Technik, sondern entscheidend durch die Fähigkeit bestimmt, für die Beratung von Millionen von Firmen und Verbrauchern qualifiziertes Personal auszubilden."

Dr. Eckart von Hooven, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank
FOTO: FERDI HARTUNG

Modebranche im Aufwind

dpa/VWD, München

Die deutsche Modebranche sieht sich in leichtem Aufwind. Wie anläßlich der am 26. August beginnenden Münchner Mode-Tagen (MMT) mitgeteilt wurde, hat die deutsche Bekleidungsindustrie in den ersten vier Monaten 1984 ihre Umsätze mit 7,9 Mrd. Mark um 8,7 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gesteigert. Bei der Damenoberbekleidung liegt das Plus mit 4,2 Mrd. Mark sogar bei 12,9 Prozent. Die Zahl der Betriebe in der Bekleidungsindustrie sei um 4,1 Prozent auf 2 564 zurückgegangen, die Zahl der Beschäftigten auf 193 000 (minus 2,3 Prozent). Die Umsatzsteigerung wird auf Exporterfolge aufgrund des starken Dollar zurückgeführt.

WIRTSCHAFTSLAGE

HWWA: Bonn entfernt sich von richtigen Einsichten

HANS-J. MAHNKE, Bonn

„Der neue Kurs der Tarifpolitik beeinträchtigt mittelfristig die Beschäftigungschancen; er sollte nicht fortgesetzt werden", schreibt der Konjunkturexperte des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg, Hans-Jürgen Schmahl, in seiner jüngsten Wirtschaftsanalyse. Arbeitszeitverkürzung mit ihren Folgen für Arbeitskosten, Realeinkommen und Verfügbarkeit knapper Qualifikationen erschwerten die Behebung von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit. Sie sei nicht gesamtwirtschaftlich vertretbar.

Einen wachstumspolitischen Rückschlag habe es auch in der Finanzpolitik gegeben. Die neuen Subventionen in der Landwirtschaft bedeuteten eine Abkehr von den als notwendig erkannten Prinzipien. Die Steuerreform sei wachstumspolitisch enttäuschend. Die Wirtschaftspolitik entferne sich vom Leitbild der Vertrauensbildung; bezeichnend dafür seien auch die jüngsten Anflüge von Aktionismus. „Eine Rückbesinnung auf die ursprünglichen wirtschaftspolitischen Ankündigungen der Bundesregierung ist dringend erforderlich", mahnt Schmahl. „Die Probleme unserer Wirtschaft sind nicht mit der Konjunkturpolitik zu lösen", hält er jenen entgegen, die jetzt bereits über Anregungen wie in der Form des Schuldzinsenabzugs nachdenken. Hauptaufgabe bleibe die Verbesserung der Wachstumsbedingungen.

Trotz der Rückschläge durch die Streiks dürfte das reale Wachstum im zweiten Halbjahr ausreichen, um für 1984 noch eine Zuwachsrate von 2,5 Prozent zu erzielen. Für 1985 erwartet er nur noch ein Wachstum von rund zwei Prozent.

AUTOINDUSTRIE

Importeure legten bei den Neuzulassungen kräftig zu

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Inlandsnachfrage nach Personenwagen aus deutscher Produktion bewegte sich im Juli auf dem Durchschnittsniveau der zurückliegenden Monate, während die Auslandsmärkte sichtlich zurückhaltender disponierten. Nach Mitteilung des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) beginnt sich die deutsche Fertigung nach siebenwöchigem Arbeitskampf in der Metallindustrie zu erholen.

Die Steigerung der Pkw/Kombi-Produktion um 20,8 Prozent auf knapp 256 000 Einheiten hängt jedoch damit zusammen, daß bei einigen Herstellern die traditionellen Werksferien in die Streikphase vorgezogen wurden und teilweise weiterproduziert worden ist. Mit 2,17 Millionen Kraftwagen lag die Produktion in den ersten sieben Monaten allerdings um 10 Prozent unter dem Vorjahr. Der Export fiel seit Januar um acht Prozent auf 1,17 Millionen Pkw und auf 85 700 (95 000) Nutzfahrzeuge.

Interessant ist die streikbedingt erstarkte Position der ausländischen Anbieter bei den Neuzulassungen. Während die Zulassungszahl der ersten sieben Monate gegenüber 1983 um 4,1 Prozent auf knapp 1,52 Millionen Pkw zurückging, wuchs der Ausländeranteil an den Neuzulassungen von 26 auf 30,7 Prozent. Dabei vermochten die Japaner ihren Anteil von 10 auf 12,3 Prozent zu steigern, die Franzosen ihren Anteil von 7,3 auf 7,9 Prozent, die Italiener von 4,6 auf 5,2 Prozent. Unter den deutschen Anbietern fiel VW/Audi von 28,6 auf 27,5 Prozent, Opel – besonders stark vom Streik betroffen – von 18,2 auf 15,3 Prozent, Daimler von 9,7 auf 8,8 Prozent. BMW blieb bei 6,5 Prozent, Porsche bei 0,5 Prozent, Ford legte infolge der Produktionsflexibilität von 10,4 auf 10,8 Prozent leicht zu.

INNERDEUTSCHER HANDEL

Die „DDR" kaufte sehr viel weniger Investitionsgüter

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der innerdeutsche Handel ist im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem Vorjahr um fünf Prozent auf 7,5 Milliarden Mark geschrumpft. Dabei sanken die Lieferungen aus der Bundesrepublik um 19 Prozent auf 3,495 Milliarden, die der „DDR" stiegen um zwölf Prozent auf 4,003 Milliarden Mark.

Diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Im ersten Halbjahr 1983 waren die Lieferungen in die „DDR" um 33 Prozent geklettert, weil Ost-Berlin damals verstärkt, um Devisen zu sparen, selbst solche Produkte in der Bundesrepublik orderte, die sie traditionell aus anderen westlichen Industriestaaten bezog.

Daher ergibt sich nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums bereits ein anderes Bild, wenn die Entwicklung 1984 mit dem ersten Halbjahr 1982 verglichen wird. Dann sind die Lieferungen aus der Bundesrepublik um acht, die Bezüge um 14 und der Handel um elf Prozent gestiegen. Gegenüber dem zweiten Halbjahr 1983 errechnet sich ein Zuwachs bei den Lieferungen von drei, bei den Bezügen von einem und beim Handel insgesamt von zwei Prozent.

Die „DDR" konnte im innerdeutschen Handel in den ersten sechs Monaten einen Überschuß von 508 Millionen Mark erwirtschaften. Im reinen Warenverkehr – die Dienstleistungsbilanz ist traditionell defizitär für die „DDR" – waren es sogar 875 Millionen Mark. Die Verschuldung der „DDR", einschließlich der Inanspruchnahme des Swing (kumulierter Aktivsaldo), sank dadurch von 4,1 Milliarden Mark Ende 1983 auf 3,6 Milliarden zur Jahresmitte und lag damit etwa auf den Niveau von 1978. Der Swing, dessen Höchstgrenze in diesem Jahr bei 690 Millionen liegt, wurde erst mit rund 100 Millionen ausgenutzt.

Kräftig gesunken sind die Lieferungen von Eisen und Stahl (um 53 Prozent auf 349,9 Millionen Mark) und die von NE-Metallen (um 16 Prozent auf 303,6 Millionen), aber auch von chemischen Erzeugnissen (um sieben Prozent auf 600,9 Millionen) und die von Textilien (um zehn Prozent auf 181,4 Millionen). Im Agrarbereich (minus 21 Prozent auf 446,8 Millionen) gingen vor allem die außergewöhnlichen Getreidelieferungen zurück. Unbefriedigend ist besonders der Rückgang bei den Lieferungen von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen, die bereits 1983 stagnierten. Dadurch nahm der Anteil der Investitionsgüter an den Lieferungen aus der Bundesrepublik weiter auf nur noch elf Prozent ab.

Im Gegensatz dazu haben sich die Lieferungen der „DDR" von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen mit plus 19 Prozent auf 290,4 Millionen Mark überdurchschnittlich entwickelt. Abgesehen von Eisen und Stahl konnte die „DDR" im gewerblichen Bereich ihre Verkäufe auf allen Sektoren um zweistellige Zuwachsraten ausdehnen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

ZVEI: Streik dämpfte den Aufwärtstrend

Frankfurt (dpa/VWD) – Die gute konjunkturelle Entwicklung der Elektroindustrie hat im Juni wegen der Arbeitskämpfe einen Rückschlag erlitten. Wie der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) in Frankfurt mitteilte, erhielt die Elektrobranche im Juni 2,5 Prozent weniger Aufträge aus dem Inland als im Juni 1983. Dennoch sei das Gesamtbild der ersten sechs Monate dieses Jahres gut: Das Auftragsvolumen sei im Vergleich zum 1. Halbjahr 1983 um 12,9 Prozent ist gestiegen. Besonders eifrig orderten laut ZVEI die Kunden aus dem Ausland: Von dort gab es 19,7 Prozent mehr Bestellungen als 1983. Den größten Anteil an der Auftragssteigerung verbuchte die Informations- und Kommunikationstechnik. So habe der Bereich Elektronische Datenverarbeitung ein Plus von 28,5 Prozent und der Bereich elektronische Bauelemente ein Plus von 53,4 Propzent verbucht.

Keine Rechtsänderung

Bonn (dpa/VWD) – Die Bundesregierung will keine weitere Schritte gegen Bauherrenmodelle und Verlustzuweisungsgesellschaften vornehmen. Dies hat das Kabinett am Mittwoch bekräftigt. Noch keinen Beschluß gab es über die dreimonatige Verlängerung des Mehrwertsteuervorteils beim Bauherrenmodell (Mehrwertsteueroption) über den 31. Dezember 1984 hinaus. Eine entsprechende Initiative wollen die Koalitionsfraktionen Ende September starten. Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) betonte, das Bauherrenmodell solle nicht vorzeitig ins Abseits gedrängt werden. Im Rahmen von Bauherrenmodellen würden in diesem Jahr voraussichtlich rund 32 000 Wohnungen fertiggestellt. Bei einem Bauvolumen von fast neun Mrd. Mark würden dadurch allein im Bauhauptgewerbe mehr als 60 000 Arbeitsplätze gesichert.

Auftragsrückgang am Bau

Wiesbaden (dpa/VWD) – Das Bauhauptgewerbe verzeichnete im 1. Halbjahr 1984 einen Auftragsrückgang um 4,7 Prozent gegenüber der vergleichbaren Vorjahresperiode. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, mußten die Firmen besonders im Wohnungsbau Einbußen hinnehmen: Hier gingen 15 Prozent weniger Aufträge ein als von Januar bis Juni 1983. Im Vergleich zum Monat Mai hat sich die Auftragslage im Juni dieses Jahres jedoch um 7,7 Prozent verbessert. Dem entspricht auch eine leichte Steigerung der Beschäftigtenzahlen von Mai auf Juni um 0,5 Prozent auf 1,11 Millionen.

Irland-Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Republik Irland legt auf dem internationalen Kapitalmarkt eine 300-Millionen-Dollar-Anleihe unter der Konsortialführung der Deutsche Bank AG, Frankfurt, auf. Die Verzinsung soll bei 3/16 Prozentpunkten über dem Londoner Interbankensatz (Libor) liegen, die Laufzeit bei bis zu 15 Jahren.

FDP zur Steuerfahndung

München (dpa/VWD) – Der mittelstandspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Josef Grünbeck, hat Bundesjustizminister Hans Engelhardt aufgefordert, schnellstens für klare Richtlinien in der Steuerfahndung zu sorgen. Zu Meldungen über die Steuerfahndung bei einer Düsseldorfer Filiale der Deutschen Bank schreibt der Abgeordnete, es müsse rasch für Rechtsklarheit gesorgt werden, damit das Bankgeheimnis erhalten bleibe.

Mehr Benzin verbraucht

Eschborn (dpa/VWD) – Der Absatz von Mineralölprodukten hat sich in der Bundesrepublik im 1. Halbjahr 1984 kaum verändert. Mit 50,2 Mill. Tonnen habe es ein Plus von lediglich 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gegeben, berichtete das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn am Mittwoch. Der Benzinverbrauch erhöhte sich - so das Bundesamt - im 1. Halbjahr gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,4 Prozent auf 11,6 Mill. Tonnen. Die Nachfrage nach Dieselkraftstoffen sei um zwei Prozent auf 6,6 Mill. Tonnen gestiegen.

BAUTÄTIGKEIT

Regionalgefälle verstärkt sich

dpa/VWD, Berlin

In der Bundesrepublik Deutschland besteht in der Bautätigkeit nach wie vor ein ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin in einer Untersuchung über die Perspektiven der regionalen Bautätigkeit feststellt, ist zu erwarten, daß die regionalen Ungleichgewichte fortbestehen und sich längerfristig noch vergrößern werden. In den südlichen Bundesländern – Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland – dürfte das Bauvolumen auch längerfristig zunehmen, im Norden – auf längere Sicht – allenfalls stagnieren. Die Zahl der Beschäftigten werde im Süden steigen, im Norden weiter sinken.

Langfristig dürfte das gesamte reale Bauvolumen in der Bundesrepublik mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von ein bis 1,5 Prozent zunehmen. Die Entwicklung im Wohnungsbau – ein Prozent jährliche Wachstumsrate – werde sich der zurückgehenden Bevölkerungszahl in den nördlichen Ballungszentren und dem teilweise beträchtlichen Bevölkerungszuwachs in den südlichen Ballungsgebieten anpassen.

Im Wirtschaftsbau – realer Zuwachs pro Jahr von ein bis zwei Prozent – wird sich nach Auffassung des DIW die Bautätigkeit nicht nur zugunsten der südlichen Bundesländer, sondern – wegen der Verlegung der wirtschaftlichen Aktivitäten auf dezentrale Standorte – aus den Ballungsgebieten mehr in die Randgebiete verlagern.

Auch im öffentlichen Bau mit jährlichen Zuwachsraten von bis zu ein Prozent dürfte sich das Süd-Nord-Gefälle vergrößern. Wegen der im Süden vergleichsweise besseren Wachstumsaussichten sei anzunehmen, daß sich dort auch die Finanzlage des Hauptinvestors, der Gemeinden, relativ verbessert. Auch wenn der Wirtschaftsbau stärker expandiere als der Wohnungsbau und der öffentliche Bau, bedeuten reale Wachstumsraten von jährlich wenig mehr als ein Prozent – so der DIW – einen anhaltenden Beschäftigtenrückgang im Baugewerbe der Bundesrepublik insgesamt. Über die Nachfrage nach Bauleistungen insgesamt könne somit kein Beitrag zur Minderung der Arbeitslosigkeit erwartet werden.

USA / Staatssekretär Beryl Sprinkel erläutert die Zeichnungsbedingungen der für Ausländer bestimmten Anleihen

Bonn zur Beseitigung der Kuponsteuer ermuntert

H.-A. SIEBERT, Washington

Durch die Streichung der 30prozentigen Kuponsteuer für Ausländer und die geplanten Spezialanleihen, die nur von ausländischen Investoren erworben werden dürfen, verspricht sich das US-Finanzministerium eine Zunahme der Kapitalimporte. Wie Staatssekretär Beryl Sprinkel gegenüber der WELT erklärte, „kann man über den Umfang nur spekulieren; er liegt aber bestimmt über dem Vorjahr".

„Wir betrachten es als ein Experiment und wissen nicht genau, wie die Märkte reagieren werden", fuhr Sprinkel, der im Schatzamt für internationale Angelegenheiten zuständig ist, fort. Auf Zahlungsbilanzbasis verzeichneten die USA 1983 einen Netto-Kapitalzufluß in Höhe von 32,2 Mrd. Dollar (mehr als 93 Mrd. DM). Im ersten Quartal 1984 waren es 4,7 Mrd. Dollar.

Inzwischen halten Ausländer, so Sprinkel, etwa zehn Prozent der öffentlichen US-Schulden, die bereits 1,5 Billionen Dollar übersteigen und wegen der riesigen Haushaltsdefizite weiter rasch zunehmen. Von dem Zehntel befinden sich wiederum drei Viertel in den Händen von Zentralbanken oder anderen staatlichen Organisationen.

Sprinkel ist gerade dabei, die Konfusion zu beseitigen, die in der vergangenen Woche bei der Bekanntgabe der für Ausländer bestimmten „Anlage-Bonbons" entstanden ist. So bestreitet er, daß die USA zu Inhaberpapieren zurückgekehrt sind, die eine totale Anonymität garantieren würden. Was die Treasury vorhat, erklärte Sprinkel in diesem Schritt:

1. Neben den anderen „üblichen" Emissionen bietet das Schatzamt „gezielte" (targeted) Notes und Bonds (mittel- und langfristige Schuldverschreibungen) ausschließlich für Ausländer an. Sie werden stets als solche gekennzeichnet. Anders als in Amerika enthalten die Papiere nicht halbjährliche, sondern jährliche Zinskupons.
2. Gebote werden nur von ausländischen Banken und Finanzinstituten, einschließlich amerikanischer Tochtergesellschaften, angenommen; nur sie werden auch zur Versteigerung in den USA eingeladen.
3. Das ausländische Institut gibt die Versicherung ab, daß der Käufer der Schatztitel kein amerikanischer Bürger oder in den USA lebender Ausländer ist.
4. Der Name des Erwerbers muß lediglich dann direkt bei der Treasury hinterlegt werden, wenn er sich die Notes und Bondes aushändigen läßt.

Diese Prozedur hat sich das Schatzamt ausgedacht, um mehr Auslandskapital anzulocken und gleichzeitig eine Steuerflucht von Amerikanern zu verhindern. Aus deutscher Sicht haben die Anleihen letztlich den Charakter von Inhaberpapieren. Das gilt nur bei amerikanischen Tochtergesellschaften wie Merill Lynch oder Prudential Bache nicht, die von der US-Steuerbehörde auch im Ausland zur Offenlegung ihrer Bücher gezwungen werden können.

Sprinkel machte auch klar, daß die 30prozentige Quellensteuer für Ausländer auf Kapitalgewinne in den USA nicht generell abgeschafft worden ist. Bezahlt werden muß sie nur dann nicht, wenn es sich um für Ausländer bestimmte, also „gezielte" Notes und Bonds mit dem Bankzertifikat handelt. Fehlt der Vermerk, daß der Käufer kein Amerikaner ist, werden wie in den USA erst einmal 20 Prozent des Zinsgewinns abgezogen.

In jedem Fall trägt das ausländische Institut, so Sprinkel, die Beweislast. Ihr Zertifikat muß bei jeder Zinszahlung erneut vorgelegt werden. Bei Verstößen kann das Schatzamt nicht nur einzelne Zinszahlungen, sondern alle Zinsforderungen der betreffenden Bank zurückhalten. Ende September will das US-Finanzministerium den Ausländern zunächst vierjährige Notes über ein bis zwei Milliarden Dollar anbieten. Bonds stehen noch nicht auf der Liste.

Laut Sprinkel müssen in Washington noch viele technische Details geklärt werden. Einen Schutz für Ausländer gegen eine neue Kuponsteuer oder frühe Rückrufe wird es nicht geben. Von Oktober 1985 an können auch sogenannte Off-budget agencies Spezialanleihen im Ausland placieren. Den Unternehmen wird dagegen die Emission von Inhaberpapieren im Ausland unter gleichen Voraussetzungen gestattet.

Beryl Sprinkel sieht in den Maßnahmen „keine Tricks, um Auslandsgeld in die USA zu holen". Sie dienten vielmehr der Liberalisierung und größeren Effizienz der internationalen Finanzmärkte, denen sich auch die Bundesrepublik anschließen sollte. Nach Sprinkel wäre die Abschaffung der deutschen 25prozentigen Kuponsteuer „eine gute Sache".

DAL / „Kapital & Wert" wehrt sich

Harte Arbeit für Ermittler

INGE ADHAM, Frankfurt

Mehrere Lastwagen voll Akten in Sachen Deutsche Anlagen-Leasing GmbH (DAL), Mainz, hat die Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen in Koblenz durch zehn Staatsanwälte und rund 100 Polizeibeamte in verschiedenen Gesellschaften und Privatwohnungen sichergestellt. Ausgelöst wurde diese Aktion durch den derzeitigen Vorstand der DAL (Vorsitzender Prof. Hans Wielens), der der Staatsanwaltschaft „verschiedene Vorgänge zur Prüfung" übergeben hat, um „endgültig einen Schlußstrich unter einige Fehlentwicklungen ziehen zu können". Daraufhin hat die Koblenzer Zentralstelle ein Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige der DAL eingeleitet.

Das Verdachtsmoment „Untreue zum Nachteil der DAL" gründet sich nach Angaben des zuständigen Oberstaatsanwaltes Sippermann auf die Prüfung zurückliegender Vorgänge. Dabei hätten sich Anhaltspunkte ergeben, daß die Beschuldigten bei Darlehensgewährungen an Dritte ihre Treuepflicht gegen die DAL verletzt haben. Der Schaden könnte nach den ersten Eindrücken der Staatsanwaltschaft bei rund 20 Mill. DM liegen. Die Prüfung der „außerordentlich umfangreichen Unterlagen" bis zur abschließenden Verfügung wird mehrere Monate in Anspruch nehmen.

Zwar nennt die Staatsanwaltschaft bisher nicht die Beschuldigten, die „unmittelbar oder mittelbar" an den durchsuchten Gesellschaften beteiligt seien, aber der Vorgang ruft die Vorgänge von Ende 1982 in Erinnerung. Damals mußte sich DAL-Gründer (und Vorstandsvorsitzender) Eberhard Kühl, von der RSB Vermögensanlagen GmbH (ehemals Geld & Wert) trennen, da den die DAL tragenden Banken die personellen Verflechtungen nicht mehr geheuer waren: RSB ist heute wie damals Kooperationspartner der Anlagegesellschaft Kapital & Wert eG, die bei ihren Kunden Geld für DAL-Projekte lockermachte und als deren Aufsichtsratsvorsitzender Kühl ebenfalls eine Zeitlang agierte.

Unabhängig vom Ausgang der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen hält es DAL-Chef Wielens für notwendig, „daß die seit Jahren bestehenden Gerüchte und Spekulationen um persönliche Verquickungen geklärt werden". Zunehmend laut geworden waren diese Gerüchte im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden immer größerer Verlustzahlen bei der DAL; derzeit werden zwischen 1,1 und 1,6 Mrd. DM genannt.

Uwe Gabbert, Vorstandsvorsitzender der Kapital & Wert, bei der 40 Beamte „Berge von Akten" einkassierten un die bereits seit Monaten in gerichtlichen Auseinandersetzungen mit der DAL wegen des Kooperationsvertrages steht, sieht sich damit einer „Vernichtungsstrategie" ausgesetzt und hat Strafanzeige gegen Wielens wegen falscher Anschuldigungen erstattet.

SPANIEN / Wirtschaft wächst schneller als erwartet

Export gibt Anregungen

dpa/VWD, Madrid

Angetrieben von einer fast 26prozentigen Exportsteigerung verzeichnete die spanische Wirtschaft im ersten Halbjahr 1984 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein reales Wachstum von 3,5 Prozent. Nach Angaben der spanischen Zentralbank lag das Wachstum damit sogar um einen Prozentpunkt über den Erwartungen der Regierung.

Die Exporte erhöhten sich um 43,2 Prozent (in heimischer Währung berechnet) beziehungsweise um 25,9 Prozent (auf Dollarbasis) gegenüber dem Vorjahreszeitraum, während die Importe um 3,9 Prozent (in Dollar) zurückgingen. Für 1984 wird insgesamt ein reales Wachstum der Exporte um zwölf Prozent erwartet.

Zu den Faktoren, die die spanische Wirtschaft positiv beeinflußt haben, zählen auch ein sich abzeichnendes Rekordergebnis im Tourismus und eine „Jahrhunderternte" in der Landwirtschaft, die vor allem die Getreideeinfuhren fast überflüssig machten.

Die Zahl der Arbeitlosen erhöhte sich nach Angaben des Arbeitsministeriums im Juli erneut um 10 618 Personen auf 2,4 Millionen Stellensuchende. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 18,2 Prozent.

Negativ wirkt sich auch die weitere starke Erhöhung der Staatsverschuldung aus, die das Zinsniveau in die Höhe treibt. Da sich inzwischen aber die Liquiditätsversorgung in der Wirtschaft verbessert hat, haben Banken jetzt die Herabsetzung der Kreditzinsen angekündigt, die derzeit selbst für erstklassige Kreditkunden noch bei 17 Prozent – normalerweise bei 18 bis 19 Prozent – liegen. Mit dem Anschwellen der Geldmenge gerät jedoch die Anti-Inflationspolitik der Regierung in Gefahr, die in diesem Jahr die Inflationsrate von elf auf acht Prozent herabdrücken will.

AUSTRALIEN / Geringeres Etatdefizit vorgesehen

Einkommensteuer gesenkt

dpa/vwd, Canberra

Einkommenssteuersenkungen um durchschnittlich 7,60 australische Dollar (18,60 DM) in der Woche, Steuerkonzessionen für Investitionen sowie ein auf 6,7 Mrd. Dollar (16 Mrd. DM) vermindertes Defizit sind die Hauptmerkmale des australischen Haushaltsplanes für das Finanzjahr 1984/85 (30. Juni). Die Ausgaben erhöhen sich um 13 Prozent auf 63,9 Mrd. Dollar.

Die Steuersenkung soll vor allem durch Einsparungen und durch eine neue zehnprozentige Verkaufssteuer auf australische Weine finanziert werden. Mit den Steuersenkungen möchte die Labor-Regierung in Canberra die Gewerkschaften weiterhin an das Anfang 1983 geschlossene Preis- und Lohnabkommen binden, die Wirtschaft stimulieren, den Konsum anregen und neue Arbeitsplätze schaffen. Um die Investitionstätigkeit der Wirtschaft anzuregen, sieht das Budget ferner verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für die Suche nach Mineralien sowie für neue Industrieanlagen vor.

Außerdem sollen Unternehmen unter gewissen Voraussetzungen Verluste in einem Geschäftszweig von den Gewinnen in einem anderen Zweig absetzen können. Finanzminister Paul Keating verwies bei Vorlage des Haushaltsplans im Parlament auf die Erfolge seiner Regierung: Australien habe in diesem Jahr mit zehn Prozent die höchste wirtschaftliche Wachstumsrate der westlichen Welt erzielt. Auch sei es gelungen, die Inflationsrate zu halbieren. Für das neue Finanzjahr erwartet Keating einen vierprozentigen Anstieg des Bruttoinlandprodukts und eine Inflationsrate von nur noch fünf Prozent. Vertreter der Gewerkschaften und der Wirtschaft äußerten sich im allgemeinen zufrieden mit dem Haushaltsplan.

ISRAEL / Währungsreserven bedrohlich geschrumpft

Notenbank mahnt Politiker

rtr, Jerusalem

Vertreter der Bank von Israel haben Besorgnis geäußert, daß sich die Politiker des Landes ungeachtet der drängenden wirtschaftlichen Probleme noch nicht auf eine handlungsfähige Regierung haben einigen können. Israel benötigt rasch eine neue Regierung, die die notwendigen Maßnahmen einleiten kann, andernfalls drohe das wirtschaftliche Chaos, erklärten Notenbankvertreter.

„Wir hatten gehofft, daß die Daten über den Rückgang der Devisenreserven den Politikern einen Schock versetzen und sie aufwecken", sagte Israel Igra, Leiter der Devisenabteilung der Bank von Israel. Unglücklicherweise habe sich die erwartete Reaktion nicht gezeigt.

In der vergangenen Woche war bekanntgegeben worden, daß Israels Devisenreserven im Juni um 670 Mill. Dollar gefallen sind, doppelt soviel wie ursprünglich von der Bank angegeben. Damit sind die Reserven des Landes auf rund 2,3 Mrd. Dollar geschrumpft. Sie liegen damit weit unter der Marke von drei Mrd. Dollar, die von den meisten Wirtschaftsexperten als Minimum angesehen werden.

Zentralbank-Chef Mosche Mandelbaum sagte, die Regierung hätte den Devisenrückgang über neue Auslandskredite auffangen können. Allerdings habe die Notenbank von einer solchen Maßnahme abgeraten, denn – so Mandelbaum – „neue Kredite lösen unsere Probleme nicht". Tatsächlich hat Israel nach Informationen aus Bankenkreisen jüngst extrem hohe Zinsen auf kurzfristige Bankenkredite zahlen müssen.

Nach Ansicht von Mandelbaum ist es dringend nötig, daß die neue Regierung die Ausgaben unverzüglich um 1,5 Mrd. Dollar kürzt, das sind etwa 11,5 Prozent der gesamten Staatsausgaben. Auch beim Rüstungsetat, den Sozialausgaben und den Subventionen muß nach Mandelsbaums Ansicht rigoros der Rotstift angesetzt werden.

Airbus: Konkurrenz für die Boeing 747

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem sich das europäische Flugzeugbaukonsortium Airbus Industrie im Bereich der Mittelstreckenflugzeuge auf dem Weltmarkt durchgesetzt hat, will es jetzt dem Langstreckenflugzeug Boeing 747 Konkurrenz machen. Zu diesem Zweck soll das Projekt „TA 11" verwirklicht werden. Nach seiner neuesten Fassung handelt es sich um ein Verkehrsflugzeug für 200 bis 300 Passagiere mit einem Aktionsradius von 10 000 bis 12 000 Kilometer.

Die an Airbus Industrie beteiligten Gesellschaften sollen, wie in Paris verlautet, der Entwicklung der TA 11 bereits grundsätzlich zugestimmt haben. Die erforderlichen Regierungsentscheidungen stehen aber noch aus. Erst vor einigen Monaten hatten Frankreich, die Bundesrepublik, Großbritannien und Spanien die Entwicklung des „kleinen" Airbus A 320 beschlossen.

Bei Airbus Industrie veranschlagt man den Weltbedarf an Langstreckenflugzeugen bis zum Jahre 2002 auf 1140 Einheiten. An diesem Markt würden Europa mit 35 Prozent, Nordamerika mit 23 Prozent und Asien einschließlich des pazifischen Raums mit 22 Prozent partizipieren. Schon deshalb könne man nicht Boeing das Quasimonopol (neben Douglas) überlassen.

CITROEN / Nach der Aufbesserung des Sozialplans:

Konflikt offenbar entschärft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Betriebsrat der zum privaten Peugeot-Konzern gehörenden französischen Automobilgesellschaft Citroën hat den ihm gestern von der Verwaltung vorgelegten neuen Sozialplan grundsätzlich positiv bewertet. Danach sollen 2417 Arbeitskräfte für zehn Monate unter Fortzahlung von 70 Prozent ihres letzten Bruttolohnes „beurlaubt" und auf neue Tätigkeiten umgeschult werden. Erst dann erlischt das Arbeitsverhältnis.

Solche Entlassungen auf Zeit sind bereits in der französischen Eisen- und Stahlindustrie eingeführt worden. Während dort aber der Staat die Kosten übernimmt, hat sich die Citroën-Verwaltung nunmehr bereit erklärt, zumindest die Lohnfortzahlung selbst zu tragen. Dies ist ein wesentliches Zugeständnis gegenüber ihren ursprünglichen Plänen vom Mai 1984. Damals wollte sie 6000 Arbeiter einfach entlassen.

Inzwischen war Citroën von der Regierung ermächtigt worden, 3000 Arbeitnehmer vorzeitig zu pensionieren. Außerdem haben über 500 Gastarbeiter unter Inanspruchnahme von Rückwanderungs- und Abfindungsprämien das Unternehmen freiwillig verlassen. Ob die jetzt vorgesehenen weiteren Freisetzungen von der Belegschaft akzeptiert werden, wird sich erst Ende August nach den Betriebsferien auf einer Urabstimmung zeigen.

Ursprünglich hatten die Gewerkschaften den Standpunkt vertreten, daß es bei Citroën überhaupt keine überschüssigen Arbeitskräfte gäbe. Dann forderten sie zur Aufrechterhaltung des Belegschaftsstandes die Verkürzung der Arbeitszeit. Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Allerdings wird der Erfolg der Umschulung bezweifelt. Mehr als die Hälfte der Belegschaft des von dem Plan besonders betroffenen Hauptwerkes von Aulnay-sous-Bois sind analphabetische Gastarbeiter. Gleichwohl gilt der Sozialkonflikt bei Citroën als entschärft.

PFLEGEKOSTEN / Private Krankenversicherer stellen neues Angebot vor

Noch Schwierigkeiten mit der Beitragshöhe

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach mehrmonatigen Vorarbeiten hat der Verband der privaten Krankenversicherung (PKV) gestern seinen Entwurf von Musterbedingungen für die Pflegekostenversicherung vorgestellt. Er sieht als Versicherungsfall die Pflegebedürftigkeit wegen Krankheit, Unfallfolgen, Mißbildungen oder Kräfteverfalls vor, und zwar nicht ausschließlich bei älteren Menschen. So ist auch der Abschluß dieser Pflegeversicherung ab Geburt vorgesehen, ein Aufnahmehöchstalter wird es nicht geben.

Die Pflegebedürftigkeit wird dann als gegeben angesehen, wenn die versicherte Person, so hilflos ist, daß sie „nach objektivem medizinischen Befund für bestimmte gewöhnliche und regelmäßig wiederkehrende Verrichtungen des täglichen Lebens in erheblichem Umfang täglich der Hilfe einer anderen Person bedarf".

Als mögliche Leistungen sind je nach Tarif, deren Gestaltung den einzelnen Krankenversicherern überlassen bleibt, vorgesehen:

- der Ersatz der nachgewiesenen Pflegekosten (begrenzt auf einen Höchstsatz pro Tag),
- ein Pflegetagegeld oder,
- eine Kombination von beidem.

Leistungen kommen je nach Tarifgestaltung in Betracht für

- ambulante Pflege, die im Vordergrund stehen soll (Pflegetagegeld) und
- stationäre Pflege in Pflegeheimen (Pflegekostenersatz, keine Hotelkosten).

Für das Pflegetagegeld werden der Höhe nach gestaffelte Tarifstufen angeboten, die Leistungshöhe wird nach der Schwere der Pflegebedürftigkeit abgestuft. Kinder erhalten frühestens vom fünften Lebensjahr an Leistungen. Keine Leistungspflicht besteht für Versicherungsfälle, die auf Kriegsereignisse, Vorsatz oder Sucht zurückzuführen sind. Bestehen Ansprüche auf Leistungen eines Sozialversicherungsträgers oder Unfallfürsorge, tritt die Pflegeversicherung nur für den restlichen notwendigen Teil der Aufwendungen ein.

Schwierigkeiten bereitet offensichtlich die Beitragsgestaltung, für deren Erarbeitung der PKV-Verband auf fremde Rechnungsgrundlagen zurückgreifen muß. Man geht (laut Zahlen von 1970 bzw. 1977) davon aus, daß es in der Bundesrepublik rund 1,6 Mill. zu Hause lebende pflegebedürftige Menschen gibt, daneben 970 000 Hilfsbedürftige unterhalb der Pflegebedürftigkeit (z. B. Blinde). Rund 260 000 Pflegebedürftige leben in Heimen.

Bei einer angenommenen Pflegehäufigkeit von fünf Prozent jeder Altersgruppe und der durchschnittlichen Pflegedauer von fünf Jahren kommt man bei einer Absicherung von 50 DM pro Tag durch den Versicherten auf dessen Bedarf von 4562,50 DM.

Als Anreiz für die eigenverantwortliche Absicherung der Pflege schlägt der PKV-Verband vor, die Beiträge den unbeschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben zuzuordnen. Die Musterbedingungen, die noch vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) gebilligt werden müssen, sind für die anbietenden Unternehmen das Mindestmaß des Versicherungsschutzes.

BAYER / Chemiekonjunktur in voller Fahrt

Prächtige Gewinnsteigerung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit fast auf allen Märkten ungebrochener Kraft setzt die Chemiekonjunktur auch im Geschäft der Bayer AG, Leverkusen, bislang ihren Aufwärtstrend fort. Vornehmlich mit Mengenkonjunktur, die weitere Ertragsbesserung aus der Kostendegression immer höher ausgelasteter Kapazitäten bringt.

So meldet nun diese mit 2,53 Mrd. DM Aktienkapital größte deutsche Publikumsgesellschaft nach schon gutem Vorjahr für das erste Halbjahr 1984 für ihr Weltgeschäft Steigerungen im Umsatz um 18,4 (1,5) Prozent auf 21,9 Mrd. DM und im Gewinn vor Steuern um 72,9 (19,1) Prozent auf 1,49 Mrd. DM, womit der Bruttogewinn nun eine Umsatzrendite von 6,8 (4,6) Prozent erreicht hat. Im Umsatz wie im Bruttogewinn dürfte Bayer damit die Spitzenposition im Dreigestirn der deutschen Chemie-Weltkonzerne – neben Bayer noch Hoechst und BASF – halten.

Die Bayer AG allein hat in diesem Halbjahr ihren Umsatz um 15,5 (3,3) Prozent auf 8,64 Mrd. DM und den Gewinn vor Steuern um 30,2 (20,1) Prozent auf 660 Mill. DM verbessert. Wichtige Quelle des Ertragsanstiegs war auch, daß die kräftig erhöhte Produktion mit einer leicht auf 60 448 (61 012) Mitarbeiter verringerten AG-Beschäftigtenzahl erzielt wurde, für die der Personalaufwand um 5,2 Prozent (in der gleichen Vorjahreszeit noch minus 0,1 Prozent) auf 1,94 Mrd. DM stieg.

Der im ersten Halbjahr auf 65,7 (63,5) Prozent und im zweiten Quartal allein auf 66,4 (63,6) Prozent gestiegene Exportanteil am AG-Umsatz reflektiert die Aussage des Vorstands, daß die Auslandsmärkte das meiste zur Geschäftsbelebung beitrugen. Hingegen habe sich beim Inlandsgeschäft im zweiten Quartal der Aufwärtstrend abgeschwächt.

Korrekturen an seiner in den letzten Jahren vorsichtigeren Investitionspolitik nimmt der Chemiekonzern in dieser Blütezeit noch nicht vor. Der Sachanlagenzugang ist für 1984 im Weltbereich mit 1,9 (1,87) und bei der AG mit 0,7 (0,51) Mrd. DM geplant.

NORDSEE-ÖL / Norwegen erwartet noch eine lange Gas- und Ölperiode – Große Bedeutung für deutschen Markt

Preiskrieg zwischen Opec und England beendet?

HANS BAUMANN, Oslo

Noch vor der Erschließung eines der größten Erdgasfelder auf dem norwegischen Festlandsockel, dem Feld Troll nordwestlich von Bergen auf der Höhe des 61. Breitengrades, dessen förderbare Kapazität auf „mindestens 1000 Milliarden Kubikmeter Erdgas" geschätzt wird, beginnt bereits das Tauziehen um Bezugsrechte und Preise für dieses Gas. Der Staatssekretär im norwegischen Energieministerium, Arild Rödland, umschrieb in einem Gespräch mit westdeutschen Wirtschaftsjournalisten den Stadpunkt Oslos so: „Ich kann Ihnen versichern, daß wir den höchsten Preis haben möchten, den wir bekommen können."

Ausgangspunkt der Diskussion um das Erdgas im Troll-Feld, das ungewöhnlich hohe Entwicklungskosten verursachen wird, war die Feststellung, daß die Öl- und Gaskunden der Norweger mit einem Steuerpaket von 86 Prozent bereits heute stark strapaziert werden. Nicht nur die Briten, sondern auch die potentiellen Abnehmer auf dem Festland über den Umschlagplatz Emden sind der Meinung, daß der norwegische Staat zur Entwicklung von Troll einen Steuernachlaß gewähren müsse. Auch hier ist Arild Rödland marktwirtschaftlich offen: „Das norwegische Parlament muß über die Steuer nachdenken, um im Markt zu bleiben."

Norwegen hat nach Rödland noch eine lange Öl- und Gasphase seiner Wirtschaft vor sich. Da man sich zum Ziel gesetzt hat, nicht mehr als 90 Mill. Tonnen Öläquivalent im Jahr zu exportieren, wovon zur Zeit kaum 60 Mill. Tonnen erreicht sind, werden die bisher nachgewiesenen Reserven länger als 100 Jahre reichen. Verkaufen, so Rödland, lassen sich diese Vorräte aber nur „in Abstimmung mit den Möglichkeiten des Marktes". Rödland ist sicher, daß sich der Gaspreis nie an dem F..is für Rohöl orientieren wird, sondern immer nur an den Wettbewerbspreisen für Heizöl, Kohle und später vielleicht auch einmal Elektrizität.

Auf die Frage, wann der saudi-arabische Ölminister Yamani nach Oslo – wie von ihm angekündigt – komme, antwortet man in Oslo: „Wir wissen es nicht." Eine Stimme ging sogar soweit zu sagen, daß er wahrscheinlich gar nicht kommen werde. Diese Vermutung bestätigt die Spekulationen am Ölmarkt, daß die Opec in Geheimgesprächen mit Großbritannien den Mengen- und Preiskrieg zwischen dem Golf und der Nordsee beendet habe. Nicht nur die Beruhigung des Ölmarkts scheint dies zu bestätigen, sondern auch die Vermutung in Oslo, Yamani werde sich die Reise nach Norwegen wohl sparen, „da der Preis für Nordseeöl ohnehin in London gemacht werde".

Die Bedeutung Norwegens für den deutschen Gasmarkt unterstrich der Chef der Ruhrgas AG, Klaus Liesen. Er teilte mit, daß Norwegen bereits zu 15 Prozent am westdeutschen Gasverbrauch beteiligt sei. Diese Menge könnte sich mit Troll leicht erhöhen, das vielleicht schon 1995 in Produktion gehe und einen Aufwand von 6 Mrd. Dollar erfordern werde. Zum Troll-Konsortium, das das Investitionsrisiko trägt, gehören Shell mit 35 Prozent, die norwegische Statoil mit 55 Prozent sowie Norskhydro und Stathydro mit je fünf Prozent.

Zu den Gerüchten, daß die Sowjets Gas-Dumpingangebote gegen Troll abgeben werden, sagt Liesen, das sei „Unfug". Ebenso unvernünftig wäre eine denkbare norwegische Forderung nach einem Sicherheitsbonus für Gas aus der Nordsee. Auch für Liesen hat der Gaskunde nur einen Pegel für seinen zahlbaren Preis: den Preis des Wettbewerbers. Auch für Troll werde, wenn es so weit komme, nur abgeschlossen, wenn ein Endverbraucherpreis herauskomme, der es dem Erdgas ermöglicht, seine Marktposition zu verteidigen.

Zur Ruhrgas sagte Liesen, daß sich sein Haus „auf keinen Fall" zu stark mit Gas eingedeckt habe. Der Markt habe jedoch das Interesse an Flüssigerdgas etwa aus Nigeria, Kanada und Marokko gedämpft. Dennoch ist er sicher, daß der erste Schritt zu einem Flüssigerdgasterminal in Wilhelmshaven noch vor dem Jahr 2000 gemacht werde. Die vertraglich gesicherten Mengen reichten aber aus, um in Ruhe den Markt zu beobachten. So hätten die Niederlande jetzt angeboten, die bestehenden Verträge bis zum Jahr 2010 zu verlängern.

BREMER BANKEN

Kreditvolumen stieg deutlich

W. WESSENDORF, Bremen

Das Kreditvolumen der 14 privaten Kredit- und Hypothekenbanken des Landes Bremen nahm im ersten Halbjahr 1984 weiterhin deutlich um 200 Mill. auf 19,9 Mrd. DM zu, gab der Bankenverband Bremen e. V. bekannt. Dabei spiegele der hohe Marktanteil von 61 Prozent im langfristigen Bereich auch die überregionale Geschäftstätigkeit der Deutschen Hypothekenbank und der Schiffahrtsbank wider.

Die langfristigen Ausleihungen nahmen in diesem Zeitraum um 400 Mill. auf 16,2 Mrd. DM zu, bei den kurzfristigen Krediten konnten die privaten Banken eine leichte Steigerung verzeichnen und mit 27 Mrd. DM oder 49 Prozent ihre Marktstellung im ersten Semester des Jahres behaupten. Anders sei die Entwicklung der Einlagen verlaufen, dabei habe sich vermutlich die Schließung der ADCA-Niederlassung Bremen im Dezember 1983 ausgewirkt. Insgesamt haben die privaten Banken mit 3,8 Mrd. DM knapp 27 Prozent aller Kontoguthaben bei sich verbucht. Der Verbandsvorsitzende Herbert Haardt: „Die 1983 beobachtete Tendenz setzt sich damit fort. Das Kreditvolumen wächst; Termin- und Spareinlagen nehmen zugunsten anderer Anlageformen ab."

NESTLE / Beteiligung an Darboven im Gespräch

Dallmayr bleibt selbständig

dpa/VWD, München/Hamburg

Die Alois Dallmayr KG, München, wird selbständig bleiben. Dies erklärt die Geschäftsleitung des mittelständischen Delikatessenhauses und Kafferösters zu Berichten, wonach sie Gespräche mit der Deutsche Nestle Erzeugnisse GmbH, Frankfurt, über eine Zusammenarbeit bei Röstkaffee führe. Die Gespräche waren von der Dallmayr-Mitgesellschafterin Ingeborg Wille bestätigt worden.

Nach Angaben der Geschäftsleitung soll die Zusammenarbeit „unter eventueller Beteiligung von Nestle" der Sicherung der Zukunft „in diesem überaus schwierigen Markt" dienen. An eine Übernahme des Stammhauses Dallmayr KG sei jedoch nicht gedacht. Die Gespräche würden unter Wahrung der Selbständigkeit von Dallmayr Röstkaffee geführt, heißt es weiter. Das Delikatessenhaus mit Stammsitz in München bleibe von den Verhandlungen unberührt. Dallmayr kommt mit rund 500 Mitarbeitern auf einen Jahresumsatz von schätzungsweise über 160 Mill. DM. Zu Berichten, wonach Nestle bereits die Übernahme beim Bundeskartellamt in Berlin angemeldet habe, erklärte Dallmayr, Anfragen an das Bundeskartellamt seien bei solchen Gesprächen üblich, weil diese sonst gegenstandslos werden könnten. Ein Antrag auf Übernahme der Alois Dallmayr KG sei aber nicht gestellt worden.

Die Deutsche Nestle hatte am Dienstag bestätigt, daß sie in zahlreichen Verhandlungen mit Kaffeeröstern in der Bundesrepublik stehe. Unter den genannten Firmen waren auch die J. J. Darboven, Hamburg, und die HAG GF AG, Bremen.

Während HAG GF einen Verkauf an Nestle gleich dementierte, schloß Albert Darboven, Mitinhaber der Kafferösterei Darboven, am Mittwoch auf Anfrage eine Beteiligung der Nestle-Gruppe an seinem Unternehmen nicht aus. „Warum nicht? Man kann über alles reden", sagte Darboven. Eine Mehrheitsbeteiligung beziehungsweise vollständige Übernahme lehne er jedoch ab.

RHEINMETALL-HV / Kapitalerhöhung angekündigt

1984 befriedigendes Ergebnis

dpa/VWD, Berlin

Die Maschinenbau- und Wehrtechnik-Gruppe Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf, wird „demnächst" von dem auf der letztjährigen Hauptversammlung beschlossenen genehmigten Kapital von 45 Mill. DM Gebrauch machen, womit sich das Grundkapital auf 135 Mill. DM erhöhen wird.

Dies kündigte Vorstandsvorsitzender Hans L. Hockel vor der Hauptversammlung in Berlin an. Zu den Konditionen der Kapitalerhöhung wollte sich Hockel nicht äußern.

Anläßlich der Kapitalerhöhung sollen – so Hockel – auch Aktien an die Belegschaftsmitglieder ausgegeben werden, wofür der Großaktionär, die Röchling Industrie Verwaltung GmbH, Mannheim, die mit mehr als 75 Prozent am Grundkapital beteiligt ist, auf die entsprechenden Bezugsrechte verzichten werde. Die Hauptversammlung beschloß bei einer Präsenz von 95,1 Prozent die Ausschüttung einer auf 7,50 (6) DM je 50-DM-Aktie erhöhten Dividende. Eine Dividendenprognose für 1984 wollte Hockel nicht geben.

Mit einem befriedigenden Ergebnis rechnet Rheinmetall für das Geschäftsjahr 1984, obwohl die Ertragslage im 1. Halbjahr nicht ganz einheitlich war. Belastungen durch den Arbeitskampf in der Metallindustrie hatten sich vor allem im Bereich Gebrauchsgüter (WMF AG) ergeben, die in der 2. Jahreshälfte auch nur teilweise kompensiert werden dürften.

Der Auftragseingang der Gruppe nahm in den ersten sechs Monaten mit 1,4 (1,29) Mrd. DM um 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, was in erster Linie vom Bereich Maschinenbau (Jagenberg AG) getragen wurde. Die Geschäftsentwicklung im Bereich Wehrtechnik (Rheinmetall GmbH) blieb hinter den Erwartungen zurück. Der Auftragsbestand der Gruppe betrug damit am 30. Juni 1,99 (1,97) Mrd. DM. Umgesetzt wurden im Berichtshalbjahr in der Gruppe 1,13 (1,11) Mrd. DM, wovon 40,6 (38,2) Prozent Auslandsanteil waren.

HOLZMANN-HV / Diskussion um Hochtief-Paket

Keine Lösung in Sicht

VWD, Frankfurt

Die Verwaltung der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, ist unverändert der Auffassung, daß die von dem Konkurrenten Hochtief AG, Essen, gehaltene 20-Prozent-Beteiligung nicht sinnvoll und für keinen der beiden Baukonzerne von Vorteil ist. Vor der Hauptversammlung bedauerte der Aufsichtsratsvorsitzende Wilfried Guth, daß für die Bereinigung dieses Themas bisher eine konstruktive Lösung nicht gelungen sei.

Den Vorschlag von Aktionären, dieses Paket ebenso wie die von Holzmann gehaltene Beteiligung an dem Münchner Baukonzern Dywidag in eine Holding nach dem Vorbild der Mercedes-Lösung einzubringen und an der Börse zu plazieren, wäre nach Guth „sehr schön", sei aber bei dem von Hochtief für die Holzmann-Beteiligung gezahlten Einstandspreis von etwa 500 DM je 50-DM-Aktie auch sehr schwierig. Immerhin seien aber alle Beteiligten weiter im Gespräch, ohne daß sich bereits eine Lösung abzeichne.

Vorstandschef Hermann Becker rechnet damit, daß die Bauleistung des Holzmann-Konzerns 1984 wieder den guten Vorjahreswert von 7,87 Mrd. DM erreichen und erneut ein befriedigendes Bilanzergebnis erwirtschaftet wird. In den ersten sieben Monaten zeigt die Bauleistung nach Becker zwar noch einen Anstieg um 14 Prozent auf knapp 8 Mrd. DM. Im zweiten Halbjahr sei aber mit einem Rückgang zu rechnen, zumal sich der Auftragsbestand im Konzern seit Anfang 1984 um 6 Prozent auf etwa 8,2 Mrd. DM verringert habe.

Die weiteren Aussichten stimmten skeptisch, da an den Baumärkten des In- und Auslandes für die nächste Zukunft kein Wachstum zu erkennen sei. Eine Ausnahme mache der US-Markt, wo die Holzmann-Beteiligungen in den ersten 7 Monaten mit einem Auftragseingang von 2 Mrd. DM erheblich besser abschnitten als im Vorjahr. Für 1983 erhalten die Holzmann-Aktionäre neben unverändert 10 DM Dividende pro 50-DM-Aktie zusätzlich 1 DM als Bonus.

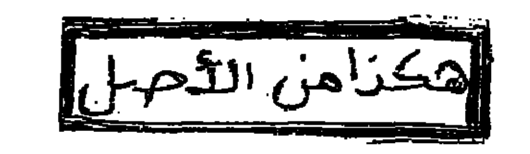
KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: „Hamburg-Haus" Bauelemente GmbH, Barsbüttel; **Baden-Baden:** Muba Bau Betreuungs GmbH u. Co. KG Bauunternehmung KG; **Bad Segeberg:** Sönke Scheffler, Inh. d. Autohauses Scheffler; **Bonn:** Marga Kolf; **Essen:** Ingeborg Schwachula GmbH & Co. KG; **Gelsenkirchen:** F. Lippe Stahlhandelsges. mbH, Dorsten; **Hannover:** H. Kreft Bau-GmbH; **Ibbenbüren:** Nachl. d. Friedrich Ickert; **Kassel:** Nachl. d. Günter Gliem, Vellmar; **Nidda:** Stahl- u. Metallbau Nidda Emil Lang GmbH & Co. KG; **Nürnberg:** Eva-Maria Knopp; **Plön:** Amalfi, Am Markt, Gaststättenbetriebsges. m. b. H., Preetz; **Recklinghausen:** WI-BO Bauträger GmbH, Herten.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Duisburg: Karl Riedel & Sohn KG.

Konkurs beantragt: Albstadt: J. Stefani GmbH, Ebingen.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Uni-Petrol-Süd GmbH & Co. KG, Ochsenfurt; **Neustadt/Weinstr.:** Friedrich Krasemann KG; **Neu-Ulm:** Schwaben Wäsche GmbH, Wäschefabrik u. Textilgroßhandlung, Günzburg; **Stuttgart:** Theodor Weber, Waldenbuch.


هكذا من الأصل

Rentenmarkt gut behauptet

Wenn sich die freundliche Tendenz des US-Bondsmarktes nicht in entsprechender Weise auf dem deutschen Rentenmarkt fortgesetzt hat, ist dies allein der weiteren Befestigung des Dollar zu verdanken. Er scheint die Anleger deshalb zu beunruhigen, weil er Anlaß zu Maßnahmen der Bundesbank liefern könnte. Immerhin lagen sowohl öffentliche Anleihen als auch Pfandbriefe und DM-Auslandsanleihen gut behauptet. Teilweise gab es sogar Kursheraufsetzungen. Im Verlaufe nahm die vorbörslich nur begrenzte Anlagebereitschaft wieder zu.

	22. 8.	21. 8.		22. 8.	21. 8.		22. 8.	21. 8.
M 5½ Bayer Hebu Pf 14	93,75G	93,75G	H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117	M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
8 dgl. Pf 20	82G	83G	6 dgl. 14	92G	92G	6 dgl. Pf 95	77G	77G
6¾ dgl. Pf. 2	97G	97G	6 dgl. 47	79	79	7 dgl. Pf 100	100,3G	100,3G
7 dgl. Pf 3	96,5G	96,5bG						
6½ dgl. KS 14	98,25G	98,25G	F 5 Helaba Pf 8	109G	109G	D 8 WestLB Pf 350	101G	101G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG	6 dgl. Pf 80	95,75G	95,75G	6¾ dgl. Pf 403	98,3G	98,3G
			8 dgl. Pf 73	101,3G	101,3G	9½ dgl. Pf 1007	106,95G	106,95G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G	4 dgl. KO 5	102G	102G	8 dgl. Pf 1015	100,4G	100,4G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G				7 dgl. KO 556	100,2G	100,2G
6 dgl. Pf 34	75,75G	75,75G	H 6 Hyp i.Hbg. Pf 96	92,5G	92,5G	6¼ dgl. KS 420	97,05G	97,05G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G	6½ dgl. Pf 80	91,6	91,6	9¼ dgl. KO 1301	105,95G	105,95G

Bankschuldverschreib.

F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100G
F 7¾ Bakala Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,9G	103,9G
10 dgl. Pf 108	108,3G	108,3G
7 dgl. KS 132	96,9G	96,9G
8 dgl. KS 155	100G	100G
9 dgl. KS 169	102,2G	102,2G

Bundesbahn

F 6 Bdbahn 78 III	11/84	100	100
6½ dgl. 79	2/85	100,05G	100,05

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Kupfer-, Kaffee- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Zurückgenommen wurden dagegen die Silbernotierungen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 8.	20. 8.
Sept.	344,00	338,00
Dez.	358,50	354,50
März	368,50	365,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	21. 8.	20. 8.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	228,00	226,05
Amber Durum	257,89	258,30

Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 8.	20. 8.
Okt.	126,90	125,80
Dez.	127,30	126,80
März	130,30	130,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 8.	20. 8.
Terminkontr. Sept.	146,90	145,60
Dez.	145,60	143,60
März	142,30	141,00

Kakao New York ($/t)	21. 8.	20. 8.
Terminkontr. Sept.	2260	2185
Dez.	2075	2012
März	2078	2020
Umsatz	4177	–

Zucker New York (c/lb)	21. 8.	20. 8.
Kontrakt Nr. 11 Sept.	3,95	4,00
Okt.	4,17	4,22
Jan.	4,70	4,75

Zucker London ($/t), Nr. 6	21. 8.	20. 8.
Okt.	–116,00	119,60–119,80
Dez.	124,40–124,80	128,00–129,00
März	139,80–140,00	144,00–144,20
Umsatz	2366	2814

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 8.	20. 8.
schw. Sarawak spez.	385,00	385,00
weißer Sarawak	655,00	655,00
weißer Muntok	662,50	662,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	47,70	52,50
Okt.	49,50	47,50
Dez.	51,35	49,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	54,80	56,27
Febr.	64,40	65,75
März	53,30	64,67

Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	550,00	575,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	212,50	216,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1140,00	1170,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	296,00	295,00

Kautschuk London (p/kg)	21. 8.	20. 8.
Nr. 1 RSS loco	61,50–64,00	62,00–64,00
Sept.	–	62,50–64,00
Okt.	62,00–65,00	63,50–65,00
Nov.	64,00–66,00	65,00–66,00
Tendenz: –		

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	21. 8.	20. 8.
Aug.	13 400	13 401
Sept.	13 203	13 397

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	22. 8.	21. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	382	381
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	428–431	428–429
MS 63	413–417	411–417

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stuck, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

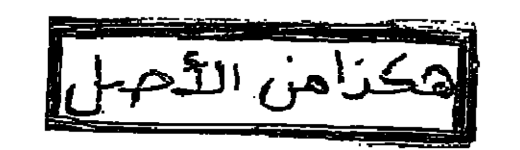
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Sonderbewegungen bei den Aktien

Auch Allianz wieder aufwärts – Siemens erreichen 400 DM

DW. – Obwohl die New Yorker Börse am Dienstag mit kräftigen Kursgewinnen für Anregungen gesorgt hatte, lief der Aktienhandel in den deutschen Börsensälen am Mittwoch nur schleppend an. Die Diskussionen über eine mögliche Neuordnung der Allianz sind nicht verstummt und haben zu weiteren Meinungskäufen bei steigenden Kursen geführt. Enttäuschung herrscht nach wie vor darüber, daß das glänzende Höchstergebnis die Kurse der Großchemieaktien nicht vorangebracht hat, sie bröckelten sogar leicht ab.

Im Zuge der Hausse für Technologieaktien haben sich Siemens mit einem Kurs von 400 DM dem bisherigen absoluten Höchststand wieder genähert. Weitere Käufe auch bei Nixdorf, wo der Anstieg jedoch zunehmend durch Gewinnmitnahmen gebremst wird. PKI und SEL kamen am Mittwoch nur noch in sehr kleinen Schritten voran. Während die Großchemieaktien stagnierten oder nachgaben, hat sich das Interesse für Spezialwerte des Chemiebereiches belebt. Davon profitierten Beiersdorf, teilweise aber auch die Degussa-Aktien. Kaum Anlagebereitschaft bei den Auto- und Maschinenbauwerten, auch am Bankenmarkt gab es keine nennenswerten Veränderungen. Die spekulative Kaufbereitschaft für Stahlaktien hat nachgelassen.

Düsseldorf: Bilfinger erhöhten um 2,80 DM auf 189 DM und Dt. Atlanten um 15 DM auf 375 DM. Hagen Batterien stockten um 2,50 DM und Heinrich um 5 DM auf. Stinnes verbesserten sich um 10 DM und Keramag um 5,50 DM. Dt. Texaco gaben um 5 DM und Scheidemandel um 6 DM nach. Allianz Versicherung erhöhten um 19 DM und Köln. Rück verloren 10 DM.

Frankfurt: Binding erhöhten um 8 DM auf 208,50 DM und Ceag gaben um 3 DM auf 106 DM nach. Grünzweig und Hartmann verloren 4 DM auf 126 DM und Lahmeyer 10 DM auf 345 DM. MAN Roland verminderten um 10 DM auf 375 DM.

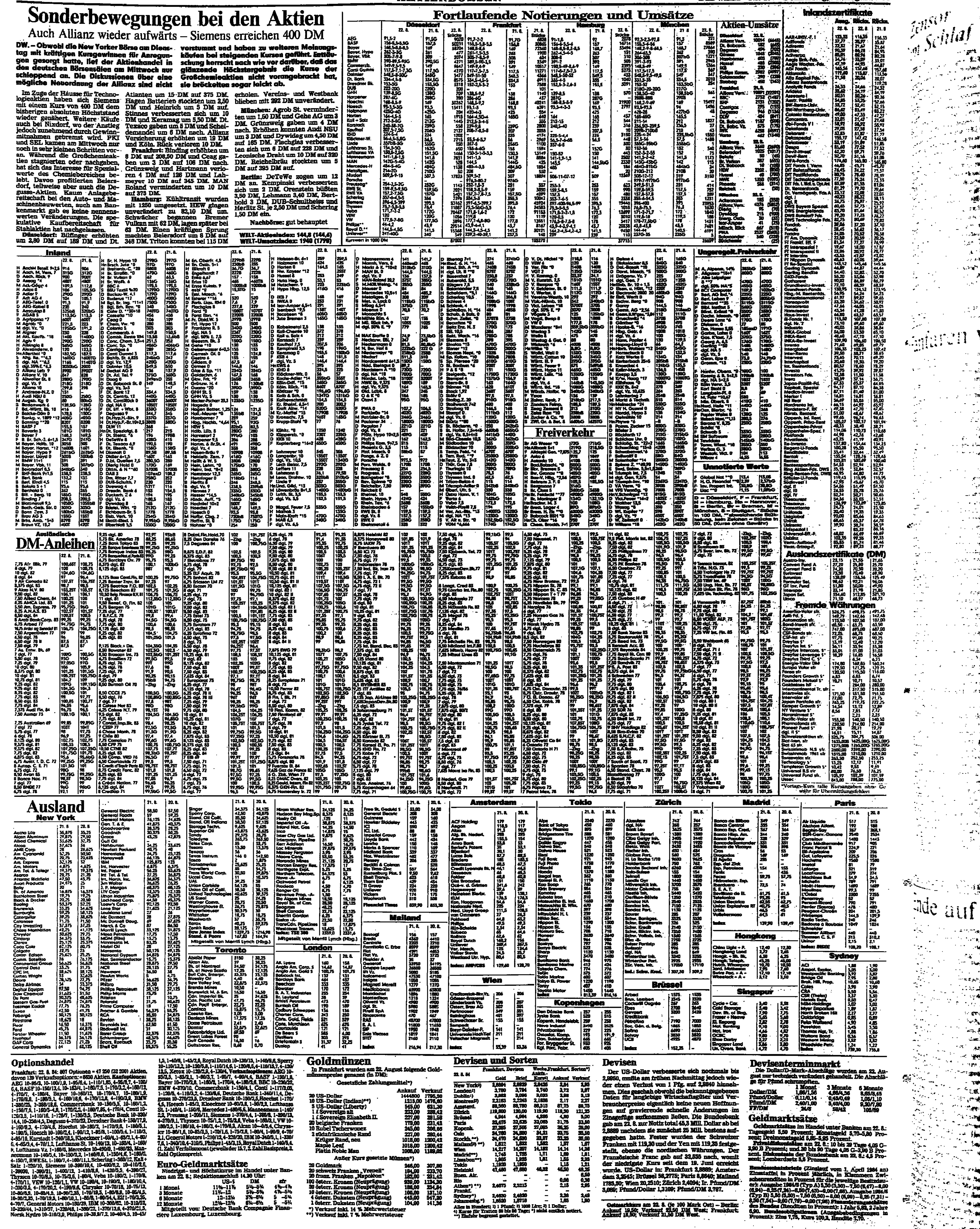
Hamburg: Kühltransit wurden mit 1250 umgesetzt. HEW gingen unverändert zu 82,10 DM um. Schwächer begannen Bremer Vulkan mit 62 DM, lagen später bei 63 DM. Einen kräftigen Sprung machten Beiersdorf um 8 DM auf 348 DM. Triton konnten bei 115 DM erholen. Vereins- und Westbank blieben mit 292 DM unverändert.

München: Agrob St. verminderten um 1,60 DM und Gehe AG um 3 DM. Grünzweig gaben um 4 DM nach. Erhöhen konnten Audi NSU um 3 DM und Dywidag um 4,50 DM auf 165 DM. Flachglas verbesserten sich um 6 DM auf 228 DM und Leonische Draht um 10 DM auf 320 DM. Reichelbräu stockten um 5 DM auf 395 DM auf.

Berlin: DeTeWe zogen um 12 DM an. Kempinski verbesserten sich um 2 DM. Orenstein büßten 3,50 DM, Lehmann 3,40 DM, Berthold 3 DM, DUB-Schultheiss und Herlitz St. je 2,50 DM und Schering 1,50 DM ein.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 144,8 (144,6)
WELT-Umsatzindex: 1940 (1790)



Optionshandel

Frankfurt: 22. 8. 84: 807 Optionen = 47 250 (32 200) Aktien, davon 139 Verkaufsoptionen: = 8650 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-95/3, 10-100/1,9, 1-95/6,4, 1-110/1,85, 4-95/8,7, 4-100/6,4, BASF 10-150/13,4, 10-163/4, 1-160/7,5, 1-170/3,2, 4-160/12, 4-170/7, 4-180/4, Bayer 10-160/12, 10-170/4,7, 10-180/1,9, 1-170/8,8, 1-180/5,1, 4-160/18,6, 4-170/12,8, 4-190/3,9, BMW 1-380/25, 1-398/18,6, Commerzbank 10-150/5,5, 10-160/1,2, 1-150/7,5, 1-160/5-4,8, 1-170/2,2, 4-180/7,85, 4-170/4, Conti 10-120/3,5, 1-110/16, 1-120/7, 1-130/3,5, Deutsche Bank 10-330/14,4, 10-350/4,5, Degussa 4-370/23, Dresdner Bank 4-150/17,9, 4-160/8,3, 4-170/4,6, Hoechst 10-180/2, 1-170/9,6, 1-180/5,1, 4-190/5, Hoesch 10-100/2,4, 1-90/12, 1-85/8, 1-100/5,4, 1-110/3, 4-95/10, Karstadt 1-340/18,5, Kloeckner 1-60/4, 1-65/2,1, 4-60/6, 4-65/3,4, 4-70/1,2, Lufthansa St. 10-140/13, 10-160/4, 1-160/8, Lufthansa Vz. 1-160/6, Mercedes 10-490/9, 1-480/23, Mannesmann 10-140/5,4, 10-150/2,2, 1-140/8,6, 1-150/4,6, 1-160/2, 4-150/7, RWE St. 1-160/7, 4-160/11,1, Schering 1-360/12, Kali + Salz 1-220/10, Siemens 10-390/10,4, 10-400/6,2, 10-410/2,6, 1-38030, 1-390/21, 1-400/12, 1-410/8,6, 1-420/5,5, 4-390/27, Thyssen 10-70/8,5, 10-75/3,6, 1-80/4, Veba 10-180/2, 1-170/8, 4-170/11, VEW 10-130/1,1, VW 10-180/4, 10-190/2, 1-180/10,4, 1-200/3,5, 4-170/20,2, 4-190/9,6, Chrysler 10-70/18, 10-75/13, 10-80/8,9, 10-85/4,5, 10-90/2,35, 1-70/19,5, 1-80/8,9, 10-85/4,5, 10-90/2,35, 1-70/19,5, 1-80/10,1, 1-85/8, 1-90/54,4, Elf 1-70/3,35, 4-70/7, General Motors 10-180/39, IBM 10-300/62, 10-310/52, 10-320/44, 1-310/57, 1-320/48, 1-300/22, 1-370/13,6, 4-370/21,5, Norsk Hydro 10-210/3,9, Philips 10-38,9/7,2, 10-40/4,5, 10-45/1,5, 1-40/6, 1-45/2,6, Royal Dutch 10-130/15, 1-140/9,6, Sperry 10-110/13,2, 10-120/5,8, 1-110/14,6, 1-120/8,5, 4-110/15,7, 4-120/12,5, Xerox 10-120/2,9, 4-130/4, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-95/3,5, 1-85/2,1, 1-90/3,7, 1-95/7, 4-90/4,4, BASF 1-150/1,8, Bayer 10-170/2,8, 1-160/2, 1-170/4, 4-180/3,6, BBC 10-230/32, BMW 4-370/10, Commerzbank 1-150/4,1, Conti 1-117/3,05, 1-120/5, 4-110/3,2, 4-120/6,6, Deutsche Bank 1-340/11,4, Degussa 10-370/23,5, Dresdner Bank 10-150/2,5, Hoechst 1-170/4,6, Hoesch 1-85/3, Kloeckner 10-60/3,8, 1-50/2,2, Lufthansa St. 1-140/4, 1-150/6, Mercedes 1-480/6,6, Mannesmann 1-140/2,2, Preussag 1-205/11, Siemens 1-370/4,4, 1-380/8, 1-390/13, 4-370/9,1, Thyssen 10-75/1,2, 1-75/2,6, Veba 4-160/3,1, VW 10-180/3,5, 1-180/10, 4-160/3, 4-170/6,3, Alcan 10-0/5,4, Chrysler 10-80/1,6, 10-85/3,5, 1-70/1,6, 1-75/2,8, 1-80/4, 1-90/9, 4-70/2,1, General Motors 1-210/12, 4-220/20, IBM 10-340/5,1, 1-330/7,6, 1-340/10, 4-310/5, Philips 1-45/3,15, Royal Dutch 1-140/5,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅝–11⅞	5¼–5¾	4⅝–4⅞
3 Monate	11⅞–12	5½–5⅝	4⅞–5⅛
6 Monate	12–12¼	5⅞–6⅛	5 –5¼
12 Monate	12⅜–12⅝	6¼–6½	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1444500	1795,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1215,00	1476,60
5 US-Dollar (Liberty)	545,00	621,30
1 £ Sovereign alt	233,00	288,42
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	179,00	231,42
10 Rubel Tscherwonez	245,00	306,66
2 südafrikanische Rand	227,00	280,44
Krüger Rand, neu	1018,00	1200,42
Maple Leaf	1018,00	1200,42
Platin Noble Man	1008,00	1189,02
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	246,00	307,80
20 schweiz. Franken „Vreneli"	184,00	233,70
20 franz. Franken „Napoléon"	182,00	231,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	939,00	1134,30
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,00	234,84
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	445,00	547,20
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

22. 8. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York2)	2,8894	2,8929	2,8426	2,84	2,98
London1)	3,780	3,794	3,740	3,72	3,87
Dublin1)	3,082	3,096	3,033	2,98	3,13
Montreal3)	2,2163	2,2243	2,1838	2,17	2,27
Amsterd.	88,560	88,780	88,515	87,75	89,75
Zürich	119,800	120,00	119,90	118,50	121,25
Brüssel	4,944	4,964	4,896	4,80	5,00
Paris	32,475	32,635	32,085	31,75	33,50
Kopenh.	27,385	27,505	27,085	26,25	28,00
Oslo	34,780	34,880	34,21	33,75	35,50
Stockh.**)	34,470	34,630	33,87	33,25	35,00
Mailand2) **)	1,612	1,622	1,582	1,57	1,67
Wien	14,217	14,257	14,182	14,14	14,28
Madrid**)	1,745	1,735	1,71	1,69	1,81
Lissabon**)	1,905	1,925	1,81	1,55	2,35
Tokio	1,1920	1,1950	–	1,15	1,21
Helsinki	47,480	47,680	46,32	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,38
Athen*) **)	2,4675	2,5215	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4630	2,4820	–	2,38	2,49
Johannesbg.*)	1,8520	1,8710	–	1,85	1,90

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar verbesserte sich nochmals bis 2,8950, mußte am frühen Nachmittag jedoch wieder einen Verlust von 1 Pfg. auf 2,8840 hinnehmen. Dies geschah obwohl die bekanntgegebenen Daten für langlebige Wirtschaftsgüter und Verbraucherpreise eigentlich keine neuen Hoffnungen auf gravierende schnelle Änderungen im Zinsgefüge aufkommen ließen. Die Bundesbank gab am 22. 8. zur Notiz total 45,3 Mill. Dollar ab bei 2,8889 nachdem sie zunächst 25 Mill. bestens aufgegeben hatte. Fester wurden der Schweizer Franken mit 119,30 und der Yen mit 119,35 festgestellt, ebenso die nordischen Währungen. Der Französische Franc gab auf 32,535 nach, womit der niedrigste Kurs seit dem 19. Juni erreicht wurde. US-Dollar in: Frankfurt 2,8889; Amsterdam 3,2545; Brüssel 58,2775; Paris 8,8640; Mailand 1785,50; Wien 20,2510; Zürich 2,4094; Ir. Pfund/DM 3,089; Pfund/Dollar 1,3109; Pfund/DM 3,787.

Ostmarktkurs am 22. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar/D-Mark-Abschläge wurden am 22. August nur technisch verändert gehandelt. Die Abschläge für Pfund schrumpften.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,66/1,56	4,66/4,56	8,65/8,45
Pfund/Dollar	0,11/0,14	0,45/0,49	1,05/1,10
Pfund/DM	2,40/1,00	5,40/4,00	9,20/7,80
FF/DM	24/8	58/42	105/89

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 8.: Tagesgeld 5,50 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 22. 8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,34) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,68). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,2, Rendite 7,70.

Zensor im Schlaf

gaz – Ein merkwürdiges Gejammer hat sich in einigen Ecken der literarischen Szene erhoben. Westdeutsche Literaturkritiker, so heißt es, arbeiteten der Zensur in der „DDR" in die Hände, indem sie ungeniert über dieses oder jenes Buchvorhaben drüben berichteten. Ohne die westdeutschen Begleitkommentare würde die SED die Sachen möglicherweise passieren lassen, ja, sie werde durch diese Kommentare erst auf die Brisanz des einen oder anderen Buches oder Theaterstücks aufmerksam gemacht. Mit anderen Worten: Am endlichen Verbot seien letztlich die westlichen Rezensenten schuld.

Das heißt ja nun wirklich, die Dinge auf den Kopf stellen. Was für eine Vorstellung machen sich die Leute, die so etwas andeuten, eigentlich von der östlichen Zensur? Ist das eine Versammlung von Trotteln, die nicht wissen, was sie lesen? Dem ist leider keineswegs so. Die Literaturfunktionäre an den entscheidenden Weichen sind sorgfältig im Hinblick auf ihre parteiliche Filterkraft ausgewählt. Wie exakt und erbarmungslos der Apparat funktioniert, hat soeben Erich Loest in seinem Rapport „Der vierte Zensor" vorgeführt (s. WELT v. 20. 6.).

So steht zu vermuten, daß die Jeremiaden über die Schuld westlicher Rezensenten an der Zensurmisere der „DDR" etwas ganz anderes im Sinne haben, als sie vorgeben. Angeblich geht es darum, die Autoren drüben zu schützen, in Wahrheit will man die westdeutsche Kritik domestizieren und zahnlos machen. Die westlichen Rezensenten sollen sich selber einen kleinen Zensor einbauen. Sie sollen nicht mehr sagen, was sie lesen und was sie von dem Gelesenen halten, sondern sie sollen sich „politisch" verhalten, d. h. sie sollen sich immer fragen, wie ihr Geschriebenes politisch wirkt und ob es politisch auch „richtig" wirkt.

Für eine freie, unabhängige Kritik ist das ein ganz und gar inakzeptables Ansinnen, eine Zumutung. Kein Rezensent sollte sich auf eine solche „Rückkopplung" einlassen. Er würde sich damit um jede Glaubwürdigkeit bringen.

Die Internationalen Musikfestwochen in Luzern

Fanfaren von der Galerie

Nun huldigt auch Luzern über das durch die Mitwirkung von Anne-Sophie Mutter besonders attraktive Konzert vor dem Löwendenkmal hinaus den allerorts beliebten Freilichtkonzerten. Die beiden ersten Sinfoniekonzerte des Schweizerischen Festspielorchesters begannen mit Werken die vermutlich für eine Open-Air-Darbietung geschrieben oder zum mindesten dafür bestens geeignet sind: der „Feldmesse" von Martinů und der „Sinfonietta" von Janáček.

Bei Martinů ist diese Zuordnung schon durch den Titel gegeben, aber auch durch die Besetzung für Männerchor, Baritonsolo, Bläser und Schlagzeug. Durch den pessimistischen, resignierenden Duktus der Musik und durch die Einbeziehung des originalen Messetextes (die Verse stammen von Jiři Mucha) ist es alles andere als ein den Heldentod verherrlichendes Werk. Im Eröffnungskonzert, das ganz Martinů gewidmet war, wurde es von dem ebenso düster gestimmten Doppelkonzert für Streichorchester, Klavier und Pauken sowie der heiteren, 1945 entstandenen und die vermeintliche Befreiung der tschechischen Heimat feiernde 4. Sinfonie eingerahmt. Dieses Konzert sollte zunächst Rafael Kubelík, selbst Luzerner Bürger, leiten, aber nach der dritten Probe mußte er wegen einer Kreislaufstörung absagen, so daß man zwei Tage vor dem Konzert einen Martinů-Spezialisten aus Prag heranholen mußte, Jiři Belohlavek. Es wäre unter solchen Umständen unfair, an kleinen Mängeln herumzukritisieren.

Die Werke Martinůs treten mit ihren Entstehungsdaten 1938, 1939 und 1945 deutlich in Beziehung zur politischen Geschichte der Heimat und zu den bösen Zeitläuften. Dies gilt für den zweiten der vier in diesem Jahr in Luzern gefeierten Komponisten, Leos Janácek, ebenso, freilich nicht in dieser Unmittelbarkeit wie bei Martinů. Janáčeks „Sinfonietta" ist eine Huldigung an das Vaterland, und die starke Bestückung durch Blechbläser (samt Tenor- und Flügelhörnern sowie neun „Fanfaren"-Trompeten auf der Galerie) könnte auch dieses Werk der Freilichtdarbietung zuweisen. Die Bezeichnung des ersten Satzes, „Burg", würde diesen Gedanken noch näherlegen.

Janáčeks Werk war das Hauptstück im 3. Sinfoniekonzert mit dem Schweizerischen Festspielorchester, das Zdeněk Mácal leitete, wobei er die Trompetensignale und -dissonanzen ebenso stark im Auge behielt wie die differenzierteren Streicherteile der Mittelsätze. In diesem Konzert kamen auch die beiden anderen, noch zu feiernden Komponisten „zu Wort", Smetana mit der zündend gespielten Ouvertüre zur „Verkauften Braut", Dvořák mit dem Klavierkonzert in g-Moll, bei dem man aufs neue das souveräne Spiel von Altmeister Rudolf Firkusny bewundern konnte. Auch die später anreisenden Eliteorchester (von den Wiener Philharmonikern unter Claudio Abbado bis zum Boston Symphony Orchestra unter Seiji Ozawa und der tschechischen Philharmonie unter Václav Neumann) berücksichtigen in angemessener Weise das tschechische Komponistenquartett, was nicht besonders schwierig ist; denn Dvořák hat jedes Orchester ohnehin im Repertoire.

So konnte auch das „illegal" in die Schweiz, weil in ein Nicht-EG-Land einreisende Europäische Jugendorchester seinen tschechischen Beitrag leisten, mit dem Cellokonzert in h-Moll von Dvořák, das der junge englische Cellist Robert Cohen mit einem wunderbar ausgeglichenen und warmen Ton spielte. Beim „Till Eulenspiegel" von Richard Strauss und dem „Konzert für Orchester" von Bartók ließ Maestro Antal Dorati den phantastisch spielenden jungen Musikern ein großes Maß von Freiheit, so daß die Blechbläser bisweilen über die dynamischen Stränge schlugen.

Außer den vier Tschechen wurde auch noch Frank Martin geehrt, dessen Todestag sich zum 10. Mal jährt. Das 4. Sinfoniekonzert des Festspielorchesters trägt dem Rechnung sowie eine Ausstellung in der Kornschütte, wo er mit den vier tschechischen Komponisten zusammengespannt ist.

Die Kritik an der Qualität des Festspielorchesters ist verstummt, nachdem jetzt auch bei den Streichern viele Konzertmeister und Stimmführer an den Pulten sitzen. Für das nächste „Jahr der Musik" stehen Werke von J. S. Bach, Alban Berg und Pierre Boulez im Mittelpunkt – in dieser Zusammenstellung eine interessante Trias.

OTTO BANTEL

Anatolischer Alltag: Serif Görens Film „Trost"

Ende auf halbem Wege

Die Helden vieler türkischer Spielfilme teilen das Schicksal der Cowboys: Sie sind immer unterwegs. Die Hirtenfamilie in Zegi Öktens „Die Herde" zog aus den Bergen in die Hauptstadt, der Lehrer in Erden Kirals „Eine Saison in Hakkari" reiste von Istanbul in ein rückständiges Bergdorf. In seine Fußstapfen tritt nun die Hebamme Mürüvvet, die Ankara verläßt, um im abgelegenen Anatolien Dienst zu tun. Schon bald bleibt der Bus in meterhohen Schneewehen stecken, und auch die Weiterfahrt im Schlitten endet lange vor dem Ziel in einem armseligen Dorf. Die Häuser scheinen in der schneidenden Kälte zusammengekrochen zu sein. Noch ahnt Mürüvvet nicht, daß dieses erbärmliche Nest Schauplatz ihrer Bewährungsprobe sein wird. Doch hier, wo Geburten oft tödlich enden und die Segnungen der modernen Medizin meilenweit entfernt sind, tauft man die Hebamme mit ihrem Wunderkoffer bald Derman (Trost) – und „Trost" ist denn auch der Titel des Films.

Regisseur Serif Gören erlag nicht der Versuchung, seine Geschichte als rührseliges Arme-Leute-Melodram zu erzählen. Zwar zeichnet er den Alltag der Anatolier mit fast dokumentarischer Präzision, läßt jedoch auch den furchtlosen Jäger Sehmuz als mythische Gestalt durch die weiße Einöde stapfen. Er wird sich ebenso aussichtlos in Mürüvvet verlieben wie der Sohn des Dorfältesten, der beim verzweifelten Beweis seiner Tapferkeit erfriert.

Mit leisem Humor und viel Gespür für verhaltene Tragik berichtet Gören vom Zusammenprall städtischer und ländlicher Lebensart, von der Problematik überkommener Geschlechterrollen und der Geborgenheit in der Dorfgemeinschaft. In seinem Film wechseln – in einem virtuos beherrschten Rhythmus – eindrucksvolle Totalen mit Großaufnahmen ab. So wirken die Landschaftsbilder wie das frostige Gegenstück zur brillanten Wüstenphotographie in „Lawrence von Arabien". Die Hauptdarstellerin Hülya Kociygit hält auch den längsten und indiskretesten Blicken der Kamera stand.

Deshalb empfindet man es auch nicht als Manko, daß der Film nur in der Originalfassung mit deutschen Untertiteln gezeigt wird, denn die stärksten Szenen – die Ankunft im Dorf, die Auftritte des rätselhaften Jägers und eine Schlittenfahrt auf Leben und Tod – machen dank ihrer optischen Wucht jedes Wort überflüssig. Überhaupt ist dies kein Film langer Reden. Vielsagende Gesten und Blicke verraten dem Zuschauer alles, auch den zärtlichen Respekt des Regisseurs gegenüber seinen Figuren. Mit „Trost" hat das türkische Kino seine unverbrauchte erzählerische Kraft erneut bewiesen.

HARTMUT WILMES

Man nennt ihn das gute Gewissen Mexikos – WELT-Gespräch mit dem Friedenspreisträger Octavio Paz

Mit der Literatur gegen eine Diktatur von links

Er wohnt mitten in der Mammutmetropole Mexiko-Stadt. Das Haus, ein moderner Glaspalast mit Büros und Appartements, steht direkt am Paseo de la Reforma, auf dem pausenlos eine dröhnende Verkehrslawine rollt. Das Denkmal des goldenen Engels liegt in Sichtweite. Zu den Gebäuden der Nachbarschaft zählen das Maria Isabel-Hotel, ein hektischer Taubenschlag, und die amerikanische Botschaft, vor der sich meist eine Menschenschlange staut – Mexikaner, die ein Visum wünschen.

„Ich lebe sehr gern hier", sagt Octavio Paz, „man fühlt in dieser Gegend den Puls der Stadt." Seine Wohnung wirkt jedoch, von draußen kaum zu ahnen, wie eine Oase des Friedens. Ganz selten dringen Geräusche durch die Wände. Das Studio, in dem der Dichter und Essayist denkt und schreibt, ist absolut schalldicht.

Die heimische Umgebung reflektiert das Leben dieses großen Mannes. Bücher über Bücher, alle Regale sind voll. Asiatische Kunst: Gemälde, Skulpturen, Teppiche und Mobiliar. Paz war, als er 1968 seine diplomatische Karriere nach 25 Jahren abrupt beendete, Mexikos Botschafter in Indien.

Er ist siebzig, könnte aber vom Aussehen her sechzig sein. Das breite Gesicht mit den Mestizen-Zügen strahlt Vitalität aus. Das angegraute Haar ist dicht. Paz trägt an jenem kühlen, regnerischen Vormittag einen braunen Rollkragenpullover.

Wir sprechen über den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, der ihm im Oktober in Frankfurt überreicht wird. Octavio Paz freut sich darüber. „Ein Preis, den ich gerne entgegennehme." Er schätzt Deutschland sehr. „Mit Deutschland verbinden mich frühe Erinnerungen. Wir sind in den dreißiger Jahren sehr stark von der deutschen Literatur beeinflußt worden, stärker als von der französischen und spanischen Literatur." Ortega y Gasset habe damals viel über das kulturelle Leben Deutschlands geschrieben. Paz studierte in dieser Zeit Literatur und Jura.

Thomas Mann, Franz Werfel, Franz Kafka und Max Weber waren seine bevorzugten Autoren. Rilke hält er für einen der bedeutendsten Dichter überhaupt. Heideggers Philosophie faszinierte ihn. Von den heute bekannteren Autoren in der Bundesrepublik kennt er persönlich nur Enzensberger. Er hält viel von ihm. „Dieser Mann versteht etwas von Lateinamerika."

Lateinamerika und Mexiko beherrschen unser Gespräch. Viele der



Erhält im Oktober den Friedenspreis des deutschen Buchhandels: Der mexikanische Schriftsteller Octavio Paz FOTO: ANTONIO GALVEZ

Paz'schen Essays beschäftigen sich auf fast schon missionarische Weise mit diesem Themenbereich. Octavio Paz möchte den problemreichen Subkontinent in bessere Bahnen lenken und den Amerikanern und Europäern helfen, die Situation zu verstehen. Besonders den Amerikanern unterstellt er einen Mangel an Verständnis. „Sie leben auf einer Insel und kümmern sich kaum darum, was um sie herum geschieht."

Octavio Paz erläutert: „Lateinamerika befindet sich in der Phase des zweiten Unabhängigkeitskampfes. Der erste wurde gegen die Spanier geführt, der zweite gegen die Militärdiktaturen. Die Militärdiktaturen fallen, eine nach der anderen. Die Frage ist, was danach kommt. Wird sich die Demokratie durchsetzen oder die Revolution der Marxisten?"

Der Mexikaner kämpft für die Demokratie, um die Diktatur von links zu verhindern. In Lateinamerika hat sich in den letzten Jahren eine enge Interessengemeinschaft von Literaten gebildet, die das gleiche Ziel verfolgen. Carlos Fuentes, der Landsmann von Paz, gehört dazu, der Peruaner Mario Vargas Llosa, der Chilene Jorge Edwards und der Argentinier Ernesto Sabato. Sie verteidigen ihre Front gegen marxistische Autoren, die in Westeuropa oft mehr Furore machen, den kolumbianischen Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez beispielsweise.

Vargas Llosa soll den Castro-Freund einmal wütend verprügelt haben, Octavio Paz straft ihn durch einen verächtlichen Kommentar. „Ich halte Garcia Marquez nicht für einen politischen Kopf", sagt er, „er ist ein Romancier mit viel Phantasie."

Paz hatte vor 16 Jahren, während der Olympiade in Mexiko, aus Protest gegen das Massaker auf dem Platz der drei Kulturen in Mexiko-Stadt, bei dem Hunderte jugendliche Demonstranten von der Polizei erschossen wurden, den diplomatischen Dienst verlassen. Er war damals verzweifelt. „Überall herrschte Panik, man befürchtete eine weitere Revolution, auch ich sah kaum noch einen Ausweg." In der Zwischenzeit beurteilt der Mexikaner die Situation seiner Nation optimistischer. „Ich habe Hoffnung. Das System (der seit 55 Jahren regierenden Partei der institutionalisierten Revolution, PRI) konnte sich tatsächlich demokratisieren. Es muß sich jedoch noch weiter öffnen."

Es müsse auch die Korruption beenden, die Paz für den desolaten Zustand der Presse verantwortlich macht. In keinem anderen großen Land Lateinamerikas erscheinen so unkritische Zeitungen wie in Mexiko. „Der Staat neutralisiert den Journalismus durch Bestechung." Paz betrachtet sein Monatsmagazin „Vuelta" (Zurück) als „die einzige unabhängige Publikation". „Vuelta" ist die bedeutendste Literaturzeitschrift Lateinamerikas. Sie dient vor allem jenen Autoren als Forum, die für eine demokratische Zukunft des Subkontinents plädieren. Fuentes und Vargas Llosa liefern regelmäßig Beiträge.

Die Regierungspartei behandelt Octavio Paz längst nicht mehr wie einen Paria. Er erhält heute wieder Einladungen zu offiziellen Veranstaltungen. Er war Mitte Juli Gast bei einem Bankett des Präsidenten Miguel de la Madrid für Bundeskanzler Kohl. Prominente PRI-Funktionäre gehören zu seinem Freundes- und Diskussionskreis. Seine Systemkritik hat sich dennoch nicht gedämpft.

Der Dichter versteht sich als gutes Gewissen Mexikos und wird so von den meisten Landsleuten verstanden. Ein deutscher Diplomat meint: „Er würde leicht eine Umfrage nach dem angesehensten Mexikaner gewinnen." Paz predigt im Fernsehen, hält Vorträge und schreibt unermüdlich. Ein Missionar in Sachen Demokratie. Er reist viel, besonders oft in die Vereinigten Staaten, um den Amerikanern die Entwicklungen Lateinamerikas zu erklären. Nach seinem Deutschland-Besuch im Oktober will er Japan besuchen. „Ich kann mich über einen Mangel an Arbeit nicht beklagen", gesteht der rüstige Mann.

Es klingelt. Das Dienstmädchen öffnet die Tür für einen anderen Journalisten, der den Hausherrn ebenfalls interviewen möchte. Eine Frage stellen wir schnell noch: Das Thema des Vortrags in der Frankfurter Paulskirche? Octavio Paz blickt verwundert, als ob man sich das nicht denken könne. „Der Frieden natürlich", antwortet er, „was sonst?" So lautet auch die spanische Übersetzung seines Familiennamens.

WERNER THOMAS

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Communio

Wie eine Rakete Gottes

Die „Internationale katholische Zeitschrift Communio" (Köln 50, Sürther Str. 107) ist wirklich international: In ihrer Nr. 4 kann diese Zweimonatsschrift mitteilen, daß zu den Ausgaben in Mailand, Zagreb, Spokane (USA), Paris, Gent, Madrid, Posen, Rio de Janeiro, Santiago (Chile) nun eine weitere in Lissabon zu erscheinen begonnen hat. Natürlich variieren diese Organe je nach Standort; gemeinsam ist ihnen, daß sie innerhalb der Kirche die gemäßigte Rechte vertreten.

Nr. 4 der deutschen Ausgabe ist auf das Thema „Hoffnung" konzentriert. An dieser Auseinandersetzung sind so verschiedenartige Geister wie Hans Urs von Balthasar, Kardinal Ratzinger, der evangelische Missionswissenschaftler Bürkle und E. L. Ehrlich, B'nai B'rith-Direktor für Europa, beteiligt.

Uns hat besonders die gründliche Analyse der südamerikanischen „Theologie der Befreiung" durch den 41jährigen Philosophieprofessor Ricardo Vélez Rodriguez, geboren in Kolumbien und in Brasilien lehrend, interessiert. Sein Aufsatz versetzt dem mitteleuropäischen Leser insofern einen gelinden Schock, als Karl Marx nur ganz am Rande vorkommt. Das ist keine Willkür: Die revolutionären Bewegungen in Südamerika mögen von der Sowjetunion benützt werden – ihre Wurzeln liegen außerhalb des Marxismus.

In einer Zeit, in der die stärksten linken Impulse aus dem Umkreis der Kirchen kommen, ist die Erkenntnis nützlich, daß die moderne Revolution *zwei* Gründerväter hat. Überblickt man die periodisch anschwellenden revolutionären Wogen seit der Mitte des letzten Jahrhunderts, so erkennt man, daß der von Rom abtrünnige französische Priester Lamennais (1782–1854) eine mindestens so große Langzeitwirkung hat wie Marx. Das läßt sich sogar an der deutschen Pamphletliteratur bis in unser Jahrhundert hinein ablesen.

Lamennais ist übrigens die eindrucksvollere Persönlichkeit von den beiden: Neben seiner düsteren Größe und Unbedingtheit treten die menschlichen Schwächen von Marx um so stärker hervor (auf solche Dinge sollte man schließlich bei Religionsstiftern achten). Rodriguez zeigt, wie Lamennais gerade in Südamerika immensen Einfluß gewann: indem er dort den Messianismus des Grafen Saint-Simon (1760–1825) fortführte, der „die ganze Menschheit unter einer einzigen Religion und Organisation geeint" sehen wollte. Saint-Simon erstrebte ein „neues Christentum", das „auf friedlichem Wege den Übergang ins industrielle Zeitalter bewirken" sollte.

Diese Grundrichtung bekam ihre besondere Virulenz durch Lamennais. Er ist nicht der einzige, der christlichen und weltlichen Messianismus, Christus und Fortschritt, zu einer Einheit zusammenzwingt, in der sich die beiden Antriebe nicht gegenseitig schwächen, sondern multiplizieren sollen. Aber von allen „Raketen Gottes" war die seine die wirksamste.

Lamennais hat die Legitimation aus der Offenbarung genauso abgeschafft wie diejenige durch eine höchste dogmatische Instanz in Rom – für ihn ist „orientierender und legitimierender Faktor die *historische Praxis*, im konkreten Fall die Praxis der Befreiung" (aller Unterdrückten, aller Randgruppen).

Eine verführerische Parole in einer geschäftigen Zeit, die keine Einsicht in die Begrenztheit alles menschlichen Tuns mehr hat – das einzige, was vor messianischen Heilslehren zu bewahren vermag.

ANTON MADLER

KULTURNOTIZEN

Die Ulrich-Rückriem-Ausstellung im Frankfurter Städel (s. WELT v. 23.5.) wurde bis zum 28. Oktober verlängert.

Überreste von Menschenopfern aus dem zweiten Jahrtausend vor der Zeitrechnung wurden auf dem Hochplateau von Ordos in der Inneren Mongolei entdeckt.

Kaiji Higashiyama, einer der bedeutendsten japanischen Landschaftsmaler der Gegenwart, dessen werke erst unlängst in Deutschland zu sehen waren (s. WELT v. 29.6.83) wurde als ausländisches Mitglied in den Orden Pour le mérite berufen.

Keramik und Design in Dänemark stellt die Kunsthalle Recklinghausen vom 25. Aug. bis 30. Sept. vor.

Cesar Francks Geburtshaus in Lüttich, das im letzten Jahr bei einem Erdbeben erheblich beschädigt worden war, wird jetzt restauriert.

Die Kunsthandwerk-Biennale in Villeneuve-les-Avignon ist bis zum 16. September verlängert worden.

Hitlers Schuld? – Das neue Karl-May-Jahrbuch

Seltsamer Sinneswandel

Im neuen „Jahrbuch der Karl-May-Gesellschaft" (Hanse-Verlag, Husum, 275 S., 38 Mark) findet man in komprimierter Form einen Einblick in die bisherige May-Forschung. Die große biographische Parabel, die dort in Verbindung mit Früh- und Spätwerk hinter einer Vielzahl von Interpretationen sichtbar wird, umfaßt letztlich alles, was über May zu wissen sich lohnt. Und doch ist eine Einschränkung notwendig, weil die wahrhaft überzogene Überbewertung der Text-Interpretation mehr als drei Viertel dieses Buches ausmacht.

Die Karl-May-Gesellschaft hat sich abseits philologisch-germanistischer Literaturbetrachtung ausschließlich auf die reine Hermeneutik zurückgezogen, um durch „Vorfindbarkeit andersartiger Qualitäten" (Claus Roxin) Karl May in den Tempel der hehren Literatur zu bringen. In diesem Sinne bemüht man sich detektivisch, die sogenannten „biografischen Spiegelungen" im Werk aufzufinden. Das wird nun schon seit Jahren ermüdend in immer gleicher Form vorgetragen. Bei den mit dem Anspruch unumstößlicher Tatsachen vorgetragenen Deutungen jegliches Motiv und jede Handlungssequenz auf klassische Märchen zurückzuführen und mit biografischen Tatsachen zu verknüpfen, weiß man wirklich nicht, wo der Ernst aufhört und der pure Quatsch anfängt. Da liest man: „Der Bär zwischen Schneeweißchen und Rosenrot – Karl May zwischen Emma Pollmer und Klara Plöhn (seiner ersten und zweiten Frau)". Oder: „Mays Unterbewußtsein registrierte instinktiv, wie die Rotkäppchen-Szenerie auf seine persönliche Lage anzuwenden war". Findet denn keiner der Herausgeber (unter ihnen doch immerhin Hans Wollschläger) den Mut, diesen albernen Wildwuchs zu kappen? Aber das sind wohl eitle Hoffnungen, denn es wurden bereits weitere Arbeiten dieser Art angedroht. Und so wird wohl noch bis ans Ende aller Tage ein solch stattlicher Band mit überquellendem (pseudowissenschaftlichem) Fußnotenanhang vorgelegt werden.

Wie der Bär und Schneeweißchen? – Karl May mit Ehefrau Emma FOTO: ARCHIV KLUSSMEIER

Was jedoch dieses Jahrbuch ohne Einschränkung wichtig und lesenswert macht, ist ein Beitrag über „Hitler, Karl May und die Emigranten" von Günter Scholdt. In dieser Dokumentation wird nachgewiesen, auf welch korrumpierende Weise sich der „Führer" der Popularität Karl Mays bediente und welche psychologischen Parallelen zwischen beiden aufzufinden sind. Scholdt beleuchtet jedoch auch – und darin liegt der Wert seiner Untersuchung mehr noch als in der Befreiung Mays von Hitlers Okkupation –, in welch perfider Weise die (linken) literarischen Emigranten den von ihnen einst gelobten und verteidigten May bedenkenlos einer Propaganda gegen das Nazi-Reich opferten. Unter ihnen Heinrich Mann, Ernst Bloch, Bertolt Brecht, Arnold Zweig und andere. Der Sinneswandel, der dabei sichtbar wird, ist allemal entlarvend. Denn die neue Meinung entstand nicht durch bessere Kenntnis. Das „Ding" (hier May) wurde allein deswegen zu einem Negativum, weil es von Adolf Hitler, weil es im „Dritten Reich" auffallend und direkt eingesetzt und mißbraucht wurde. Damit hat der Saarbrücker Scholdt einen wertvollen Ansatzpunkt geliefert, der bislang von der Exilforschung bei ihren Untersuchungen über das Verhalten und Wirken emigrierter Literaten nicht beachtet worden ist. Denn wie viele der von Hitler und Konsorten mißbrauchten Werte und Tugenden wurden und werden aus einem primitiven „Antifaschismus" bis heute verächtlich gemacht – von „deutsch" bis „Heimat".

Durch den Essay von Günter Scholdt, aber auch eine ausgezeichnete Analyse von Syberbergs Karl-May-Film und Heinz Stoltes vorsichtige Betrachtung einer Haßtirade Mays auf seine Ehefrau Emma, ist diese Aufsatz-Sammlung um den Winnetou-Autor ihren Preis wert – auch für May-Fernstehende.

GERHARD KLUSSMEIER

JOURNAL

Die Verteilung des polnischen Kulturfonds

J.G.G., Warschau

Polens Kulturminister, Prof. Zygulski, gab jetzt bekannt, wie 1983 die Zuwendungen aus dem staatlichen „Fonds für die Entwicklung der Kultur" ausgeschüttet wurden. So erhielt z. B. die polnische Jazzvereinigung ganze 50 000 Zloty – was noch nicht einmal zum Einkauf einer großen Trommel landeseigener Produktion ausreicht. Der neue regimekonforme „Polnischer Literatenverband" und die ebenso umgebildete „Polnische Vereinigung der Bühnenkünstler" erhielten zwischen 30 bis 40 Millionen Zloty. Der „Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft" wurden immerhin 101,7 Millionen Zloty zugeteilt.

Erster ökologischer Roman der CSSR

rst. Preßburg

Im Verlag des Slowakischen Schriftstellerverbandes in Preßburg erschien der erste ökologische Roman der Tschechoslowakei. Unter dem Titel „Arsen" schildert Ladislav Hagara den Bau eines großen Wasserkraftwerkes in der Mittelslowakei, wo „ehrgeizige und gewissenlose Techniker" die Natur vergiften. Ein kommunistischer Arbeiter und eine junge Hygienikerin enthüllen die umweltschädlichen Praktiken und mit Hilfe der Partei wird alles wieder für die Erhaltung der Natur getan. Die CSSR-Kritik zeigt sich bei der Bewertung des Buches skeptisch. Das Thema sei zwar verdienstvoll, meint die Zeitschrift „Nové Knihy", aber der Autor habe es künstlerisch nicht bewältigt und bleibe plakativ.

Rollendes Museum im Rheinland eingeführt

dpa, Köln

Das erste Museum auf Rädern in der Bundesrepublik ist in Köln der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Das mehr als zehn Meter lange „Museumsmobil" wurde vom Landschaftsverband Rheinland eingerichtet und soll vor Betrieben und Campingplätzen, Altenheimen und Schulen mit wechselnden Ausstellungen zum Besuch rheinischer Museen anregen. Zum Auftakt einer Tour durch rheinische Städte und Gemeinden präsentiert der mit Video- und Filmanlagen ausgestattete Museumsbus, der von Museumspädagogen begleitet wird, das Rheinische Freilichtmuseum in Kommern in der Eifel. Der Besuch des Museumsmobils ist kostenlos.

Zum 100. Geburtstag von Ludwig Richter

DW. Königstein

Der Katalog der Ausstellung zum hundertsten Geburtstag des Malers Ludwig Richter, die in Dresden zu sehen war (s. WELT v. 19.6.84) ist jetzt auch in der Bundesrepublik zu haben. Er erschien unter dem Titel „Ludwig Richter und sein Kreis" im Verlag Langewiesche, Königstein (246 S. mit zahlr. Abb., 49,80 Mark). Außerdem wurde von demselben Verlag der Band „Ludwig Richter" (in Selbstzeugnissen, herausgegeben von H. J. Neidhard, 84 S., 62 Abb., 24,80 Mark) neu aufgelegt. Teile der Dresdner Ausstellung werden vom 21. Sept. bis 25. Nov. in Hannover zu sehen sein.

Ein Lehrgedicht über Nigeria

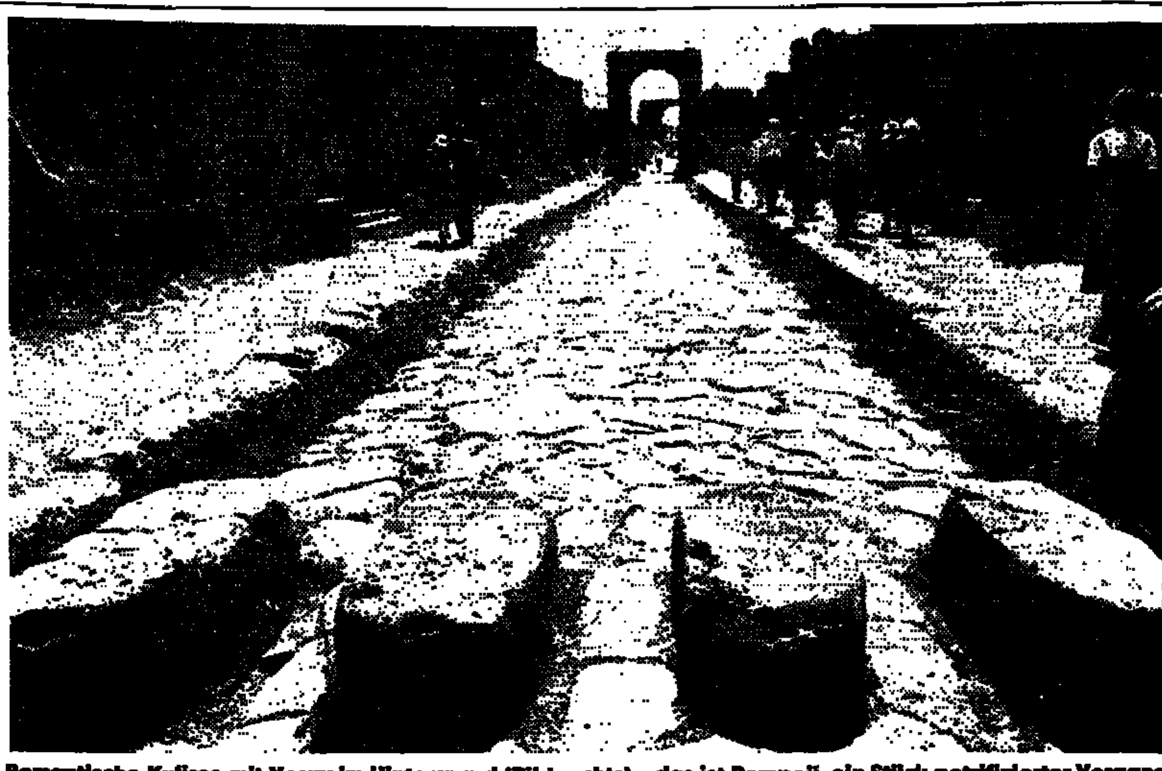
DW. Stuttgart

Mit dem schmalen Band „Nigeria – Ein Lehrgedicht" des früheren nigerianischen Staatspräsidenten Alhaji Shehu Shagari will das Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen einen neuen Akzent in seinem Übersetzungsprogramm setzen. Das Gedicht wurde direkt aus dem Hausa ins Deutsche übertragen. So soll auch künftig weitere Literatur der Dritten Welt durch direkte Übersetzungen (ohne den Umweg über Englisch oder Französisch, wie es bislang meist üblich war) zugänglich gemacht werden.

Wittener Geigenbauer entdeckte Stradivari-Lack

dpa, Witten

Gut 250 Jahre nach dem Tod der berühmten Cresmoneser Geigenbauer Antonio Stradivari und seines Lehrmeisters Nicolo Amati, behauptet der Wittener Geigenbauer Yvon Baarspul (65) die längst vergessene Zusammensetzung des Lackes aus dem 17. Jahrhundert wieder aufgespürt zu haben. Nach dreijähriger chemischer Analyse hat Baarspul, der zehn Jahre als Chefdirigent in Enschede und sechs Jahre als Generalmusikdirektor in Bochum fungierte, die Spuren zur alten Cresmoneser-Holzpräparation wiedergefunden. Um das Jahr 1740 war das Wissen um Bauweise und Lackierung der Instrumente, die sich noch dreihundert Jahre nach Fertigstellung durch einen sauberen Klang und den nicht verblassenden Farbton auszeichnen, verloren gegangen. Der Clou an dem Lack sei nicht die Reinheit der Produkte, sondern deren natürliche Verschmutzung.





Romantische Kulisse mit Vesuv im Hintergrund (Bild rechts) – das ist Pompeji, ein Stück petrifizierter Vergangenheit. Der Vulkan verlor durch die Katastrophe seinerzeit übrigens rund 800 Meter von seiner Höhe. Links die Hauptstraße mit den Steinen als antike „Zebrastreifen". Der Abstand der Tritte war genormt – für die Räder der Fuhrwerke. FOTOS: POLY-PRESS

Freilichtmuseum Pompeji wird prunkvoller und authentischer

K. RÜHLE, Rom

Pompeji, das weltweit bekannte altrömische Freilichtmuseum, wird endlich wieder sehenswert sein. Das Erdbeben vom November 1980 mit seinen Verwüstungen in mehreren Provinzen Süditaliens hatte zur Folge, daß 50 pompejanische Monumente und Gebäude einstürzten. Ein großer Teil der Ruinenstadt konnte seither nicht mehr besichtigt werden. Den rund 1,5 Millionen Besuchern aus aller Welt, die alljährlich nach Pompeji pilgern, mußten wichtige Teile altrömischer Lebensweise und Kultur vorenthalten werden. Das wird sich nun ändern. Eine umfassende Sanierungsoperation zugunsten Pompejis, aber auch der historischen Nachbarorte Herculanum und Stabiae hat begonnen.

Dabei geht es keineswegs nur um Restaurierungsarbeiten an den beschädigten Ruinen, sondern vor allem auch um wirksame Schutzmaßnahmen gegen die Witterungseinflüsse, unter denen die drei altrömischen Stadtsiedlungen leiden. Was Pompeji betrifft, handelt es sich um die Konsolidierung von 60 000 Mauern aus Tuffstein und Mörtel auf einer bebauten Fläche von fast 80 000 Quadratmetern. Das gleiche gilt für nahezu 13 000 Quadratmeter Fresken und Mosaiken. Ein erheblicher Teil der früheren Restaurierungen muß erneuert werden. Die alten Eisenstützen sind verrostet. Der Mörtel aus Bimsstein verwittert infolge der Luftfeuchtigkeit. Die altrömischen Fresken zerbröckeln nach und nach, und die Baumwurzeln sprengen die Steinfußböden.

Was der Aschenregen beim Vesuvausbruch im Jahre 79 n. Chr. auf grausam wundersame Weise für die Nachwelt erhielt und was nach und nach durch Ausgrabungen ans Tageslicht gebracht wurde, soll nun im Zuge einer systematischen wissenschaftlich-technischen Großaktion so konserviert werden, daß keine weiteren Verluste mehr zu befürchten sind. Der Gesamtplan basiert auf einem Kostenvoranschlag in Höhe von 1,3 Milliarden Mark. Eine erste Rate von 50 Millionen steht ab sofort zur Verfügung, so daß die Sanierungsarbeiten bereits in Angriff genommen werden konnten. Wesentliche Beihilfe bei der Finanzierung des großen Projekts, an dem die gesamte Kulturwelt interessiert ist, leistet die Europäische Investmentbank mit Darlehen zu Vorzugsbedingungen. Die Gesamtleitung des Programms ist einer halbstaatlichen Konzessionsgesellschaft anvertraut worden, die sich prominenter Sachverständiger bedient und unter Kontrolle eines Regierungsausschusses steht. Zu diesem Ausschuß gehören archäologische Spitzenfunktionäre der zuständigen Regierungsbehörden für den Schutz der italienischen Kulturgüter.

Das Sanierungsprogramm, zu 90 Prozent für Pompeji bestimmt, soll in erster Linie dazu dienen, daß dichte Netz von Villen, Wohnungen, Läden, Herbergen, Tavernen, Lagerräumen, Werkstätten und Bordellen gegen Verfallserscheinungen abzusichern. Die einzigartige Bedeutung Pompejis mit ihren zum Zeitpunkt der Naturkatstrophe rund 30 000 Bewohnern besteht ja gerade darin, daß die konservierte altrömische Stadt der Nachwelt einen klaren Begriff vom Leben und von den Lebensgewohnheiten der Römer im 1. Jahrhundert nach Christi vermittelt. Die Restaurierungsarbeiten betreffen unter anderem das Haus des Menandrus und die Villa der Mysterien. Nicht zuletzt befaßt sich die Planungskommission intensiv mit dem technisch schwer zu lösenden Problem einer Überdachung der gesamten antiken Stadt, um sie vor Regenfällen zu schützen. Damit soll das Hauptübel der Witterungsschäden beseitigt werden.

Was jetzt in Pompeji verwirklicht wird, hätte sicherlich Goethe befriedigt, der in seinem italienischen Reisebuch bitter beklagte, daß die Ausgrabungen ohne jedes System vorgenommen würden. Es sei ein Jammer, so befand er, daß auf diese Weise wer weiß wie viele kostbare Reliquien der Antike verlorengingen. Goethe sprach sicher nicht zu Unrecht von briganten Methoden. Diese Methoden sind wohl daran schuld, daß man pompejanische Fundstücke aus Bronze und Marmor in zahlreichen Museen des Auslands finden kann.

Während in Pompeji, Herculanum und Stabiae die große Rettungsaktion anläuft, freuen sich die Römer von heute darüber, daß ihre Ursprünge nach den jüngsten archäologischen Ergebnissen viel weiter zurückgehen, als auf die legendären Gebrüder Romulus und Remus, die der Überlieferung nach die Ewige Stadt im Jahre 754 v. Chr. gegründet haben sollen. Die jetzt in der Nähe des Capitols aufgefundenen Gefäßreste und primitiven Geräte aus der Bronzezeit beweisen, daß Rom schon im 13. Jahrhundert v. Chr. bewohnt war. Damit ist die These Mommsens bestätigt, der die Fabel von der Gründung Roms durch Romulus und Remus immer als naiven Versuch antiker Pseudohistorik bezeichnet hatte.

Angst vorm Fliegen – eine Phobie, die fast immer geheilt werden kann

US-Fluggesellschaften erzielen mit Spezialkursen fast 100prozentige Heilerfolge

AFP, Washington

Wegen seiner Angst vor Flugzeugen mußte der große amerikanische Baseball-Spieler Jackie Jensen seine Karriere auf ihrem Höhepunkt beenden: Er konnte mit der zeitraubenden Benutzung von Bahn und Auto seine Verträge nicht erfüllen. Doch auch viele Unbekannte müssen in den USA aufgrund ihrer Flugangst auf berufliches Fortkommen und exotische Ferien verzichten. Im Zeitalter des Flugzeugs erscheint 25 Millionen Amerikanern der Traum des Ikarus als reiner Alptraum. Mit Knoten im Hals und weichen Knien beim bloßen Anblick eines Flughafens ertragen viele einen Flug nur mit Hilfe von Beruhigungsmitteln oder stark erhöhtem Alkoholkonsum.

Doch das Phänomen der Flugangst beeinträchtigt nicht nur das Leben der davon betroffenen Menschen, sondern beschert auch der Fluggesellschaft „Boeing Aircraft" nach eigenen Angaben finanzielle Einbußen von mehr als zwei Milliarden Dollar pro Jahr. Falls die Menschen mit Flugangst von ihrer „Krankheit" geheilt werden könnten, würde die Passagierzahl nach Schätzungen von „Boeing Aircraft" allein auf Inlandflügen um rund neun Prozent steigen.

Nicht nötige Verluste

Da derartige Verluste überhaupt nicht einsichtig sind, veranstalten mehrere Fluggesellschaften „Verhaltenstherapien" für Menschen mit Flugangst, in denen diese schrittweise an die gefürchtete Situation gewöhnt werden. Die „US-Airlines" organisieren in eigenem Interesse bereits seit 1978 sechswöchige Kurse in verschiedenen amerikanischen Städten, in denen Flugangstpatienten in Begleitung eines Psychologen und eines Piloten langsam an den Anblick eines Kontrollturmes, eines Flugzeuges und eines Cockpits gewöhnt werden. Gespräche mit Mechanikern und eine Rundfahrt mit einem Flugzeug auf der Erde soll die Teilnehmer von der Sicherheit der fliegenden Ungeheuer überzeugen. Höhepunkt und Abschluß des Trainingskurses ist dann ein einstündiger Rundflug – ohne Panik und Brechreiz.

Und die Kalkulationen, die am Beginn dieses Projekts standen, wurden bestätigt: 95 Prozent der bisher 500 behandelten Menschen wagen sich nach einer neuen Umfrage von „US-Airlines" jetzt als zahlende Gäste in die Jets. Doch die Organisatoren der Trainingskurse ernten nicht nur von den Wirtschaftsabteilungen der Fluggesellschaften Lob, sondern auch von klassischen Psychoanalytikern. Obwohl diese Verhaltenstherapien allgemein nur als Linderung der Symptome und nicht der Ursachen gelten, erkennen die Seelenexperten die Wirksamkeit dieser Methode an.

Grundlegende Ursache der Flugangst sieht der Leiter des „Zentrum zur Behandlung von Phobien" in Alexandria bei Washington, Jonathan Crook, in der völligen Überforderung des Menschen, mit der ständig fortschreitenden Technik Schritt zu halten. Hinzu gesellen sich dann unterschiedlichste individuelle Gründe: Katastrophenangst, Klaustrophobie, Höhenangst und die Furcht, eine Situation nicht mehr kontrollieren zu können. In der Tat geben viele von Flugangst gequälte Menschen zu, lieber im Cockpit Platz nehmen zu wollen als in der Passagierkabine. In anderen Fällen ist die Flugangst nach Angaben Crooks nur sekundär und in Wahrheit Ausdruck einer ganz anderen Furcht jenseits des Fluges, etwa vor einer Familienzusammenkunft oder einer beruflichen Besprechung, die danach, im Anschluß an einen Flug, erreicht werden soll.

Kurze Therapien helfen

In den meisten Fällen von Flugangst handelt es sich jedoch schlicht um eine „normale" Phobie wie die Angst vor Spinnen oder Schlangen, die mit kurzen Verhaltenstherapien nach dem Beispiel der Trainingskurse der „US-Airlines" behandelt werden können.

Aber nach Crook gibt es auch eine Art der Flugangst, die einer „Platzangst" in erweitertem Sinn entspringt. Dieses Leiden führt im Extremfall zu Angst vor neuen Situationen und damit zu einer schwer zu bekämpfenden Angst vor der Angst. Nach Angaben Crooks bleibt dieses Schicksal auch Stewardessen und Piloten nicht erspart, die oft nach zehn oder zwölf Dienstjahren eine derartige Krise durchmachen.

Dabei stellt die Befreiung der Berufsflieger von Schuldgefühlen das oberste Ziel der Behandlung dar. Denn die Angst vor Flugzeugen sei keine Schande und bestimme nicht notwendigerweise die Zukunft der Menschen, erklärt Crook weiter. Beispiel: Ronald Reagan, der trotz früherer Flugangst immerhin noch Präsident der USA geworden sei.

WETTER: Sehr warm

Wetterlage: Das bisher wetterbestimmmende Hoch verlagert sich unter allmählicher Abschwächung nach Osteuropa. Von Frankreich nähern sich Tiefausläufer dem Westen Deutschlands.

22. August 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Donnerstag:

Im Westen und Südwesten anfangs heiter, im Tagesverlauf zunehmende Bewölkung und Bildung einzelner Wärmegewitter. Höchsttemperaturen nahe 30, nachts um 14 Grad. Schwacher Wind aus Südost. Im übrigen Bundesgebiet sonnig und trocken. Höchsttemperaturen nahe 30 Grad, nachts 12 Grad. Schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Schwülwarm, im Westen und Süden kräftige Gewitter.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	24°	Kairo	28°
Bonn	25°	Kopenh.	22°
Dresden	24°	Las Palmas	22°
Essen	26°	London	22°
Frankfurt	24°	Madrid	21°
Hamburg	24°	Mailand	22°
List/Sylt	21°	Mallorca	28°
München	21°	Moskau	19°
Stuttgart	22°	Nizza	25°
Algier	25°	Oslo	20°
Amsterdam	26°	Paris	22°
Athen	27°	Prag	21°
Barcelona	26°	Rom	24°
Brüssel	24°	Stockholm	25°
Budapest	25°	Tel Aviv	29°
Bukarest	21°	Tunis	29°
Helsinki	23°	Wien	24°
Istanbul	21°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.22 Uhr, Untergang: 20.26 Uhr; **Mondaufgang:** 2.28 Uhr, Untergang: 19.46 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Ende einer Odyssee

Spaniens letzter Heimkehrer aus dem Bürgerkrieg 1936–39, der 84jährige ehemalige Hauptmann und Anarchist **José Navarro Ruiz**, ist gestern nach 46 Jahren im Exil unter dem Jubel der Bevölkerung in seinem Heimatort Burjasot bei Valencia eingetroffen. Navarro gilt seit der Schlacht von Teruel 1937 als tot und war erst vor kurzem von einem spanischen Arzt in einem psychiatrischen Altenasyl in Algerien entdeckt worden. Navarro leidet unter dem völligen Verlust des Zeitgefühls. Er glaubt, noch im Jahre 1953 zu leben und 47 Jahre alt zu sein. Der Ex-Hauptmann der Volksfront-Truppen hatte sich während des Bürgerkriegs vor den Franco-Truppen versteckt und war 1939 nach Algerien geflüchtet. Immerhin



erkannte der Veteran in Burjasot seine Frau, die 87jährige **Josefina Aguileiro**, wieder. Seine Ankunft in der Ortschaft glich einemTriumphzug.

Analphabet I.

Der Ex-Kaiser der Republik Zentralafrika, **Bokassa I.**, versuchte, sich im Rathaus eines kleinen französischen Orts einen französischen Paß auf einen falschen Namen zu erschleichen. Eine aufmerksame Sekretärin erkannte den Kaiser jedoch auf den Ausweisfotos, und so platzte der Schwindel. Bokassa ist seit seinem Sturz 1978 in einer unangenehmen Situation: Die Regierung von Zentralafrika verweigert ihm die Ausstellung von Personalpapieren, und die französische Regierung hat dem ehemaligen Hauptmann der französischen Armee Jean-Bedel Bokassa die französische Staatsangehörigkeit aberkannt. Die Folge: Bokassa, der auf seinem Schloß in Hardricourt im Norden von Paris lebt, darf nirgendwohin reisen. Doch der Ex-Kaiser langweilt sich. So wollte er sich durch einen Bekannten, den Metzger **Jean-Pierre Peteau**, einen Paß beantragen lassen. Sein geplanter neuer Name: „Mohamed X." „X", weil Bokassa den Eindruck eines Analphabeten erwecken wollte.

Eine Pleite

Die Konfektionsfirma Capri Beachwear Inc., die unter dem Markennamen **Jane Fonda** Workouts Sportbekleidung herstellte, hat den Vergleich angemeldet. Der simple Grund: Jane Fondas Sportmoden verkauften sich schlecht. Die Kollektion wurde von dem Kostümbildner **Theoni Aldredge** entworfen. Jane Fonda gab ihren Namen dafür her und war am Verkaufserlös beteiligt.

Champagner für Frau Speck und Fräulein Eber

AP, Wellington

Frau Bacon (Speck), Fräulein Hogg (Eber) und 98 andere Leute mit Namen, die an das liebe Borstenvieh erinnern, haben ihre Namen wenigstens einmal als Vorteil ansehen können. Nachdem sie jahrelang gehänselt worden waren, veranstaltete jetzt der neuseeländische Schweinezuchtverband ein Speck- und Champagner-Frühstück für 100 Menschen mit Namen wie Hogg, Trotters (Schweinsfüßchen) und Piggins (Ferkel).

Der Vorsitzende Denis Lepper sagte denn auch, die Veranstaltung sei als kleiner Ausgleich und Trost für die Hänseleien und Scherze gedacht, unter denen die Leute jahrelang gelitten haben könnten.

Kellner mit Schweinemasken servierten bei der Wiedergutmachungsparty Champagner mit Speck, gegrilltes Bauchfleisch und Speckpfannkuchen, während die Gäste „Schweinefamilien"-Geschichten austauschten. Kommentar eines Teilnehmers: „Endlich einmal eine Riesensauerei, die Spaß gemacht hat."

Mit neuem Nasenspray gegen Prostata-Krebs?

Suprefact wurde erfolgreich vor allem im Ausland getestet

JOCHEN AUMILLER, München

Der Prostatakrebs – einer der häufigsten bösartigen Geschwülste – ist den Männern vorbehalten. Es handelt sich um eine Entartung der sogenannten Vorsteherdrüse am Ausgang der Harnblase, die den Anfangteil der männlichen Harnröhre umschließt und für die Funktionstüchtigkeit der Spermien wichtig ist. Trotz der Krebsfrüherkennungsuntersuchungen werden auch heute nur wenig echte Frühformen entdeckt.

In 75 Prozent der Fälle liegen bereits fortgeschrittene Stadien vor, meistens ist es bereits zur Absiedlung von Tochtergeschwülsten (Matastasen) gekommen. Man schätzt, daß insgesamt jährlich 17 000 Prostatakarzinome, wie die Mediziner sagen, entdeckt werden.

Über die Ursache dieses Krebses, der hauptsächlich bei Männern zwischen 60 und 70 Jahren auftritt, streiten sich die Gelehrten noch. Fest steht lediglich, daß ein Großteil dieser Entartungen durch das männliche Sexualhormon Testosteron „angeheizt" wird. Ob eine Überschußproduktion an Testosteron das Wachstum auch auslöst, ist allerdings unklar. Seit langem weiß man jedoch, daß die Krebszellen zu wuchern aufhören und sogar absterben können, wenn die Testosteronproduktion blockiert wird. Nur etwa 20 Prozent der Prostatakarzinome sind völlig unempfindlich gegenüber hormonellen Manipulationen.

Die klassischen Methoden zur Unterdrückung der Testosteronbildung sind die operative und medikamentöse Kastration. In dem einen Fall werden die Hoden chirurgisch entfernt und damit die Hauptproduktionsstätte des Testosterons und im anderen wird das männliche Sexialhormon gewissermaßen „niedergeknüppelt" – mit weiblichen Hormonen, den Östrogenen. Mit beiden Verfahren konnten beachtliche Fortschritte erzielt werden – zufriedenstellend waren sie allerdings nicht. Häufig wurde das Krebswachstum lediglich um einige Jahre verzögert – aber immerhin.

Mit Präzisionsgeschossen gegen Testosteronbildung

Mit neuen hormonellen Behandlungsstrategien hofft man derzeit, die Überlebenszeit von Patienten mit fortgeschrittenem Prostatakrebs wesentlich zu verlängern, ohne daß gleichzeitig neue, therapiebedingte Risiken in Kauf genommen werden müßten. Schoß man mit den Östrogenen Breitseiten auf das vielschichtige verwobene Hormonsystem des Mannes ab, so stellt man seit kurzem Präzisionsgeschosse her, mit denen lediglich die Testosteronbildung ausgeschaltet wird. Man bedient sich dabei der synthetisierten Variante eines natürlich vorkommenden Hirnhormons. Dieses im Hirnstamm hergestellte Hormon löst eine Reaktionskette aus, an deren Ende beim Mann das Testosteron, bei der Frau das Östrogen steht. Mit einer minimal erscheinenden chemischen Abwandlung des natürlichen Hormons, in der Fachsprache LH-RH abgekürzt, ist es gelungen, die Wirksamkeit des Hormons um ein Vielfaches zu steigern. Das Verblüffende: Nur bei ganz geringen Dosen kommt es zu einer Anregung der Produktion der Geschlechtshormone, höhere Dosen erreichen genau das Gegenteil.

Medikamentöse Kastration

Nach einem initialen Produktionsreiz folgt eine weitgehende Blockade des Systems. Die Testosteronspiegel im Blut fallen steil ab. Die Medikamente erreichen den gleichen Effekt wie die operative Entfernung der Hoden. Deshalb spricht man auch von einer medikamentösen Kastration.

Anfang September kommt in der Bundesrepublik Deutschland eine synthetische Variante des LH-RH zur Behandlung des Prostatakrebses auf den Markt (Handelsname: Suprefact). Das Präparat muß die erste Woche injiziert werden, dann kann es sich der Patient selbst einverleiben, und zwar in Form eines Nasensprays. Die bisher berichteten klinischen Erfahrungen mit dem neuen Therapieprinzip stammen überwiegend aus dem Ausland. Lediglich die urologischen Universitätskliniken in Berlin und Mainz haben sich schon seit 1981 mit der neuen Hoffnung für Prostatakrebskranke befaßt. Und ihre Daten sind vielversprechend. Offenbar kann dieses Präparat in vielen Fällen die chirurgische Kastration ersetzen. Nebenwirkungen sind bislang nicht bekannt geworden. Es kommt allerdings zu den substanzspezifischen Wirkungen: Der Testosteronentzug hat Impotenz zur Folge, außerdem kommt es häufig in den ersten Behandlungswochen zu Hitzewallungen, wie sie von den Frauen in den Wechseljahren bekannt sind. Viel wichtiger aber ist die rasche Schmerzlinderung, die den Patienten mti fortgeschrittenem Krebs das Leben wieder erträglich macht. Bei einem Teil von ihnen hat man nachweisen können, daß die Tumorknoten schrumpfen und auch Fernansiedlungen etwa in der Wirbelsäule wieder verschwinden können.

Wie wertvoll die neue Therapie letztlich sein wird, läßt sich freilich erst in einigen Jahren beurteilen. Dann erst kann entschieden werden, ob Suprefact tatsächlich zu einer langfristigen Besserung führt oder ob eine Kombination verschiedener hormoneller Behandlungsprinzipien nicht doch noch vorteilhafter ist.

Fötenhandel – Barbarei der Konsumgesellschaft

KNA, Vatikanstadt

Als eines „der schädlichsten und anomalsten Zeichen unserer Zeit" hat der Chefredakteur der vatikanischen Tageszeitung „Osservatore Romano", Valerio Volpini, den Fötenhandel zu Zwecken der Kosmetikindustrie bezeichnet. In einem in der gestrigen Ausgabe veröffentlichten Kommentar bezeichnet Volpini den Fötenhandel als „Barbarei der Konsumgesellschaft". Er hoffe, schreibt Volpini, daß dieser Skandal in der Presse behandelt werde und so das Gewissen der Weltöffentlichkeit wachrüttele.

Schlagfertig

dpa, Tel Aviv

Nicht auf den Mund gefallen war ein junger Israeli, als ihn die Polizei bei einem Einbruch schnappte und von ihm wissen wollte, weshalb er ein paar Nylonstrümpfe mit Augenschlitzen, ein Taschenmesser und Gummihandschuhe bei sich trage. „Ich bin sehr pedantisch mit meiner Frisur und schlafe immer mit einem Strumpf über dem Kopf." Auf den Hinweis der Beamten, daß er aber doch fast glatzköpfig sei, meinte das Schlitzohr, gerade deswegen müsse er den Rest seiner Haarpracht „schonen". Den Besitz der Gummihandschuhe begründete er mit dem ständigen Geschirrspülen zu Hause. Und das Taschenmesser brauche er zum „Schneiden meiner geliebten Wassermelonen".

70 000 Erdkröten gerettet

dpa, Lübeck

Ein Anfang August im Lübecker Stadtteil Kücknitz errichteter Fangzaun hat insgesamt 70 000 Erdkröten das Leben gerettet. Das gab die Hansestadt gestern bekannt, nachdem die massenhafte Krötenwanderung ihr Ende gefunden hatte und der Fangzaun wieder abgebaut werden konnte. Die nur einen Zentimeter großen jungen Erdkröten waren in diesem Sommer erstmals in Massen aufgetreten und hatten die stark befahrene Bundesstraße 75 zu überqueren versucht. Ohne Fangzaun hätten nach Ansicht von Naturschützern höchstens drei Prozent der wandernden Jungtiere die Straße lebend passiert.

Brand aufgeklärt

AP, Calw

Die beiden Jungen, die am Montag bei dem Brand zweier Scheunen in Bad Teinach-Zavelstein ums Leben gekommen sind, haben das Feuer selbst verursacht. Die acht und elf Jahre alten Kinder hatten in der Scheune gezündelt und dann, als plötzlich Flammen hochschlugen, bei der Rauchentwicklung den Weg ins Freie nicht mehr gefunden.

Banküberfall

dpa, Mülheim

Zwei bewaffnete Männer haben gestern morgen bei einem Raubüberfall auf eine Sparkassenfiliale in Mülheim/Ruhr noch vor der Kassenöffnung etwa 700 000 Mark erbeutet. Die beiden Gangster hatten ein Vorhängeschloß an einem vergitterten Kellerfenster aufgebrochen und waren in das Gebäude eingedrungen.

ZU GUTER LETZT

Unser Sohn THOMAS ist hoffnungslos unmodern.... Er heiratet heute seine BEATE. Darüber freuen sich und wünschen viel Glück CHRISTA und WILFRIED WIEKHORST. Hamburg-Lurup, 21. August 1984. Anzeige im „Hamburger Abendblatt".